

E 3477

# Schluss mit der Angst – LGBTI gegen Homophobie

Außerdem: ▶ Community-TV in Südafrika  
▶ Rassismus in der Anthroposophie ▶  
Rote Khmer in Kambodscha ▶ Filme zum  
Zweiten Weltkrieg...

Sept/Okt 2011

Ausgabe □ 326

Einzelheft € 5,30

Abo € 31,80

iz3w



iz3w ▶ informationszentrum 3. welt





Titelbild: © Medicos del Mundo España [M]

## In dieser Ausgabe . . . . .

### 3 Editorial

#### Politik und Ökonomie

#### 4 Mexiko: Vogelfrei per Gesetz

MigrantInnen zwischen der Süd- und Nordgrenze Mexikos  
von Sebastian Muy

#### 7 Freie Medien:

»Wir müssen für jeden Schritt kämpfen«  
Interview mit Karen Thorne über den Offenen Fernsehsender Cape Town TV

#### 9 Namibia: Wie ein Land

Namibia ist von der ehemaligen Mandatsmacht Südafrika abhängig  
von Sören Scholvin

#### 12 Kambodscha: Sieg im Volkskrieg

Die mörderische Ideologie und Praxis der Roten Khmer  
von Junge Linke gegen Kapital und Nation

#### 16 Tadschikistan: No way

Nachbarn, Gebirge und Geldgier blockieren den Verkehr  
von Wladimir Sgibnev

## Schwerpunkt: Homophobie

### 19 Editorial

20 »Die wahre Revolution steht uns noch bevor«  
O-Töne zum arabischen Frühling aus schwuler Sicht  
von Klaus Jetz

22 Unsichtbar, belächelt, verleugnet  
Lesbische Identitäten im arabischen Raum  
von Mona Hanafi El Siofi

24 »Sie schämen sich für dich«  
Ostafrika: Gesetze garantieren kein freies Leben  
von Carla Schraml

27 Korrektive Vergewaltigung  
Unsichtbares gewaltsam sichtbar machen  
von Claudia Körner

29 Rechte statt Romantik  
Indien und Pakistan erkennen ein Drittes Geschlecht an  
von Madeleine Eisfeld

30 Entwicklungsziel Gleichstellung  
Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität in der Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeit  
von Arn Sauer

32 Mehr Rechte und mehr Gewalt  
Homo-Les-Trans-Bi-phobie in Lateinamerika und der Karibik  
von Ina Riaskov

34 »Für einen Feminismus ohne Frauen!«  
Interview über den Genderterrorismus in Chile

# LGBTI lesbian, gay, bisexual, trans\* and intersexual



## Kultur und Debatte

37 Bedrohtes Radio Victoria  
Kritischer Journalismus ist in El Salvador lebensgefährlich  
von Knut Hildebrandt

38 Debatte: Rote Zahlen auf dem Karmakonto  
Die Anthroposophie ist von rassistischem Gedankengut durchdrungen  
von Peter Bierl

42 Film: Blinde Flecken auf der Leinwand  
Die Ausgrenzung der Dritten Welt in Filmen über den Zweiten Weltkrieg  
von Karl Rössel

46 Rezensionen

49 Szene / Tagungen

50 Impressum

## Das Böse externalisieren

Zehn Jahre ist es mittlerweile her, dass die Anschläge vom 11. September 2001 die Welt erschütterten. Bis heute bleiben diese Taten unbegreiflich, trotz aller Versuche, sie mit der islamistischen Gesinnung der Selbstmordattentäter zu ‚erklären‘. Zwar ist die Spurensuche nach den ideologischen Motiven und Bezügen notwendig, schon allein, um solche Taten möglicherweise künftig verhindern zu können. Aber es muss dabei eingestanden werden: Es gibt Abgründe menschlichen Handelns, die sich den Versuchen einer Rationalisierung und Beeinflussung entziehen.

Genau dieses Unergründbare politisch und religiös motivierter Gewalt ist es, das Ängste und Überreaktionen auslöst. Das Erschrecken darüber, zu welchen Mordtaten bis dato unauffällige Menschen fähig sind, erlaubte es erstaunlich widerspruchslos, im Zuge des »Krieges gegen den Terror« jene Liberalität und Freiheit zu opfern, die man doch zu verteidigen vorgibt. Man will das Dunkle, das absolut Böse mit allen Mitteln bekämpfen, man will es von sich fern halten, es externalisieren – ganz so, als habe es nichts mit dieser (Welt-)Gesellschaft zu tun.

Der Massenmord, den Anders Behring Breivik auf der norwegischen Insel Utøya verübte, macht in ähnlicher Weise wie 9/11 fassungslos. Es ist nicht nur die enthemmte Brutalität der Tat selbst, die schockiert, es ist auch Breiviks ausführliche ‚Begründung‘ für den exekutierten Hass. Breivik formuliert in seinem »Manifest« keine klassischen rechten oder gar neonazistischen Ideologeme, ein Begriff wie »Rasse« wird von ihm nicht verwendet. Er sieht sich vielmehr als selbsternannte Avantgarde im Kulturkampf gegen den Islam und den Multikulturalismus. Er gibt vor, zu vollstrecken, wozu andere nicht konsequent genug waren.

Doch so viele Quellen und ‚Belege‘ er zitiert, so wortreich Breivik sich zu erklären versucht: Es bleibt das Manifest eines paranoiden Wahnsinnigen, vor dem Erklärungsversuche notwendigerweise versagen. Es ist daher viel zu kurz gegriffen, wenn Breiviks Handeln zur logischen, geradezu unausweichlichen Konsequenz des »Islamhasses« im Westen determiniert wird. »Der rassistische Wahn kommt mitten aus der westlichen Wertegemeinschaft«, glaubt beispielsweise Werner Pirker in der jungen Welt Breiviks Tat in einen größeren Kontext stellen zu können. Für ihn und einige andere KommentatorInnen scheinen die Morde von Utøya eine willkommene Steilvorlage für die eigene politische Agenda zu sein, sie werden umstandslos in eine Linie mit dem Irakkrieg, der Libyenintervention und Israels Besatzungspolitik gestellt. Nicht nur in Internetportalen wie Indymedia, auch in der seriösen Presse ist die Tat von Breivik zum austauschbaren Versatzstück in politischen Schlammschlachten geworden, zum Vehikel für billige Abrechnungen.

**E**s gibt aber auch eine gegenläufige Tendenz zum Determinismus, die nicht minder kritikwürdig ist: Die Pathologisierung, in der Breivik als bloßer Einzeltäter mit psychischen Problemen erscheint. Obwohl er sich in seinem Manifest um politische Begründungen bemüht, habe

seine Tat nichts mit der realen Debatte über den Islam zu tun. Nicht immer drückt sich diese Abwehrhaltung so kalt-schnäuzig aus wie bei dem Publizisten Henryk M. Broder, einem der wortgewaltigsten Islamkritiker in Deutschland. Er war in Breiviks Manifest mit der These zitiert worden, Europa ordne sich dem islamischen Machtanspruch unter. Gefragt, ob er sich darüber Sorgen mache, antwortete er: »Das einzige, worüber ich mir Sorgen mache, ist, woher ich Ersatzteile für meinen Morris Traveller aus dem Jahre 1971 bekomme.«

Mit deutlich größerem argumentativen Aufwand bemüht sich das ideologiekritische »Aktionsbündnis gegen Wutbürger« um eine Ehrenrettung der Islamkritik: »Anders Behring Breivik war als pathologischer Moslemhasser kein Islamkritiker, denn Kritik am Islam wird mit dem Ziel geübt, den Menschen etwas Besseres anzubieten als eine freudlose Religion, als Unfreiheit, Dogmatismus, Unterdrückung und Gewalt. Sie ist im besten Sinne aufklärerisch, als sie an den Moslem appelliert, sich seines eigenen Verstandes zu bedienen und den Ausweg aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit zu suchen. Dies liegt vollkommen quer zu dem, was Breivik in seinem Manifest (...) schreibt.«

An dieser Einschätzung ist einiges dran, und doch macht es sich das »Aktionsbündnis« allzu einfach. Es unterschlägt, dass Islamkritik ein weites Feld ist. Mittlerweile dominant geworden ist darin eine rechtspopulistische Strömung, deren Tonfall aggressiv, verbissen und böse ist. Nicht anders als radikale IslamistInnen ist man beseelt vom ‚Wissen‘ um die eigene Überlegenheit und hat für alle Andersdenkenden und -gläubigen nur Verachtung übrig. Leute wie Geert Wilders oder die BloggerInnen von Politically Incorrect sind Hassprediger mit einem geschlossenen Weltbild, die vorgeben, das Richtige – weil Aufklärerische – zu wollen, und dabei umso kompromissloser Feindbilder konstruieren, auf die ein Breivik sich dann glaubt berufen zu können.

Das Problem dieser Sorte von »Islamkritik« liegt bereits grundlegend in der Ausrufung eines »wir« gegen »die« begründet. In den einschlägigen alarmistischen Buchtiteln wie »Der Krieg in unseren Städten« (Udo Ulfkotte) oder »Hurra, wir kapitulieren« (Broder) wird eine simple Frontstellung konstruiert: Die Muslime versus die Deutschen. Oder in der verfeinerten Variante: Der Unterdrückungsanspruch des Islam versus Freiheit und Liberalität. Notwendige Differenzierungen bleiben da auf der Strecke, sie werden gar als »Appeasement« diskreditiert.

Was davon zu halten ist, hat Jörn Schulz in seinem Einleitungsbeitrag für den Themenschwerpunkt »Islamdebatte« (in iz3w 323) so formuliert: »Wer etwas über andere sagt, sagt immer auch etwas über sich selbst.« Insofern ist es nicht allein Breiviks Manifest, das Aufschluss gibt über die Abgründe der Weltgesellschaft, sondern auch das Reden über Breivik.

Eine nachdenkliche Sommerpause mit  
Zeit zum Innehalten nach norwegischem Vorbild  
wünscht  
die redaktion



Foto: R. Ramírez Arriola/ai

## Vogelfrei per Gesetz

### MigrantInnen zwischen der Süd- und Nordgrenze Mexikos

**MigrantInnen, die aus süd- und mittelamerikanischen Ländern Richtung USA »wandern«, sind in Mexiko vermehrt der Gefahr gewalttätiger Übergriffe ausgesetzt. Entführerbanden betrachten sie als ökonomische Ressource, indem sie Lösegelder erpressen.**

von **Sebastian Mui**

► Es war im August 2010, als die Situation der zumeist mittelamerikanischen TransitmigrantInnen, die auf ihrem Weg Richtung USA Mexiko durchqueren, mit dem »Massaker von Tamaulipas« den Weg in die internationale Öffentlichkeit fand: Auf einer Ranch im Bundesstaat im Nordosten Mexikos wurden die Leichen von 72 MigrantInnen gefunden. Angehörige der kriminellen Gruppierung Los Zetas hatten sie ermordet, nachdem sie sich offenbar geweigert hatten, sich in deren Dienste zu stellen. Als im April 2011 im gleichen Bundesstaat mehrere Massengräber mit insgesamt 183 Toten gefunden wurden, schickte das guatemaltekeische Außenministerium der mexikanischen Regierung eine Liste mit den Namen von 34 StaatsbürgerInnen, die auf ihrem Weg durch Mexiko verschwunden waren, mit der Aufforderung, zu prüfen, ob die Vermissten sich unter den gefundenen Leichen befinden.

Staatliche Institutionen sind eng verquickt mit kriminellen Gruppen

Die Angelegenheit hat zu diplomatischen Verstimmungen zwischen Mexiko und Guatemala geführt. Jedoch handelt es sich bei den Funden der Massengräber nur um die Spitze des Eisbergs der Grausamkeiten, die TransitmigrantInnen auf ihrem Weg durch Mexiko erleben: Nach Schätzungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen werden seit einigen Jahren jährlich mehr als 20.000 MigrantInnen auf ihrem Weg durch Mexiko entführt. In der Regel stecken kriminelle Gruppierungen wie die Zetas hinter den Taten, die die MigrantInnen oft unter Folter zwingen, Angehörige anzurufen und sie um die Übersendung eines hohen Lösegeldes zu bitten. Wer sich weigert oder keine zahlungsfähigen Verwandten hat, wird gefoltert, verstümmelt und häufig ermordet. Besonders dramatisch ist die Situation der migrierenden Mädchen und Frauen: Amnesty International

nennt Schätzungen, nach denen sechs von zehn Transitmigrantinnen während ihrer Reise durch Mexiko sexuelle Gewalt erleben.

#### Ex-Elitemilitärs als Entführer

► Die Geschichte der Zetas steht exemplarisch für die enge Verquickung von staatlichen Institutionen mit kriminellen Gruppierungen in Mexiko. Gegründet wurden die Zetas um die Jahrtausendwende von ehemaligen Angehörigen militärischer Eliteeinheiten – die eine Spezialausbildung für den Anti-Drogen-Kampf erhalten hatten, zuvor aber auch zur Aufstandsbekämpfung im Chiapas-Konflikt sowie im guatemaltekeischen Bürgerkrieg im Einsatz waren –, zunächst als militärischer Arm des Golfkartells, einer der großen Gruppen der organisierten Kriminalität in Mexiko. Von diesem spalteten sie sich jedoch 2010 ab und sind seitdem zu einem der wichtigsten – und brutalsten – Akteure im mexikanischen Drogenkrieg geworden. Über die traditionellen Aktivitätsfelder der Drogenkartelle hinaus haben die Zetas durch Entführungen, Erpressungen und Menschenhandel an Geld und Macht gewonnen. Die Entführung von MigrantInnen stellt dabei ein lukratives Geschäft dar: Nach Schätzungen der nationalen Menschenrechtskommission CNDH verdienen kriminelle Grup-

pierungen jährlich zirka 50 Millionen US-Dollar durch die Erpressung von Lösegeldern.

Das praktisch risikolose Agieren der Entführerbanden wird erst durch die weit verbreitete Korruption und die Verbindungen ermöglicht, die zwischen dem Personal mexikanischer Behörden und der organisierten Kriminalität bestehen. Zu diesem Schluss kommt auch der UN-Sonderberichterstatter für die Rechte der MigrantInnen, Jorge Bustamante, in einem Bericht von 2008: »Durch die Allgegenwart der Korruption auf allen Ebenen der Regierung und die enge Verbindung, die viele Behörden mit den Bandennetzwerken haben, kommt es weiterhin zu Erpressungen, Vergewaltigungen und tätlichen Angriffen gegen MigrantInnen.« Auch die nationale Menschenrechtskommission spricht von »mittäterschaftlichen Verbindungen zwischen der Kriminalität und einigen staatlichen Akteuren«. <sup>1</sup> Die von ihr und Nichtregierungsorganisationen gesammelten Zeugnisaussagen von betroffenen MigrantInnen legen hiervon Zeugnis ab. Abgesehen von der Korruption können die MigrantInnen auch sonst von den zuständigen Behörden wenig Hilfe erwarten: Cecilia Romero, bis September 2010 Direktorin der mexikanischen Migrationsbehörde INM, empfahl den undokumentierten MigrantInnen, sich den Behörden freiwillig zu stellen, um einer möglichen Entführung zu entgehen und in ihre Heimatländer abgeschoben zu werden.

## Mexiko als vertikale Grenze

► In dieser Aussage kommt die Ausrichtung der mexikanischen Migrationspolitik als reines Kontrollregime zum Ausdruck. Während ab 1994 durch mehrere Freihandelsabkommen die Grenzen für den Warenverkehr zwischen den USA und Zentralamerika weitgehend aufgehoben wurden, richtete Mexiko seine Migrationspolitik – einerseits unter dem Druck der USA, andererseits mit dem Argument, so die nationale Souveränität zu wahren – zunehmend auf die Versiegelung seiner Südgrenze aus. Mexiko verpflichtete sich gegenüber den USA dazu, durch strikte Kontrollen gegen die Migration aus dem Süden vorzugehen. Mexiko wurde so zur vertikalen Grenze, zu einem Filter im Kampf der USA gegen illegale Migration. Die Grenze ist dabei nicht auf den territorialen Grenzraum zwischen Mexiko und Guatemala reduziert, sondern befindet sich überall im mexikanischen Hoheitsgebiet, wo irregulär Reisende dem Risiko von Kontrollen und Abschiebung ausgesetzt sind. Um dem engmaschigen Kontrollnetz von Polizei und Migrationsbehörden etwa auf den öffentlichen Straßen zu entgehen, sind die MigrantInnen gezwungen, auf

klandestine Migrationsrouten auszuweichen. Die meisten springen auf Güterzüge auf und versuchen so, die gut 3.000 Kilometer von der Süd- zur Nordgrenze hinter sich zu bringen. Abgesehen von den vielen schweren Unfällen führen die Zugstrecken durch Gebiete, in denen kriminelle Gruppierungen ihr Unwesen treiben, die MigrantInnen überfallen, ausrauben und entführen. Oder sie müssen die Dienste von Schleppern in Anspruch nehmen, die sich allzu oft selbst als Angehörige der kriminellen Banden entpuppen. In der Regel werden die entführten MigrantInnen dann in so genannte Casas de Seguridad (Sicherheitshäuser) verschleppt und dort festgehalten. Dort sind sie Erpressung, Folter, Vergewaltigungen und anderen Übergriffen schutzlos ausgeliefert.

Der massiven sexuellen Gewalt gegen migrierende Frauen in Mexiko liegt ein gesellschaftlicher und historischer Hintergrund zugrunde. Die UN-Sonderberichterstatterin zur Gewalt gegen Frauen, Yakin Ertürk, attestierte der mexikanischen Gesellschaft 2006 die fortwährende Dominanz einer »machistischen Kultur«, die ein »hohes Aggressionsniveau gegen Frauen« hervorruft und aufrechterhalte. <sup>2</sup> Die undokumentierten Transitmigrantinnen sind als Frauen, Migrantinnen und Statuslose dabei gleich mehrfacher Diskriminierung und Angreifbarkeit ausgesetzt. Die gegenüber sexueller Gewalt ohnehin verbreitete Straflosigkeit, rassistische Diskriminierung und ihr irregulärer Status führen die Frauen in die faktische Rechtlosigkeit. Dies führt dazu, dass sie den Übergriffen der Täter – unter anderem kriminelle Gruppen wie die Maras, Schlepper, Angehörige von Polizei und Migrationsbehörde oder auch andere Migranten und Angehörige der mexikanischen Zivilbevölkerung – meist schutzlos ausgeliefert sind.

In Chiapas und in noch extremerem Maße in Guatemala war sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen integraler Bestandteil der Aufstandsbekämpfungsstrategien von Paramilitärs und staatlichen Sicherheitskräften. Im Zusammenhang mit den Zetas und deren Entstehungsgeschichte als Vereinigung von desertierten Elitesoldaten drängt sich die Frage auf, inwiefern dies eine Rolle spielt. Vergewaltigungen, Folter und Verstümmelungen von Frauen seien, so schreibt Rosalva Aída Hernández Castillo vom chiapanekischen Forschungszentrum CIESAS, »ausgehend von einer patriarchalen Ideologie, die Frauen weiterhin als Sexobjekte und Verwahrerinnen der Familienehre ansieht«, immer auch ein Angriff auf die Männer der feindlichen Gruppe. <sup>3</sup> In der Tat lesen sich die Berichte von Betroffenen des Einsatzes von sexueller Gewalt als »Kriegswaffe« in Guatemala und Chiapas

teilweise erschreckend ähnlich wie die Zeugnissenberichte, die mexikanische NGO's von entführten MigrantInnen gesammelt haben.

## Mit Visa entkriminalisieren

► Angesichts der schockierenden Ausmaße der Menschenrechtsverletzungen gegen TransitmigrantInnen in Mexiko haben sich zahlreiche zivilgesellschaftliche und religiöse Organisationen im März diesen Jahres mit einem Vorschlag an die Abgeordnetenkammer gewandt, ein neues Visum für TransitmigrantInnen einzuführen. <sup>4</sup> Zwar sei Mexiko, so die AutorInnen des Vorschlags, angesichts von mehreren Millionen, häufig ohne gültige Papiere, in den USA lebenden StaatsbürgerInnen für seinen Einsatz für die Rechte von MigrantInnen bekannt. Gleichzeitig aber habe es sich in den letzten Jahren zu einem der gefährlichsten Länder für TransitmigrantInnen entwickelt. Die AutorInnen kritisieren den »reaktiven Fokus« der mexikanischen Regierung, deren Engagement gegen die Entführungen sich auf meist fruchtlose Ermittlungen beschränke. Der Kern des Problems werde nicht angetastet: die Illegalisierung der Transitmigration. Sie zwingt die meist aus Zentralamerika stammenden MigrantInnen zum Ausweichen auf die klandestinen Routen, auf denen sie den Gruppen der organisierten Kriminalität schutzlos ausgeliefert sind. Die beteiligten Organisationen schlagen daher vor, ein Visum für TransitmigrantInnen zu schaffen, das zwei Monate gültig sein soll und an jede Person ausgestellt wird, die die Absicht äußert, das mexikanische Territorium zu durchqueren.

Zwar existiert im mexikanischen Bevölkerungsgesetz bereits die Kategorie TransitmigrantIn. Die Ausstellung eines entsprechenden Visums ist jedoch nach bisher geltender Gesetzeslage ausgeschlossen, sofern keine Einreiseerlaubnis ins Zielland vorliegt. <sup>5</sup> Die Realisierung des Vorschlags würde den TransitmigrantInnen ermöglichen, zumindest bis zur Nordgrenze legal reguläre Transportmittel zu nutzen und damit ihre Angreifbarkeit deutlich zu verringern. Die Gefahr, bei Kontrollen trotz legalen Visums Festnahmen oder Übergriffen ausgesetzt zu sein, wäre angesichts von Korruption und Rassismus in den Staatsapparaten allerdings auch dann noch nicht gebannt: Auf Reisen passiert es zuweilen selbst (meist indigenen) MexikanerInnen, dass sie von der Migrationspolizei festgehalten werden. Sie zweifeln etwa die Echtheit ihrer Dokumente an und behaupten, es würde sich um »Illegale« aus Zentralamerika handeln.

Der Einführung des Visums für TransitmigrantInnen, wie vom Bündnis der zivilgesellschaftlichen und religiösen Organisationen vorgeschlagen, stehen jedoch Hindernisse im

## Sechs von zehn Transitmigrantinnen erleben sexuelle Gewalt

Weg: Die USA setzen der Legalisierung der Transitmigration ihren Widerstand entgegen, sind sie – ungeachtet der vielen gewalttätigen Übergriffe – doch vor allem daran interessiert, dass die mexikanische Politik die irregulären Migrationsbewegungen Richtung Norden vorfiltert, bevor sie die US-Grenze erreichen. Die Herausforderung bestehe also darin, so das an der Ausarbeitung des Vorschlags beteiligte mexikanische Menschenrechtszentrum Centro Prodh, die mexikanische Regierung davon zu überzeugen, ihre Migrationspolitik nicht an den Bedürfnissen der USA auszurichten, sondern das Leben von Tausenden von MigrantInnen zu schützen. Keine einfache Aufgabe, wird Migration von der Calderón-Regierung – ganz wie von deren US-amerikanischen KollegInnen – doch vor allem im Zusammenhang mit Drogen-, Waffen- und Menschenhandel im Rahmen eines Sicherheitsdiskurses thematisiert.

### Hürdenlaufen

► Wenngleich viele mexikanische »Landsleute« in den USA ebenso unter Entrechtung und Diskriminierung zu leiden haben, kann auch in der mexikanischen Gesellschaft keineswegs von einem hegemonialen Interesse an der Verteidigung der Rechte der MigrantInnen ausgegangen werden: Xenophobe und rassistische Ideologien sind verbreitet

und stehen einer Solidarisierung mit den TransitmigrantInnen im Wege. Der Rassismus der mexikanischen Gesellschaft hat seinen Ursprung in der Kolonisierung: Die SpanierInnen führten ein Kastensystem ein, nach dem die Menschen gemäß den zugeschriebenen Anteilen »weißer«, »schwarzer« oder »indianischer« Abstammung hierarchisiert wurden. Dessen Folgen haben Unabhängigkeit und Revolution überdauert und sind in der mexikanischen Gesellschaft weiterhin präsent. Sie verdichten sich zusammen mit rassistischen Vorurteilen gegen »ArmutsmigrantInnen« zu einem Diskurs, der MigrantInnen vor allem als Gefahr für die nationale Souveränität und Sicherheit ansieht. Dieser Diskurs verleiht den Übergriffen gegen MigrantInnen einen gewissen Grad an »Normalität« und gesellschaftlicher Akzeptanz.

Angesichts dieser Gegenwinde verwundert es nicht, dass es bislang nicht danach aussieht, dass auf parlamentarischem Wege eine reale Verbesserung der Situation der MigrantInnen erreicht würde. Zwar wurde Ende April das neue »Migrationsgesetz« (Ley de Migración) verabschiedet. Jedoch werden Migration dort weiterhin unter Gesichtspunkten der nationalen Souveränität und Sicherheit verhandelt und die Kontrollbefugnisse der Migrationsbehörden aufrechterhalten. Der Schritt zur Entkriminalisierung der Transitmigration wurde nicht gegangen.

### Anmerkungen

- 1 zit.n. Maureen Meyer/Stephanie Brewer: Ein gefährlicher Weg durch Mexiko. Menschenrechtsverletzungen gegen Migrantinnen und Migranten im Transit. [http://centroprodh.org.mx/prodh/index.php?option=com\\_docman&task=doc\\_download&gid=90&Itemid=36&lang=en](http://centroprodh.org.mx/prodh/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=90&Itemid=36&lang=en), S. 5.
- 2 Naciones Unidas, Consejo Económico y Social: Informe de la Relatora Especial sobre la violencia contra la mujer, sus causas y consecuencias, Yakin Ertürk, Misión a México, 2006, [www.cinu.org.mx/biblioteca/documentos/dh/mujer.pdf](http://www.cinu.org.mx/biblioteca/documentos/dh/mujer.pdf), S. 5.
- 3 Rosalva Aída Hernández Castillo: ¿Guerra fratricida o estrategia etnocida? Las mujeres frente a la violencia política en Chiapas. In: Witold Jacorzynski (Coord.): Estudios sobre la violencia. Teoría y práctica. México D.F., 2002, S. 97-122, hier S. 110.
- 4 vgl. Alejandro Anaya Muñoz/Juan Pellicer: Die Notwendigkeit eines temporären Visums zum Schutz von TransitmigrantInnen. Zusammenfassung. <http://proteccionmigrantes.org/wp-content/uploads/2011/04/TRANSMIGRANT-VISA-PROPOSAL-IN-GERMAN.pdf>, S. 4.
- 5 vgl. Reglamento de la Ley General de Población (Verordnung zum Allgemeinen Bevölkerungsgesetz), Artikel 161.

► **Sebastian Muy** war als freiwilliger Mitarbeiter beim mexikanischen Menschenrechtsnetzwerk »Red Todos Derechos para Todas y Todos« (Red TDT) in Mexiko-Stadt tätig.



Eine vollständige Liste der seit 1970 erschienenen Hefte findet sich unter [www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

Einzelheft: € 5,30  
Heft 298 bis 309: € 4,- / ältere Hefte: € 3,-

### iz3w-Backlist

- 325: Chinas roter Kapitalismus
- 324: Revolte in der arabischen Welt
- 323: Islamdebatte
- 322: Verteilungskämpfe
- 321: FrauenKörper
- 320: Was bewegt Zentralamerika?
- 319: Afrika postkolonial
- 318: Alte und neue Grenzregimes
- 317: US-Außenpolitik in alten Mustern
- 316: Südafrika abseits der WM
- 315: Digitale Welten
- 314: Zentralasien post-sowjetisch
- 313: Gender & Krieg
- 312: Nazi-Kollaboration
- 311: Iran
- 310: Politik des Hungers
- 309: Arbeit macht das Leben schwer
- 308: Literatur in der Türkei
- 307: 60 Jahre Menschenrechte
- 306: Panafrikanismus oder Nationalstaat
- 305: Die Misere der Klimapolitik
- 304: Kriege in Afrika
- 303: Die Politik der Indigenität
- 302: Internationaler Dokumentarfilm



**direkt bestellen beim iz3w**

Postfach 5328 · 79020 Freiburg · Tel. 0761-74003 · Fax -70 98 66  
info@iz3w.org · www.iz3w.org



Foto: K. Novacki

Talk auf der Straße in Cape Town

## »Wir müssen für jeden Schritt kämpfen«

Interview mit der Direktorin Karen Thorne über den Offenen Fernsehsender Cape Town TV

*Cape Town TV (CTV) ist ein Offener Fernsehkanal in Kapstadt, Südafrika. Seit 2008 wird dort Community TV (etwa: Gemeinschaftsfernsehen) gemacht. Der nicht kommerzielle Sender vertritt einen partizipatorischen Ansatz der Massenmedien. In Dokumentationen, Nachrichten, Talkshows und anderen Sendungen sollen marginalisierte Gruppen eine Stimme erhalten. Gesendet wird entsprechend der Zusammensetzung der Community zu 50 Prozent in Englisch sowie in Afrikaans und IsiXhosa. ([www.capetowntv.org](http://www.capetowntv.org))*

**Ralf Hutter:** Sie arbeiten bei einem Fernsehsender, der zu den Community Media gehört. Diesen Begriff gibt es auf Deutsch nicht. Wofür steht er?

► Grundsätzlich steht er für lokale Medien. In Nordamerika geht es dabei eher um Zugangsoffenheit: Alle sollen senden können und erhalten die nötige Ausbildung und Hilfestellung – wie beim Offenen Kanal Berlin. In Lateinamerika waren die Gemeinschaftsmedien mit progressiven Bewegungen verbunden, mit dem Kampf gegen Unterdrückung. Sie dienen der Mobilisierung innerhalb der

Gemeinschaften und setzen sich für sozialen Wandel ein. Bei uns in Südafrika handelt es sich um eine Kombination von all dem.

Hinzu kommt, dass Community Media als der Gemeinschaft gehörend und von ihr kontrolliert angesehen werden. Sie sind gemeinnützig und der Aufsichtsrat wird demokratisch gewählt. Es gibt keine Trennung zwischen dem Sender und der Gemeinschaft. Wir senden nicht einfach nur für sie, sondern versuchen, ihre aktive Teilnahme zu erreichen. Allerdings nicht auf der Grundlage der Zugangsoffenheit, wie in den USA. In Afrika wäre das nicht nachhaltig, denn wir würden überrannt werden. Bei uns hat die Zivilgesellschaft einen sehr hohen Organisationsgrad. Wir versuchen, gezielt verschiedene Sektoren der Gemeinschaft in die Produktion einzubeziehen.

*Wer formt denn diese Gemeinschaft?*

► Im Prinzip alle, die dort leben. Wir beziehen uns auf eine geografische Gemeinschaft. Darin gibt es Interessensgemeinschaften, beispielsweise den Sportsektor, Nichtregierungsorganisationen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzen, religiöse Organisatio-

nen, Bildungseinrichtungen. Wir ermuntern sogar Regierungsstellen, die als solche eigentlich nicht mitmachen dürfen, den Kanal für Bildungskampagnen zu nutzen, etwa bezüglich der Straßenverkehrssicherheit oder des Gebrauchs von Kondomen.

Dann gibt es noch Produktionsfirmen. Wir betrachten sie als Teil der Gemeinschaft. Sie produzieren 30 Prozent unseres Programms. Wir haben ein Mischmodell, bei dem nicht nur AmateurlInnen senden. Wir finden, dass Gemeinschaftsmedien auch Arbeitsplät-

ze schaffen sollen. Gerade die öffentlich-rechtlichen Sender tun das nämlich nicht, sie arbeiten nur mit einigen sehr großen Produktionsfirmen zusammen. Dabei gibt es eine lebhaftere Szene kleinerer Firmen. Die können bei uns Exposés einreichen. Wenn es zu unserer Programmpolitik passt, schicken wir ihnen eine Auftragsbestätigung. Mit diesem Brief suchen sie Geldquellen, zum Beispiel Werbeeinnahmen. Dafür behalten sie die Rechte an ihrem Beitrag. Ich kenne kein anderes Gemeinschaftsmedium, das einerseits seine ursprüngliche Rolle ausfüllt, andererseits Sendezeit für professionelle Beiträge reserviert. Dieser hochwertige Inhalt – etwa

»Wir haben das Konzept freier Medien dem lokalen Bedarf angepasst«

Magazine, Sport- oder Modesendungen – macht den Sender attraktiver. Wir wollen nicht nur ein Sender für arme Schwarze sein.

*Wie kam es zu diesem einzigartigen Mischmodell?*

► Wir haben nicht einfach ein Modell übernommen, sondern uns dem lokalen Bedarf angepasst. Dass sich Sender nicht auch in anderen Städten so entwickelt haben, ist eine traurige Geschichte. Gemeinschaftsmedien werden nicht ernst genommen. Lizenzen wurden ohne Ausschreibung und Regelwerk erteilt. Auch wir bewarben uns nur, weil wir zufällig gehört hatten, dass die zuständige Behörde andernorts eine Lizenz erteilt hatte. Viele, die Lizenzen erhielten, gingen nie auf Sendung, oder wurden wieder abgesetzt, weil sie Rechnungen nicht zahlen konnten oder andere Probleme hatten. Jetzt sind nur noch zwei solcher Fernsehstationen auf Sendung – und in die andere, Soweto TV, hat sich eine große Produktionsfirma eingekauft. Eine weitere Lizenz wurde jetzt in der Provinz Eastern Cape vergeben. Ich habe große Hoffnungen in das Projekt, wenn auch derzeit der Einfluss der Regierung darauf groß ist.

*Kann das journalistische CTV-Personal von seiner Arbeit leben?*

► Ja. Die Produktionen, die nicht von zivilgesellschaftlichen Organisationen selbst gemacht werden, sondern bei uns, werden von gemischten Teams erstellt: Profis, die auch ausbilden, zusammen mit Freiwilligen. Die Freiwilligen lernen dabei viel, was wichtig ist, denn eine höhere Bildung können sich die meisten nicht leisten. Für eine journalistische Laufbahn kann man bei uns in der Praxis lernen. Wir haben 13 Festangestellte und 30 Freiwillige.

*Wie kamen Sie zu CTV?*

► Gemeinschaftsmedien sind seit meinem Journalismus-Studium in den 1980er Jahren meine Leidenschaft. Ich hatte einen sehr radikalen linken Professor, der mich in Medientheorien einführte. Dann arbeitete ich für eine Anti-Apartheid-Organisation, die den Kampf für das Gemeinschafts-TV begann. Ich war dann unter den Leuten in Kapstadt, die bemerkten, dass die Regulierungsbehörde Lizenzen ausstellte, nachdem wir 14 Jahre lang Lobbyarbeit dafür gemacht hatten. Ich bin auf progressive Medienorganisationen zugegangen und habe gesagt: Lasst es uns zusammen machen! Gemeinsam haben wir die Zivilgesellschaft mobilisiert. Als wir den Antrag stellten, hatten wir die Unterschriften von über 100 gemeinnützigen Organisationen als Gründungsmitglieder.

*Wie ist der Fernsehmarkt in Kapstadt? Welche Position hat CTV?*

► Der Fernsehmarkt ist schlecht strukturiert. Es gibt in Südafrika landesweit drei öffentlich-

rechtliche Sender, einen privaten sowie Bezahlfernsehen per Satellit. Aber es gibt keine regionalen Stationen – und auf lokaler Ebene nur Gemeinschaftsfernsehen. Nicht einmal in meinen wildesten Vorstellungen hätte ich angenommen, dass in einem demokratischen Südafrika das Gemeinschaftsfernsehen eine Stadt alleine bespielen würde.

Das hat Vor- und Nachteile. Zum einen haben wir keine Konkurrenz. Die Leute sind dankbar, dass es einen Kanal für Kapstadt gibt. Die Öffentlich-Rechtlichen senden aus Johannesburg. Wir werden trotz unserer Mängel überall eingeschaltet. Zum anderen gibt es aber riesige Erwartungen – wir sollen allen alles bieten. Dabei fühlen wir uns unserer traditionellen Rolle verpflichtet. Aber die Leute verstehen nicht wirklich das Konzept der Gemeinschaftsmedien. Wir mussten lange erklären, dass wir keine kleine Kopie der Öffentlich-Rechtlichen oder Kommerziellen sein wollen. All das hat dennoch unsere Ausrichtung beeinflusst. Daher das Mischmodell. Wir bringen auch kommerzielle Sendungen und Unterhaltung, denn das wollen die Leute.

*Wie sieht die Programmstruktur von CTV aus?*

► Weil wir nicht viele Ressourcen haben und nicht viel selbst produzieren oder in Auftrag geben können, ist der Zeitplan etwas vage. Wir bringen viele gute Dokumentarfilme, was auch der beliebteste Programmteil ist. Al-Jazeera oder Deutsche Welle liefern internationale Nachrichtensendungen. Lokale Nachrichten haben wir täglich fünf Minuten, zukünftig soll das eine halbe Stunde sein. Abends gibt es Talkshows zu lokalen Themen. Wir bringen auch viele studentische Filme. Fiktionale Inhalte gibt es nicht. Wir planen aber mit einer Produktionsfirma eine Seifenoper, in der es um Jugendthemen gehen soll.

*Wie finanziert sich CTV?*

► Unser Jahresbudget beträgt umgerechnet 500.000 Euro für ein 24-Stunden-Programm. Diese Summe würden unsere Öffentlich-Rechtlichen vielleicht schon für eine Party ausgeben. 40 Prozent davon sind Spenden von großen Stiftungen. Weitere 40 Prozent sind Gelder, die wir für die Ausstrahlung von staatlichen, kommerziellen und religiösen Sendungen nehmen. Fünf Prozent kommen durch Werbung. Der Rest sind Mitgliedsbeiträge und kleinere Spenden.

*Wie weit können Sie senden und wie viele Menschen erreichen Sie?*

► Wir haben einen Radius von 110 Kilometern. In unserem Sendegebiet leben 2,5 Millionen Menschen. Monatlich schalten 1,2 Millionen Menschen mindestens einmal ein, im besten Fall sind es 150.000 gleichzeitig.

*Wann entstand die Initiative für CTV?*

► Die Lobbyarbeit für Gemeinschaftsmedien begann schon 1991. Wir wollten den Community-Gedanken im neuen Rundfunkgesetz festgeschrieben sehen, das dann 1993 kam. In den folgenden 15 Jahren wurde vor allem auf die Lizenzierung von Gemeinschaftsradios geachtet. Dabei ist Fernsehen gar nicht viel teurer. Die ANC-Regierung war skeptisch gegenüber Gemeinschaftsfernsehen. Sie sollte auch Angst haben, denn es ist ein mächtiges Medium. Es ist nicht unbedingt im Interesse von Regierungen, der Zivilgesellschaft ein solches Sprachrohr zu geben.

Der ANC hat durchaus eine Geschichte der Einmischungen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die dessen Unabhängigkeit bedrohten.

Aber letztendlich zwangen wir sie dazu, Lizenzen herauszugeben. Die Gründung von CTV datiert auf September 2006, auf Sendung gingen wir im September 2008. Seitdem mussten und müssen wir für jeden einzelnen Schritt kämpfen: Um Frequenzen, gegen die hohen Sendekosten, auch für die Übernahme ins digitale Fernsehen – die wollten uns da einfach außen vor lassen! Einmal wurden wir abgeschaltet, weil wir einen Monat lang nicht den Netzbetreiber bezahlen konnten. Ohnehin haben wir erst seit September 2010 eine Lizenz für sieben Jahre. Vorher war die immer auf ein Jahr befristet.

All diese Kämpfe kosten sehr viel Energie. Wir müssen ständig gegen die Regierung den Raum für Gemeinschaftsmedien erhalten. Es ist traurig, dass die Vision für fortschrittliches Gemeinschaftsfernsehen in Südafrika nur zu einer einzigen Fernsehstation geführt hat, die dieser Vision weiterhin folgt. Zwei solcher Sender wurden sogar von der Regierung übernommen!

*Besteht das Risiko, dass sich der Sender von seinem ursprünglichen Hintergrund entfernt?*

► CTV wird sich eher nicht von seinen Prinzipien entfernen. Wobei es schon wichtig ist, wer nach mir die Leitung übernehmen wird. Die meisten Medienleute sind konservativ. Es ist schwer, welche zu finden, die Grenzen erweitern wollen. Es gibt nicht so viele, die von einem radikalen Medienaktivismus her kommen. Viele Progressive sind im Zuge der Demokratisierung Südafrikas in Regierungen oder große Medienorganisationen gegangen. Es gibt nicht mehr viele, die im gemeinnützigen Bereich arbeiten wollen. Es ist eine Herausforderung, eine neue Generation heranzuziehen, die den Stab weiter trägt.

► **Karen Thorne** ist Direktorin von Cape Town TV. *Interview und Übersetzung aus dem Englischen: Ralf Hutter.*



Foto: R. Maro / version-foto.de

Namibia ist seit 21 Jahren formell unabhängig. Dennoch bleibt der »große Bruder« Südafrika omnipräsent. Namibische RegierungsvertreterInnen gestehen ein, wirtschaftlich und politisch nicht selbständig zu sein. Auch persönliche Beziehungen sowie Afrikaans als vorherrschende Sprache führen dazu, dass für viele NamibierInnen ihr Staat und Südafrika immer noch »wie ein Land« sind.

## Wie ein Land

Namibia ist von der ehemaligen Mandatsmacht Südafrika abhängig

von **Sören Scholvin**

► Das gesamte Gebiet des heutigen Namibia wurde 1915 in die Südafrikanische Union eingegliedert. Vorausgegangen war die Niederlage der deutschen Truppen in »Deutsch Südwest-Afrika« gegen die mit Großbritannien verbündeten Südafrikaner. 1920 erteilte der Völkerbund der Südafrikanischen Union – so der Name der 1910 aus der britischen Kap-Kolonie und Natal sowie dem burischen Oranje-Freistaat und Transvaal hervorgegangenen Republik weißer SiedlerInnen – ein »Mandat«. Offizielle Sprachregelung war, dass die Mandatsmacht das Mandatsgebiet auf die Unabhängigkeit vorbereiten sollte. Doch nicht Entwicklung und der Weg in die Selbständigkeit, sondern international legitimierte Kolonialherrschaft verbargen sich de

Das Mandatssystem bedeutete international legitimierte Kolonialherrschaft

facto hinter dem Mandatssystem. Namibia wurde von den 1920er Jahren an als fünfte Provinz Südafrikas behandelt. Ziel der südafrikanischen Regierung war es, Namibia dauerhaft in den Apartheidstaat einzubinden.

Mit dem Ausfall der europäischen Handelspartner im Zweiten Weltkrieg erlebte die Industrialisierung Südafrikas ihren ersten Aufschwung. Die spätere Isolierung des Apartheidregimes führte dazu, dass die wirtschaftliche Selbständigkeit Südafrikas ein in ganz Afrika bis heute nirgends gekanntes Ausmaß erreichte. Diese Entwicklung blieb jedoch auf Hafenstädte wie Durban und Kapstadt sowie Südafrikas Wirtschaftskern Gauteng beschränkt. Namibia kam die Rolle eines untergeordneten Lieferanten landwirtschaftlicher Erzeugnisse und unverarbeiteter Bergbaupro-

dukte wie Kupfer und Zink zu. Die ehemalige deutsche Kolonie zu industrialisieren lag nie im Interesse des Apartheidregimes. Es suchte ganz im Gegenteil, durch die forcierte wirtschaftliche Abhängigkeit den zeitlich begrenzten Mandatsstatus zu verewigen. Der einzige Hafen im heutigen Namibia, der unter südafrikanischer Besatzung ausgebaut wurde, war bezeichnenderweise die Enklave Walvis Bay, ein direktes Hoheitsgebiet Südafrikas.

Im Kontext der Dekolonisierung des südlichen Afrika diente Namibia dann als Puffer zwischen dem Kerngebiet des Apartheidregimes und den freien afrikanischen Staaten. Als die südafrikanische Armee mit ihrem Einmarsch in den Süden Angolas 1975 versuchte, diesen »Cordon Sanitaire« auszudehnen, und verstärkt gegen Namibias Unabhängigkeitsbewegung, die South West Africa People's Organisation (SWAPO), vorging, schickte Kuba 40.000 Soldaten zur Unterstützung der

angolanischen Regierung. Der Süden Angolas und das nördliche Namibia wurden zum Austragungsort eines Guerillakrieges, der bis in die späten 1980er Jahre andauerte. Während das zentrale und südliche Namibia in enger Anbindung an Südafrika Entwicklungsimpulse erhielten, die sich in Verkehrsinfrastrukturprojekten, Elektrifizierung und Warenvielfalt in den für Weiße vorbehaltenen Innenstädten ausdrückten, stagnierte der Norden, in dem bereits damals die deutliche Mehrheit aller Einwohner Namibias lebte.

Das zentrale und südliche Namibia wurde zudem zur Zeit der deutschen und südafrikanischen Besatzung immer stärker durch weiße Großgrundbesitzer geprägt. Ihre extensive Viehhaltung zielte auf den Export qualitativ hochwertigen Fleisches nach Südafrika und Europa. Das nördliche Namibia, das bereits unter deutscher Herrschaft außerhalb des für Weiße vorgesehenen Siedlungsraumes lag, blieb durch die kommunale Landwirtschaft schwarzer Kleinbäuerinnen und -bauern geprägt. Als Südafrika und die weiße Elite Namibias in den 1960er Jahren beschlossen, den Norden des Landes durch einen Veterinärzaun – die »Red Line« – vom Rest des Landes abzutrennen, beschränkten sie die Bäuerinnen und Bauern des Nordens auf lokale Märkte. Die weißen Großgrundbesitzer wurden vor Konkurrenz aus dem durch Bodenfruchtbarkeit und Klima begünstigten Norden geschützt. Bis heute dürfen weder lebende Tiere noch Fleisch aus Gebieten nördlich der »Red Line« nach Übersee exportiert werden – entsprechend ungleich sind die Entwicklungschancen in einer weltmarkt-orientierten Landwirtschaft.

## Alltägliche Präsenz

► Zwar endete mit der Unabhängigkeit Namibias 1990 und der Eingliederung der Enklave Walvis Bay 1994 offiziell die südafrikanische Besatzung. Allerdings hat sich an der Dominanz Südafrikas bis heute wenig geändert: Um sie anschaulich zu erleben, reicht ein Bummel durch eines der vielen Shopping Centres in Windhoek oder durch die Zentren jeder anderen namibischen Stadt. Konsumgüter des täglichen Bedarfs kauft man in Supermärkten wie Pick N Pay oder Shoprite. Kleidung gibt es bei Ackermans oder Pep. Gemeinsam ist all diesen Ketten, dass sie aus Südafrika stammen. Bis auf wenige Ausnahmen verkaufen sie südafrikanische und nicht namibische Produkte. Namibische Konkurrenten wie die Supermarktkette Woermann Brock sind eine große Ausnahme. Dass Namibia knapp 70 Prozent seiner Importe aus Südafrika bezieht, verwundert angesichts der massiven Präsenz südafrikanischer Unternehmen nicht.

Der Einfluss Südafrikas ist auch in der Finanzpolitik gewaltig. Um zu bezahlen, kann man zwischen Namibischen Dollar und süd-

afrikanischen Rand wählen. Der Kurs der Währungen ist auf 1:1 festgesetzt. Rand werden überall in Namibia akzeptiert, Namibische Dollar hingegen jenseits der Grenze nicht. Das Bargeld erhält man bei einer Filiale der vier in Namibia vertretenen Banken – alle bis auf die Bank Windhoek haben ihren Unternehmenshauptszitz in Südafrika. Dementsprechend begrenzt ist der währungspolitische Spielraum der namibischen Regierung. Namibias Zentralbank hat praktisch keine Alternative dazu, als sich den Entscheidungen in Pretoria und Johannesburg anzupassen.

Außerdem haben viele NamibierInnen enge persönliche Beziehungen zu SüdafrikanerInnen. Im Süden des Landes wohnen Verwandte auf beiden Seiten der Grenze. Die Fahrt ins südafrikanische Upington, 90 Minuten jenseits der Grenze, wird nicht als Grenzübertritt oder Reise in ein anderes Land wahrgenommen. Angesichts der engen sozialen Bindungen überrascht es nicht, dass NamibierInnen mit gut 8.000 Personen die größte Gruppe nicht-südafrikanischer Studierender in Südafrika bilden. Die University of Namibia in Windhoek, die einzige derartige Einrichtung in Namibia, bietet keine Voraussetzungen für eine im internationalen Vergleich ausreichende Bildung. Während Kinder der Top-Elite in Übersee studieren, geht der Nachwuchs der erweiterten Elite traditionell nach Südafrika.

Sowohl für die weißen als auch die nicht-weißen Angehörigen der Elite in Windhoek ist daher eine Reise nach Kapstadt oder Johannesburg vertrauter als eine Fahrt in den Norden des eigenen Landes. Dessen Siedlungsbild hat wenig gemein mit durch Apartheid und Europäisierung gekennzeichneten Städten wie Windhoek, Walvis Bay oder Lüderitz. Das zentrale und südliche Namibia verbindet außerdem Afrikaans als Umgangssprache und Wirtschaftssprache mit Südafrika. Im Norden Namibias spielt Afrikaans hingegen kaum eine Rolle, dort sind Portugiesischkenntnisse keine Seltenheit.

## Strategische Abhängigkeit...

► Die enge Bindung an den übermächtigen Nachbarn – Südafrika hat 25 Mal so viele EinwohnerInnen wie Namibia und sein Bruttoinlandsprodukt übersteigt das namibische vierzigfach – bedeutet eine strategische Abhängigkeit und Unterordnung für Namibia. Nicht selten sind PolitikexpertInnen und ehemalige Staatsbedienstete aus Südafrika der Meinung, dass Namibia in vielerlei Hinsicht immer noch »wie eine Kolonie Südafrikas« sei. In Namibia ist die Bezeichnung »großer Bruder« für Südafrika geläufig. Insbesondere im Süden Namibias wird jedes Problem Südafrikas als Krise spürbar. Als es kurz vor der Fußball-WM 2010 zu Streiks im südafrikanischen

Transportsektor kam, konnten viele südnamibische Farmer ihre Erzeugnisse nicht mehr exportieren, weil sie auf Südafrikas Markt und Südafrikas Häfen angewiesen sind. Auch werden die namibischen Farmer auf Dauer von Getreidelieferungen aus Südafrika abhängig sein, denn in Namibia kann aufgrund der Trockenheit nicht genügend Getreide für den nationalen Bedarf angebaut werden. Potenzielle andere Lieferanten wie Sambia und Simbabwe stoppen bei Mangel auf dem heimischen Markt sofort alle Exporte nach Namibia. Noch schwerwiegender wäre eine Krise auf dem südafrikanischen Strommarkt. Namibia bezieht

80 Prozent seines Stroms vom halbstaatlichen Energiegiganten Eskom aus Südafrika. Alternativen hierzu gibt es nicht. Dass Eskom seit April 2010 seine Strompreise jährlich um 25 Prozent erhöhen will, ist für viele Menschen in Namibia besonders schwer zu verkraften, denn das BIP pro Kopf in Namibia beträgt nur 3.600 US-Dollar im Vergleich zu 5.800 US-Dollar in Südafrika.

Zahlreiche andere Beispiele zeigen, dass in den meisten Wirtschaftssektoren von südafrikanischer Dominanz gesprochen werden muss. So richten sich die Gemüsepreise im Großhandel in Windhoek sehr zum Missfallen der namibischen Gemüsebäuerinnen und -bauern nach den niedrigen Preisen in Südafrika, ohne zu berücksichtigen, dass aus Südafrika eingeführtes Gemüse durch den Transport in Namibia deutlich teurer als in Südafrika wäre. Viele Produkte aus Übersee sind in Namibia nur zu kaufen, weil sie nach Südafrika importiert und von dortigen Großhändlern nach Namibia weiterverkauft werden. Namibia mit seinen zwei Millionen EinwohnerInnen generiert keine ausreichende Nachfrage, um als Markt ohne die 50 Millionen SüdafrikanerInnen bestehen zu können. Bei aller gerechtfertigten Kritik an der Dominanz südafrikanischer Unternehmen muss zudem die Frage gestellt werden, ob unter den gegebenen marktorientierten Bedingungen Namibia einen ausreichend großen Markt bilden könnte, um wirtschaftliche Selbständigkeit zu ermöglichen. Kein namibisches Unternehmen wird durch Regularien daran gehindert, Produkte in Konkurrenz zu Südafrika anzubieten. Woran namibische Anbieter in der Regel scheitern, ist ihre strukturell bedingte Unterlegenheit in puncto Qualität und Preis.

Dass südafrikanische Unternehmen derart dominant in Namibia sind, hängt mit der regionalen Zollunion, der Southern African Customs Union (SACU), zu der neben Namibia und Südafrika auch Botswana, Lesotho und das Swasiland gehören, zusammen. In der SACU können alle Güter frei gehandelt werden. Für die kleineren Staaten bedeutet dies allerdings erhebliche Konkurrenz aus

Südafrika. Zwar besteht die Möglichkeit, einzelne Wirtschaftsbereiche für einen begrenzten Zeitraum vor Konkurrenz aus anderen SACU-Staaten zu schützen. Doch ein solcher begrenzter Protektionismus ändert nichts an der Übermacht südafrikanischer Unternehmen, die die Skalenerträge ihres Binnenmarktes auf ihrer Seite wissen.

Trotz der nahezu problemlosen Importmöglichkeiten investieren südafrikanische Unternehmen durchaus auch in Namibia. Sie zählen zu den bedeutendsten ArbeitgeberInnen, und die Vielfalt an Produkten von Lebensmitteln bis zu Mobilfunknetzen wäre ohne sie nicht möglich. Langfristig verhindert die dominante Stellung der SüdafrikanerInnen aber den Aufstieg namibischer KonkurrentInnen. Nur im Bereich der so genannten kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind NamibierInnen nachhaltig erfolgreich. Steigt doch einmal ein größeres namibisches Unternehmen auf, wird es in der Regel von SüdafrikanerInnen aufgekauft. Beispielhaft hierfür ist der Versuch einer südafrikanischen Investorengruppe, mit der Bank Windhoek die letzte nicht-südafrikanische Bank in Namibia aufzukaufen. Erst die Intervention von Namibias Regierung verhinderte dies.

### ... und freiwillige Unterordnung

► Namibische RegierungsvertreterInnen geben in privaten Gesprächen zu, dass ihr Land in wesentlichen Bereichen der Finanz- und Wirtschaftspolitik nicht von Südafrika unabhängig ist. Aufgrund der Bindung an den Rand besteht nicht die Möglichkeit, durch eine Abwertung des Namibischen Dollars namibische Produkte auf den Weltmärkten zu begünstigen oder die Staatsverschuldung zu bereinigen. Dabei zwingt Südafrika seinem Nachbarland dieses Maß an Abhängigkeit gar nicht auf. Botswana, wie Namibia Mitglied der SACU, hat die Rand-Bindung seiner Währung aufgegeben und kann eine unabhängige Währungspolitik führen. Namibias Abhängigkeit von Südafrika ist in gewissem Maß eine bewusste Entscheidung der namibischen Regierung, die sich Vorteile durch eine Unterordnung unter Südafrika erhofft – vom erleichterten

Marktzugang bis hin zu den »Unterstützungszahlungen«, die die südafrikanische Zentralbank für die Akzeptanz des Rand an Namibia zahlt.

Allerdings ist Namibia nicht in allen Wirtschaftssektoren von Südafrika dominiert. Der Bergbau, der die Hälfte von Namibias Exporten und 20 Prozent des BIP erzeugt, ist globalisiert. Unternehmen aus China konkurrieren mit australischen Firmen. Die einzige Metallschmelze des Landes, die in Tsumeb Erze verarbeitet, ist kürzlich in kanadische Hände übergegangen. In der Grenzregion zu Angola boomt seit einigen Jahren die wirtschaftliche Entwicklung. Grund hierfür ist der lukrative angolanische Markt und die gezielte Förderung des nördlichen Namibia durch die seit 1990 ununterbrochen regierende SWAPO. Mit dieser Politik will die SWAPO nicht nur ihre Mehrheit bei Wahlen sichern und die Bevorzugung des Südens während der südafrikanischen Besatzung kompensieren. Die Entwicklung des nördlichen Namibia und damit einhergehend der Beziehungen zu Angola, Sambia und der DR Kongo bietet die Möglichkeit, die Abhängigkeit von Südafrika zu mindern – so zumindest die Überzeugung vieler SWAPO-PolitikerInnen.

Während RegierungstechnokratInnen und WirtschaftsvertreterInnen sich damit abgefunden haben, dass Namibia zumindest wirtschaftlich von Südafrika abhängig ist und auf eine noch engere Verbindung hinarbeiten, sieht Namibias größte Oppositionspartei, die Rally for Democracy and Progress (RDP), das Verhältnis zu Südafrika etwas entspannter als die SWAPO. Auch die RDP-Spitzenpolitiker, die oft ehemalige SWAPO-Mitglieder sind, wissen, dass Namibia trotz Ende der Besatzung kein völlig selbständiges Land ist. Doch argumentieren sie, dass Südafrika Namibia mehr anzubieten habe, als alle anderen Nachbarstaaten zusammen. Positive Effekte der Expansion südafrikanischer Unternehmen wie Jobs und Warenvielfalt werden betont. Schließlich könne Namibia ohne Südafrika wirtschaftlich gar nicht bestehen. Allerdings weisen Vertreter der RDP darauf hin, dass SACU und SADC Südafrikas Hegemonie einschränken und der »große Bruder« aus seinen Fehlern in der Vergangenheit, sprich der unilateralen Intervention in Lesotho, gelernt habe.

### Südafrikanischer Neokolonialismus?

► Obwohl die Einschätzung von Südafrikas Hegemonie durch die RDP zutrifft, sind die Grenzen, in denen Namibia eigenständige Wirtschaftspolitik betreiben kann, eng. Beschließt Südafrika, wie in

den letzten Jahren mehrfach vorgekommen, unilateral Handelsliberalisierungen mit der Europäischen Union oder den Staaten des North American Free Trade Agreements (NAFTA), ist Namibia als Mitglied der Zollunion SACU hiervon direkt betroffen. Die einzige Möglichkeit, die eigenen Interessen zu wahren, wäre, aus der SACU auszutreten – angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit von Südafrika keine praktikable Option. Im Endeffekt muss Namibia sich somit den unilateralen Beschlüssen Südafrikas unterordnen, ganz ohne direkten Druck Südafrikas.

Es ist leicht nachvollziehbar, dass derartige strukturell bedingte Überlegenheit und Einflussnahme mit Begriffen wie Neokolonialismus und Imperialismus belegt wird. Marxistisch beeinflusste AkademikerInnen aus Südafrika wie Patrick Bond und Ishmael Lesufi streiten mit Hinblick auf die Rolle ihres Landes im südlichen Afrika nur noch darüber, ob Südafrika eine eigenständige imperialistische Macht ist oder eine sub-imperialistische Rolle einnimmt. Aus Sicht Lesufis unterwirft sich die weiße Großbourgeoisie Südafrikas, legitimiert durch eine schwarze Regierung, mit der neoliberalen Agenda der African Renaissance und des New Partnership for Africa's Development (NEPAD) die Peripherie. Der African National Congress (ANC) ist für ihn kein unabhängiger Akteur. Dass es mittlerweile auch eine schwarze Wirtschaftselite in Südafrika gibt, deren Rolle nichts mit Hautfarbe zu tun hat, sondern klassentheoretisch erklärt werden muss, ignoriert Lesufi.

Überzeugender sind Bonds Beiträge, die mit Immanuel Wallersteins Weltsystemanalyse übereinstimmen: Südafrika profitiert demnach von seiner Rolle als Bindeglied zwischen der Peripherie und den Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft. Weil die Zentren – Europa und Nordamerika – darauf angewiesen sind, dass semi-periphere AkteurInnen die Peripherie im Sinne kapitalistischer Investitionsmöglichkeiten umstrukturieren, gewähren sie ihren semi-peripheren PartnerInnen die Chance, sich an der Ausbeutung der Peripherie zu beteiligen. Die semi-periphere Großbourgeoisie Südafrikas und die Regierung des Landes sind somit einerseits den Zentren der Weltwirtschaft untergeordnet. Andererseits sind sie ihrer Peripherie übergeordnet. Macht und Wohlstand der Elite der Semi-Peripherie resultieren aus der Ausbeutung der regionalen Peripherie. Auch 21 Jahre nach der formellen Unabhängigkeit ist es die Einbindung in die kapitalistische Weltwirtschaft, die begründet, warum Namibia Südafrika untergeordnet bleibt.

► **Sören Scholvin** ist Doktorand am Institut für Geographie der Universität Hamburg und Mitarbeiter am German Institute of Global and Area Studies (GIGA).





Genocide-Museum,  
Phnom Penh



Foto: iz3w-Archiv

Pol Pot und Rote Khmer Kader im Zug

## Sieg im Volkskrieg

### Die mörderische Ideologie und Praxis der Roten Khmer in Kambodscha

von Junge Linke gegen Kapital und Nation

Zu den dunkelsten Kapiteln des westlichen Linksradikalismus gehört, dass einige seiner Strömungen die Roten Khmer in Kambodscha unterstützten. Bereits deren vermeintlich agrarkommunistische Ideologie war mörderisch, ganz zu schweigen von der Praxis. Doch auch der westliche Antikommunismus unterstützte die Roten Khmer zeitweilig bei ihrem Kampf gegen das kommunistische Vietnam.

12

► Alle Jahre wieder gibt es eine Kommunismus-Debatte in Deutschland, zuletzt im vergangenen Winter anlässlich von Äußerungen der Linken-Vorsitzenden Gesine Lötzsch. Unweigerlich fallen dabei die Namen Stalin, Mao und Pol Pot als Beweis dafür, dass Kommunismus und Massenmord das gleiche sind. Statt wie in der Linken damals und heute üblich das Thema zu wechseln und von den Mordtaten der »anderen Seite« zu reden, soll hier anhand des »Demokratischen Kam-

puche«<sup>1</sup> und der Herrschaft der »Roten Khmer« von 1975 bis 1979 in Kambodscha versucht<sup>2</sup> werden zu erklären, warum die Roten Khmer solche SchlächterInnen waren.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten marxistisch-leninistische Guerillatruppen in Indochina, vor allem in Vietnam, der französischen Kolonialmacht eine vernichtende Niederlage zugefügt. Zusammen mit Nord- und Süd-Vietnam sowie Laos wurde damit auch Kambodscha 1954 in die Unabhängig-

keit entlassen. Der noch von Frankreich eingesetzte König Sihanouk stand für eine Politik des »Volkssozialismus«, die mit dem Wohlergehen der Menschen aber nicht allzu viel zu tun hatte. Über 90 Prozent der Bevölkerung arbeiteten in der Landwirtschaft, die auf Subsistenz ausgerichtet war, die Lebensbedingungen waren dürrtig und bei schlechten Ernten waren Hungersnöte häufig. Technische Hilfsmittel wurden selten eingesetzt, die Industrieproduktion war in der Regel durch ausländische Entwicklungshilfe angeschoben worden und am Export ausgerichtet, der geringe Außenhandel und die Banken waren staatlich kontrolliert.

Die kambodschanische Außenpolitik versuchte sowohl die Blockkonfrontation als auch den chinesisch-sowjetischen Streit für sich auszunutzen und sich aus dem Vietnam-

krieg herauszuhalten. Kambodscha duldet allerdings, dass die kommunistischen Vietcong über sein Staatsgebiet ihre GenossInnen in Südvietnam versorgen.

### Patriotisch für den Kommunismus

► Die Menschen, die später Kader der Roten Khmer wurden, waren vielfach StudentInnen gewesen, die die Sihanouk-Regierung in den 1950er Jahren nach Paris zum Studieren geschickt hatte und die dort mit der Kommunistischen Partei Frankreichs in Kontakt kamen. Diese StudentInnen waren vor allem eins: Glühende PatriotInnen, die unzufrieden waren mit den sozialen, ökonomischen und politischen Zuständen und Abhängigkeiten ihrer Nation. Im Sozialismus meinten sie die Erfüllung aller Hoffnungen wahrhafter Vaterlandsfreunde zu entdecken. Aus Frankreich zurückgekehrt, versuchten sie der darnieder liegenden Kommunistischen Partei neues Leben einzuhauchen. Sie machten sich auf, die gesellschaftlichen Klassen in ihrer Heimat danach zu durchleuchten, ob sie für den nationalen Reichtum nützlich sind oder ob sie Geschäfte mit dem feindlichen, kapitalistischen Ausland machen. Als radikale IdealistInnen ihres Nationalstaates waren sie jederzeit bereit, jeden »wahrhaftigen Patriot« als Verbündeten zu sehen; kein Wunder, dass Anfang der 1960er Jahre drei Mitglieder der Kommunistischen Partei Kambodschas (KPK) kurzfristig sogar königliche Minister wurden. Das hätte harmonisieren können, denn die Roten Khmer waren sich mit dem Sihanouk-Regime insofern einig, dass das Ausland Kambodscha ausbeute und daher nationale Unabhängigkeit gut sei, weil in der Geschichte alles Schlechte aus dem Ausland gekommen sei.

Aber es harmonierte nicht. Denn für richtige PatriotInnen sind Leute, die Klasseninteressen im nationalen Volksganzen entdecken, von vornherein verdächtig, gar keine »Patrioten«, sondern »Umstürzler« zu sein. Und darum wurden Anfang der 1960er Jahre die KommunistInnen Kambodschas ebenso wie angebliche SympathisantInnen verfolgt und ihre Kader gefoltert und ermordet. Die KPK musste sich in die ärmsten und am weitesten von der Hauptstadt Phnom Penh entfernten Bergregionen zurückziehen.

Auf Hilfe von ihren sowjetischen, chinesischen oder vietnamesischen GenossInnen konnten sie nicht hoffen – diese waren Sihanouk dankbar dafür, dass er ihnen im Vietnamkrieg nicht in den Rücken fiel und wollten keine kommunistische Guerilla gegen ihn unterstützen. Das bestärkte die KPK in ihrer Überzeugung, dass vom Ausland, egal ob kapitalistisch oder staatssozialistisch, nichts Gutes zu erwarten sei.

Als die USA dazu übergingen, auch kambodschanisches Gebiet zu bombardieren,

brach das Sihanouk-Regime die Beziehungen mit den USA ab. Zugleich intensivierte es die Verfolgung der Roten Khmer, die nach langen Jahren der Bedeutungslosigkeit immer mehr Zulauf erhielten. Das hielten einige rechte Militärs, die sich Sorgen über eine kommunistische Machtübernahme machten, nicht für eine kohärente Strategie – und putschten im März 1970. Das neue, US-freundliche »republikanische« Regime unter Führung des Generals Lon Nol erlaubte die Bombardierung kambodschanischen Gebiets und bat sogar um militärische Hilfe bei der Bekämpfung der kommunistischen Guerilla. Der immer rücksichtsloser werdende Krieg gegen die eigene Bevölkerung und die hohe Zahl an Toten durch US-Bombardements trugen allerdings massiv zu deren Erfolg bei.

### Einzug in Phnom Penh

► In dieser Situation übernahm 1973 König Sihanouk die Führung des »Demokratischen Kampuchea«, deren Hauptträger allerdings die Roten Khmer waren. Gegen diese absurde Koalition hatte das korrupte, ineffiziente, brutale Regime Lon Nols keine Chance, vor allem als die USA Mitte der 1970er Jahre beschlossen, das südvietnamesische wie das kambodschanische Regime aufzugeben. In Vietnam führte das zum Sieg der dortigen Kommunistischen Partei. In Kambodscha zogen am 18. April 1975 die siegreichen Roten Khmer in Phnom Penh ein.

Die erste Amtshandlung der neuen Machthaber – die sich zunächst nur »Angkar« (Organisation) nannten – war es, durch Lautsprecher allen BewohnerInnen mitzuteilen, sie hätten 48 Stunden Zeit, Phnom Penh zu räumen. Während des Krieges war die Bevölkerung der Hauptstadt auf zwei Millionen angewachsen. Nun sagte man den EinwohnerInnen, es drohe ein Bombardement durch die US-Luftwaffe und die Räumung sei nur vorübergehend. Die Menschen mussten sich, in Phnom Penh wie auch den anderen Städten, egal wie alt oder wie krank sie waren, zu Fuß auf den Weg machen und wurden, sofern sie den tage- und wochenlangen Fußmarsch überlebten, auf Landkommunen verteilt.

Über die Gründe der Roten Khmer für diese Maßnahme wird viel spekuliert. Pol Pot, der »Bruder Nr. 1« und Chefideologe der Roten Khmer, begründete die Räumung vor allem mit der wirtschaftlichen Notwendigkeit, die Bevölkerung zu ernähren und daher ausschließlich für die Nahrungsproduktion zu nutzen. Dies ist aber nach heutigem Kenntnisstand vorgeschoben gewesen. Manchmal wird auch die Gefahr eines US-inspirierten Aufstandes oder die Gefährdung der Kampf-

kraft der Truppen durch Geld, Alkohol und Prostitution angeführt. Ein anderes, düsteres Licht wirft – so sie authentisch ist – eine Diskussionsnotiz aus der Zeit vor der Machtübernahme auf die ganze Aktion: »Die Frage der Gegensätze zwischen Stadt und Landbevölkerung existiert nicht, weil die Städte alle ausländischen Ursprungs sind, bewohnt von Ausländern (...) die Bevölkerung der Städte ist also aus Rassenmischung mit diesen Ausländern hervorgegangen; sie ist also nicht reinen Khmer-Ursprungs und kann ohne politische und psychologische Schwierigkeiten eliminiert werden.«<sup>3</sup>

### »Wenn wir Reis haben...«

► Vor allem die brutale Zwangsumsiedlung der städtischen Bevölkerung durch die Roten Khmer wird häufig so interpretiert, sie hätten einen »kommunistisch-primitivistischen Bauernstaat«,<sup>4</sup> »eine Art Agrarkommunismus«<sup>5</sup> oder kurz und bündig einen »Steinzeit-Kommunismus«<sup>6</sup> aufbauen wollen. Die häufig zitierte Khmer-Parole »Wenn wir Reis haben, haben wir alles« scheint genau dies zu besagen: Eine Beschränkung auf das Hauptnahrungsmittel Reis und als Resultat die Strategie, die Städte zu räumen und alle Leute auf das Land zu verfrachten. Der Rest des Zitats sagt etwas anderes: »Wenn wir Reis haben, haben wir alles; unser Volk kann sich satt essen und wir können ihn für harte Währung exportieren. Je mehr wir exportieren, umso besser können wir es uns leisten, technische Geräte, Maschinen und andere Instrumente, die nötig zum Aufbau einer Industrie [...] und zur schnellen Veränderung der Landwirtschaft sind, zu kaufen.«<sup>7</sup> Ein 'Steinzeitkommunismus' auf Devisenjagd also.

In ihrem 1976 beschlossenen Vierjahresplan ging die KPK von folgender Analyse aus: Kambodscha könne von nirgendwo uneigennützig Hilfe erwarten, habe keine natürlichen Reichtümer und keine wirkliche Industrie. Auf der anderen Seite verfüge es aber über eine erfolgreiche Kommunistische Partei, ein arbeitsames Volk und einen deutlich verbesserbaren Reisanbau. Als stolze NationalistInnen besannen sie sich auf genau diese Seiten ihres Landes und beschlossen den Aufbau des Sozialismus via Optimierung des Reisanbaus.

Die Produktivität des Reisanbaus in Kambodscha war mit einer Tonne pro Hektar gering. Der Vierjahresplan von 1976 sah vor, auf normalen Reisfeldern 3 Tonnen pro Hektar, auf einigen besonders guten Feldern sogar 6 bis 7 Tonnen pro Hektar zu ernten. Dies sollte erreicht werden, indem man das Land mit Bewässerungsanlagen überzog, die zukünftig mindestens zwei Ernten ermöglichen

Die Bevölkerung war bloßes Material staatlicher Pläne

sollten. Viele Sorten Reis gedeihen nämlich besser, wenn die Felder mehrfach be- und entwässert werden. Dafür benötigt man jedoch ein ausgeklügeltes System von Kanälen, Dämmen, Zu- und Abflüssen. Diese Bewässerungsanlagen zu bauen und Reis zu pflanzen, sollte nun die Aufgabe des ganzen Volkes sein.

### Unrealistischer Plan, brutale Methoden

► Den landwirtschaftlichen Ertrag innerhalb von vier Jahren in einem durch Krieg zerstörten Land zu verdreifachen, ist wagemutig. Die Methoden zur Umsetzung dieses unrealistischen Ziels waren menschenfeindlich und teils schlicht irrational. Unabhängig von Ausbildung und Gesundheit mussten Leute Schlamm schippen und Reis pflanzen, auch wenn sie davon nichts verstanden. Menschen wurden aus ihrer Wohnung vertrieben, nach Geschlechtern in Arbeitsbrigaden aufgeteilt und mit Gewalt und Drohungen unter mörderischen Arbeitsbedingungen geschunden. Diese Arbeitskräfte wurden über Monate einmal täglich mit dünner Reissuppe – oder gar nur mit Reishüllensuppe – ernährt. »Zur Bekämpfung kapitalistischer Tendenzen« wurde der private Anbau von Spinat, Kohl oder Tomaten bekämpft. Und während viele Menschen des Hungers starben, fuhren die Roten Khmer fort, tausende Tonnen Reis zu exportieren, »um Kapital für die nationale Verteidigung und den Wiederaufbau zu akkumulieren« (so Pol Pot 1977).

Für die Roten Khmer drehte sich in der Zeit ihrer Herrschaft alles um die Frage »Khmer oder Nicht-Khmer«. Die bittere Konsequenz war, dass alle, die ihnen nicht passten, aus dem Volk ausgebürgert wurden und ihres Lebens nicht mehr sicher waren. Trotz des grassierenden Versorgungsmangels und des medizinischen Notstandes wurden alle ausländischen Hilfsorganisationen aus dem Land geworfen. Stolz klopfen die Roten Khmer sich auf die Schulter, es ganz anders zu machen als die anderen – und fanden es darum unter ihrer Würde, die anderen sozialistischen Staaten um Hilfe zu bitten, auch wenn es ums bloße Überleben ging. Zu einer solchen Behandlung der Bevölkerung als bloßes Material staatlicher Pläne brauchten die Roten Khmer keine ausgeprägte Stalin- oder Mao-Lektüre – die ganz ordinäre Vorstellung, dass die Nation wichtiger als der Einzelne sei, reichte vollkommen aus. Insofern waren die Roten Khmer in erster Linie NationalistInnen.

Der ‚freie Westen‘ belieferte die Roten Khmer mit Waffen und Geld

Die Verbesserung des Reisanbaus scheiterte nicht nur an der miserablen Behandlung der zwangsverpflichteten Arbeitskräfte. Der Aufbau eines Systems von Dämmen und Kanälen erfordert auch Wissen darüber, wie haltbare Dämme angelegt und wie tief Kanäle gegraben werden müssen, damit das Wasser dann fließt, wenn es soll. Die Kanäle dürfen nicht so tief sein, dass das Wasser mühsam auf die Felder gepumpt werden muss, und sie müssen auch stärkere Regenfälle aushalten. Solches Wissen aber scherte die Roten Khmer nicht. Khieu Samphan, ab 1977 Staatsoberhaupt des »Demokratischen Kampuchea«, soll erklärt haben: »Wer politisch denkt, wer

matisierter Menschen nicht annähernd so hoch, wie die Roten Khmer geplant hatten.

### Massenmord vorprogrammiert

► Diese offensichtlichen Probleme des »sozialistischen Aufbaus« mussten Gründe haben, und die Roten Khmer machten sich auf die Suche. An der Partei konnte es nicht liegen; die hatte ja die richtige Linie, und das gute Khmer-Volk schied als Schuldiger aus. Also mussten Verräter und Saboteure am Werke sein. Grundsätzlich verdächtig waren die vietnamesischen, chinesischen und muslimischen Minderheiten. Generell unter-



Die Einheitskleidung der Roten Khmer

Foto: iz3w-Archiv

das Regime begriffen hat, der kann alles, die Technik kommt später [...] wir brauchen keine Ingenieure, um Reis anzubauen, Mais zu pflanzen oder Schweine zu züchten.«<sup>8</sup>

Die Folge dieser blödsinnigen Gering-schätzung von richtigem Wissen über Natur und Technik war, dass die meisten neu gebauten oder wiederhergestellten Bewässerungsanlagen ineffektiv oder sinnlos waren. Manche gingen bei den ersten Regenfällen kaputt und begruben Reisfelder und Dörfer unter Schlammlawinen.

Auch wenn nach drei Jahren schlimmster Misserfolge und dem zum Teil dramatischen Sinken der Reisproduktion schließlich ein Teil der Bewässerungsanlagen funktionierte, so war die Produktivität ausgelaugter und trau-

schieden die Roten Khmer zwischen den »old people«, die schon länger unter ihrer Herrschaft überlebt hatten und darum vertrauenswürdiger waren als die »new people«, die erst vor Kurzem unter ihre Fuchtel geraten waren und denen darum nicht getraut werden konnte. Zudem mussten sich auch in die KPK Diversanten und Verräter geflüchtet haben, denn ansonsten hätten die Saboteure nicht ihr schändliches Werk verrichten können, ohne dass sie bemerkt worden wären. Darum gingen die Roten Khmer bald dazu über, auch in den eigenen Reihen der Spionage zu verdächtigen, zu foltern und zu morden.

Zugleich wurde der Terror auf dem Land gegen die fortgesetzt, die nicht die geforderte Arbeitsleistung erbrachten oder sich aus Hunger an der Ernte oder Essensresten vergriffen. Kranke, Alte, Schwache, Verletzte

und Behinderte wurden als ‚unnütze Esser‘ häufig dem Hungertod überlassen oder gar umgebracht. Wer einen Witz über Angkar machte, an einer Maßnahme Kritik übte oder sich sonst wie dem Regime »feindlich« zeigte, kam nur selten mit dem Leben davon. Selbst wem nur ein Pflug kaputtging, wem ein Büffel nicht gehorchte oder wer unerlaubte sexuelle Beziehungen unterhielt, konnte mit öffentlicher Demütigung, mit rigider Bestrafung und auch mit dem Tod rechnen. Kambodscha hatte 1975 circa 7,4 Millionen EinwohnerInnen. 1979 betrug die Bevölkerungszahl 5,8 Millionen Menschen.

Häufig wird behauptet, Pol Pot und die Khmer hätten »bis in die letzte Konsequenz« »die sofortige und vollständige Einführung des Kommunismus versucht – ohne lange Übergangsperiode, die eigentlich zu den Grundsätzen des orthodoxen Marxismus-Leninismus« gehöre.<sup>9</sup> Auch wenn die Angkar sich nie offiziell auf den Marxismus-Leninismus berufen hat, und auch wenn die Roten Khmer stolz darauf waren, einen bislang nicht gekannten, genuin kampucheanischen Weg zum Aufbau des Sozialismus zu beschreiten: Sie waren in vieler Hinsicht ganz orthodoxe, allerdings besonders nationalisistische und paranoide Marxisten-Leninisten. In den Dokumenten ist durchgängig vom »Sozialismus« und nicht etwa vom Kommunismus die Rede.<sup>10</sup> In ihrer Politik ging es um Agrarüberschüsse und Devisenerlöse – so irreal die Strategie wie auch die weiteren Annahmen dafür gewesen sein mögen (wie zum Beispiel ein konstanter Reispreis auf dem Weltmarkt).

Ende 1978 marschierten nach wochenlangen Grenzkonflikten vietnamesische Truppen in Kambodscha ein und vertrieben in nicht einmal drei Wochen die Roten Khmer. Danach herrschten – international weiterhin als die »rechtmäßige Regierung« Kambodschas anerkannt – Pol Pot und seine Genossen über Flüchtlingslager in Thailand und einige schlecht erreichbare Lager in Grenzregionen Kambodschas. Dort ging der Rote-Khmer-Terror weiter. Der Großteil Kambodschas geriet unter vietnamesische Kontrolle, dort wurde die mit Vietnam und der UdSSR verbündete »Volksrepublik Kambodscha« gegründet. Die Roten Khmer führten nun einen Guerillakrieg gegen die vietnamesischen Truppen und die neue kambodschanische Armee.

## Nachsicht bei Linken

► Westeuropäische und nordamerikanische Linke wollten lange nicht glauben, dass im »Demokratischen Kampuchea« ein derartig brutales Regime regierte. Das lag partiell auch daran, dass Fälschungen die ohnehin seltenen Quellen unglaubwürdig machten: So berichtete etwa ein französischer Arzt am 30.4.1975 über verschiedene Gräueltaten

der Roten Khmer, die definitiv nicht stattgefunden hatten. Es gab angebliche Augenzeugenberichte an der thailändischen Grenze von Leuten, die zu der Zeit gar nicht in Kambodscha waren, sowie gestellte Fotos, die der thailändische Geheimdienst zur Wahlbeeinflussung produziert hatte. Berühmt geworden ist ein Foto, das mit der Unterschrift »Ein roter Khmer kauft am Tag der Befreiung mit der Pistole ein« um die Welt ging. In Wirklichkeit forderte er Plünderer auf, sofort aufzuhören.<sup>11</sup>

Vor diesem Hintergrund mag die Haltung der westlichen Linken,<sup>12</sup> die diese Schlächtereien zum größten Teil ignorierten,<sup>13</sup> unerfreulich gewesen sein, aber sie war nicht vollkommen unverständlich. Angesichts der völligen Abschottung Kampuchreas waren Informationen nur von GegnerInnen der Roten Khmer zu bekommen, die zum größten Teil nicht sonderlich seriös waren. Politisch relevanter ist jedoch, dass Prinzipien wie »nationale Unabhängigkeit« und Strategien des Aufbaus einer eigenständigen Wirtschaft zur Belieferung des Weltmarktes, die der Ausgangspunkt der Roten Khmer waren, in vielen Teilen der Welt auftraten und auftraten – und sich bis heute bei vielen Linken der nachsichtigen Sympathie als kleineres Übel erfreuen.

Was die meisten moralisch empörten AntikommunistInnen hingegen gerne verdrängen, ist, dass nach der Vertreibung durch die vietnamesische Armee der ‚freie Westen‘ die Roten-Khmer-Mörderbanden finanzierte und militärisch unterstützte – und ihnen damit erlaubte, in den Grenzregionen zu Thailand ihre Schlächtereien fortzusetzen. Die US-Regierung und ihre europäischen Verbündeten klagten Vietnam an, Kambodscha widerrechtlich zu besetzen. Sie belieferten die Roten Khmer mit Waffen, Geld und allem Nötigen, um weiter mittels eines Guerillakrieges Kambodscha zu destabilisieren. Bei seinen Hilfstruppen ist der ‚freie Westen‘ noch nie zimperlich gewesen.

## Anmerkungen

- 1 Die Roten Khmer benannten nach ihrer Machtübernahme das Land in »Kampuchea« um, da das Wort Kambodscha als kolonialistische Bezeichnung galt. Heute heißt das Land wieder Kambodscha. Hier im Text wird nur dann »Kampuchea« verwendet, wenn Kambodscha in der Zeit von 1975 bis 1979 gemeint ist.
- 2 Hinsichtlich der historischen Quellen ergeben sich einige Probleme: Ein Großteil der Daten sind Erinnerungen von Flüchtlingen und vom US-Geheimdienst übersetzte Radioberichte. Die wenigen Dokumente sind aus dem Khmer ins Französische, oft vom Französischen ins Englische und dann vom Englischen ins Deutsche übersetzt worden. Und zwar von ausgewiesenen Gegnern der Roten Khmer, die dementsprechend parteiisch die Dokumente lasen und übersetzten. Während ihrer Herrschaft haben die Roten Khmer häufig versucht, ihre Praxis zu verschleiern, später haben sie schlichtweg gelogen. Es ist also eine gewisse Vorsicht gegenüber

dem Wortlaut von Aussagen geboten – mögliche Widersprüche können Hinweise auf interessierte Lesarten und Übersetzungsfehler sein.

- 3 Zit. Nach Schmidt 1984, S. 174; angeblich ein Diskussionsergebnis der Gruppe um Pol Pot vor der Machtübernahme, kein Beleg angegeben.
- 4 [www.w-w-w.de/Pot\\_Pot.html](http://www.w-w-w.de/Pot_Pot.html)
- 5 [http://de.wikipedia.org/wiki/Rote\\_Khmer](http://de.wikipedia.org/wiki/Rote_Khmer)
- 6 Welt-Online, [www.welt.de/print-welt/article/649068/Pot\\_Pot\\_Inkarnation\\_des\\_Terrors.html](http://www.welt.de/print-welt/article/649068/Pot_Pot_Inkarnation_des_Terrors.html)
- 7 Zit. nach Jackson 1989, S. 60
- 8 zit. nach Margolin 1998, S. 694
- 9 ebd., S. 643
- 10 Für beide Begriffe gibt es unterschiedliche Wörter in der Khmer-Sprache, so dass es sich auch nicht um Übersetzungsfehler oder -probleme handeln dürfte.
- 11 Schmidt 1984, S. 156/157
- 12 Eine vernachlässigbare Minderheit sind jene Linken, die auch später noch an den Roten Khmer festhielten.
- 13 Ausgewiesene Fans der Roten Khmer waren eigentlich nur die maoistischen K-Gruppen wie KBW oder KPD. Die sowjet-orientierte DKP verbreitete hingegen zwar brav die vietnamesischen Berichte über die Gräueltaten der Roten Khmer weiter, verlor aber nach dem Sieg Vietnams ziemlich schnell das Interesse an der ganzen Sache. LinkssozialistInnen und linken SozialdemokratInnen waren China und seine Verbündeten wegen ihres antisowjetischen, pro-amerikanischen Kurses suspekt, sie interessierten sich darum nicht sonderlich für Kambodscha.

## Literatur

- Chandler, David P.: Pol Pot plans the Future – confidential leadership documents from Democratic Kampuchea. New Haven, Conn. 1988
- Jackson, Karl D.: Ideology of total Revolution. In: Jackson, Karl D. (Hg.): Cambodia 1975-1978. Princeton, J. 1989
- Locard, Henri: Pol Pot's little Red Book – the Sayings of Angkar. Chiang Mai 2004
- Margolin, Jean-Louis: Kambodscha: Im Land der unfaßbaren Verbrechen. In: Courtois, Stéphane (Hg.): Das Schwarzbuch des Kommunismus. München 1998
- Schmidt, Klaus-Jürgen: Leben im Reisfeld. Wuppertal 1984
- Sontheimer, Michael: Kambodscha – Land der sanften Mörder. Reinbek 1990
- Thürk, Harry: Der Reis und das Blut. Berlin (DDR) 1990
- Twining, Charles: The Economy. In: Jackson, Karl D. (Hg.): Cambodia 1975-1978. Princeton, J. 1989

► **Junge Linke gegen Kapital und Nation** ist eine linksradikale und marxistische Organisation. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der theoretischen Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen. Neben schriftlichen Publikationen werden Veranstaltungen, Seminare und politische Camps angeboten. [www.junge-linke.org](http://www.junge-linke.org)

# No way

## Nachbarn, Gebirge und Geldgier blockieren den Verkehr in Tadschikistan



Straße ins Nirgendwo bei Chudschand. Zu Sowjetzeiten sollte sie ein Gewerbegebiet anbinden. Die Pfosten stehen für die Oberleitung einer nie fertig gebauten Trolleybuslinie. Foto: W. Sgibnev

**Die Mobilität von Menschen und Waren ist im zentralasiatischen Tadschikistan in besonderem Maße eingeschränkt. Was sind die Ursachen und Folgen? Inwiefern ist das schlechte Verkehrssystem ein Ausdruck innenpolitischer Misswirtschaft und außenpolitischer Ränkespiele?**

von **Wladimir Sgibnev**

► Seit Frühjahr 2010 ist der Eisenbahnverkehr nach Tadschikistan eingeschränkt: So stauten sich wochenlang Waggons mit tadschikischen Trockenfrüchten auf usbekischem Territorium. Die Preise für Treibstoff und Nahrungsmittel in Tadschikistan schossen in die Höhe. Auch wenn die Staatschefs auf internationalen Konferenzen von »Brüdervölkern« sprechen, sieht die Realität anders aus. Der usbekische Autokrat Islam Karimov, seit 1989 an der Macht, sucht mittels der Abschottung des Landes von der Außenwelt seine Macht zu sichern. Auch Tadschikistan weist erhebliche Demokratiedefizite auf: Das politische System ist auf die Person des Präsidenten Emomali Rahmon zugeschnitten. Ihm und seiner Familie wird vorgeworfen, die Wirtschaft des Landes quasi privatisiert zu haben und ihr Vermögen auf Offshore-Bankkonten zu lagern. Misswirtschaft und Korruption sind allgegenwärtig und die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur minimal.

Der Konflikt zwischen den beiden Staaten eskalierte, als Tadschikistan ankündigte, das

Wasserkraftwerk von Roghun bauen zu wollen. Usbekistan fürchtet dadurch um die Bewässerung der eigenen Baumwollfelder und hat das Druckmittel der Transportblockade für sich entdeckt. So kommt es zu Staus an der Grenze. Zu Anfang wurden praktische Gründe vorgeschoben: Es fehle gegenwärtig an Waggons, Lokomotiven oder Streckenkapazität. Die Strecke müsse instand gesetzt werden. Später hieß es, der usbekische Abschnitt sei unwirtschaftlich und müsse stillgelegt werden. Als die tadschikische Staatsbahn anbot, die Reparaturkosten zu übernehmen, winkte Usbekistan ab. Inzwischen lässt Usbekistan Baumaterial für den Staudamm prinzipiell nicht durch. Tadschikistan muss die wichtigsten Bauteile nun teuer einfliegen. Bei anderen Gütern müssen Verzögerungen in Kauf genommen werden.

Auch auf den Straßen im Inland sind die Möglichkeiten für Fortbewegung und Transport in Tadschikistan prekär. Dabei sind Verkehrswege bedeutend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine einge-

schränkte Mobilität bedeutet Ausgrenzung und Armut. Bereits für die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ist Verkehr unverzichtbar. Der Trade Diagnostics Study der Weltbank zufolge hat Tadschikistan einen der höchsten Anteile der Transportkosten am Bruttoinlandprodukt weltweit – etwa 27 Prozent. In westlichen Industriestaaten liegt dieser Wert unter zehn Prozent. In Tadschikistan macht die Beförderung rund die Hälfte des Einzelhandelspreises aus.

Über die Hälfte der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze und gibt 70 Prozent des Einkommens für Nahrungsmittel aus – und damit einen großen Teil für den Transport der Nahrungsmittel. Es lohnt sich also, einen genauen Blick darauf zu werfen, wie die Transportwege und die Verkehrspolitik in dem zentralasiatischen Land beschaffen sind. Darüber hinaus gibt die Verkehrspolitik Auskunft über die außenpolitische Lage des Landes und seine politische Kultur.

### Blockade durch Berge und Nachbarn

► Tadschikistan ist ein sehr gebirgiges Land – die Hälfte der Landesfläche liegt oberhalb von 3000 Metern. Die Bevölkerung konzentriert sich in den Tälern: Im Westen etwa das Hissar-Tal mit der Hauptstadt Duschanbe; ganz im Norden das fruchtbare Ferghana-Tal

(vgl. iz3w 319) mit der zweitgrößten Stadt Chudschand. Der Osten wird vom Pamirgebirge mit Gipfeln bis zu 7500 Metern Höhe beherrscht. Bereits die Topographie verhindert, schnell von einem Landesteil zum anderen zu gelangen. Die Verbindungen ins Ausland sind nicht weniger problematisch.

Die Exportwege für die wichtigsten tadschikischen Produkte – Aluminium, Baumwolle und Trockenfrüchte – führen fast ausnahmslos über usbekisches Territorium. Das Eisenbahnnetz ist nicht sehr weitläufig: Drei Stichstrecken von insgesamt 680 Kilometern führen von Usbekistan in jedes wichtige Tal. Jede dieser Strecken wird einmal wöchentlich von einem Personenzug befahren, der vier Tage und sieben Grenzüberquerungen später die Industriestädte Zentralrusslands erreicht.

So sucht Tadschikistan nach Transportalternativen durch andere Nachbarländer. Diese liegen aber nicht auf der Hand. Die Straße ins südkirgisische Osh wird zwar ausgebaut, führt jedoch über beschwerliche Pässe. Hinzu kommt, dass die Strecke durch das politisch instabile Gharm-Tal verläuft, wo sich tadschikische Regierungstruppen Ende 2010 wochenlange Gefechte mit islamistischen Aufständischen lieferten. Es gibt eine Grenze zu China, das selbst an Transportkorridoren Richtung Zentralasien interessiert ist. Die Berge sind auch hier das größte Hindernis. Die einzige Straße von Tadschikistan ins chinesische Xinjiang führt über den 4360 Meter hohen Kulma-Pass, über das Hochplateau des Pamir und unwegsame Straßen.

Afghanistan spielt in der tadschikischen Transport-Strategie eine wichtige Rolle. Mehrere Brücken über den Pjandsch-Fluss sind in den letzten Jahren mit US-amerikanischer Hilfe gebaut worden, dienen aber in erster Linie dem lokalen Handel. Eine Eisenbahnstrecke parallel zur existierenden Straße nach Kundus ist in Planung und soll irgendwann an das iranische Eisenbahnnetz angebunden werden. Im Moment ist das reine Zukunftsmusik, in erster Linie aufgrund der schlechten Sicherheitslage in Afghanistan.

Die angespannten Beziehungen zu Usbekistan wirken sich auch auf den Verkehr im Inneren des Landes aus, so etwa auf den Weg von Duschanbe nach Chudschand. Die Verbindungsstraße zwischen beiden Landesteilen windet sich in Serpentinaen über zwei Pässe in 3400 Metern Höhe. Für die 320 Kilometer zwischen den beiden Städten benötigt ein Jeep-Taxi um die acht Stunden; Busse sind wegen des schlechten Zustands der Straße nicht zugelassen. Im Winter ist die Strecke wegen Lawinen oft gesperrt und Nordtadschikistan von der Hauptstadt abgeschnitten: Ohne eine ganzjährig befahrbare Straße stellt sich die Frage, ob Tadschikistan als Staat bestehen kann. Zu Sowjetzeiten bevorzugte man das Flugzeug – die Tickets waren stark subventioniert – oder die deutlich längere Strecke über das usbekische Samarkand,

denn die Grenzen der Sowjetrepubliken waren nicht von Belang. Seit Usbekistan jedoch die Visumpflicht einführt, setzt Tadschikistan auf die beschwerliche Inlandverbindung.

Ebenso stehen internationale Flugrouten weit oben auf der politischen Agenda. Der überwiegende Anteil der Linien führt von Tadschikistan nach Russland und dient den hunderten Tausenden ArbeitsmigrantInnen in Moskau oder in den Erdölgebieten Westsibiriens. Die Einrichtung neuer Flugrouten geht mit einer Diversifizierung der Arbeitsmigration einher, so etwa nach den Golfstaaten, mit denen bilaterale Verträge über erleichterte Visabestimmungen und Landerechte für Flugzeuge abgeschlossen wurden. Der Wunsch nach einer Direktverbindung zwischen Riga und Duschanbe durch die Low-Cost-Fluglinie Air Baltic war Thema beim Staatsbesuch des Präsidenten Emomali Rahmon beim lettischen Kollegen Valdis Zatlers im Februar 2009. Dieser versprach, »die Tore Europas für Tadschikistan zu öffnen«. Die Flüge nach Westeuropa sind seither um die Hälfte billiger. Mit ihnen kam die Hoffnung auf steigende Touristenzahlen und einen Ausweg aus der Isolation.

Ein weiterer Aspekt des internationalen Verkehrs darf nicht unerwähnt bleiben: Der Drogenhandel. Tadschikistan ist ein wichtiges Transitland für afghanisches Opium. Nach Angaben des UN-Büros für Drogenbekämpfung wird etwa ein Fünftel des afghanischen Drogenexports über Tadschikistan abgewickelt. Der Umsatz des tadschikischen Drogengeschäfts beträgt schätzungsweise ein Drittel des Inlandprodukts. Die unwegsame 1400 Kilometer lange Grenze zum südlichen Nachbarn und die schwer zu kontrollierenden Gebirgspfade bieten in diesem Fall gute Bedingungen für die Drogenkurier. Die Korruption bis in die höchsten Kreise tut ihr Übriges, um den Drogenhandel zu erleichtern. Mithilfe der direkten Zugverbindungen nach Russland sind auch die Absatzmärkte verlässlich zu erreichen.

### Chinesisches Geld für Transitachsen

► Die tadschikische Regierung plant gegenwärtig, bis 2012 1650 Kilometer Straßen neu zu bauen oder zu renovieren, dazu 15 Kilometer Tunnel und 100 Brücken. Zur Finanzierung ist man auf internationale Hilfe angewiesen. China ist bei Weitem der größte Geldgeber; Tadschikistan ist gleichzeitig einer der größten Empfänger chinesischer Entwicklungshilfe. Bis zum Jahr 2007 erhielt es 600 Millionen Dollar chinesischer Vorzugskredite – fast die Hälfte der internationalen Entwicklungskredite für Tadschikistan. Hinzu kommen 50 Millionen an Direkthilfe.

### In Tadschikistan macht Transport die Hälfte der Warenkosten aus

Chinas Interesse an Verkehrsverbindungen in Zentralasien erklärt sich in erster Linie mit der besseren Erreichbarkeit der Bodenschätze der Region. Tadschikistan besitzt zwar selbst sehr wenige, könnte aber eine wichtige Rolle im Transitverkehr einnehmen. Andere potentielle Geldgeber – etwa die Asiatische Entwicklungsbank oder die japanische Regierung – haben bisher geringes Engagement gezeigt.

Die Vorzugskredite für den Straßenbau zahlt China in den meisten Fällen nicht an das Empfängerland aus: Chinesische Unternehmen bewerben sich auf das ausgeschriebene Projekt und erhalten die Finanzmittel direkt. Maschinen, Baustoffe, oft auch das komplette Personal werden eingeflogen. Am Ende wird das Projekt »schlüssel-fertig« übergeben. So will China verhindern, dass das Geld durch Korruption versickert und die Qualität der Arbeiten sicherstellen.

Die Nord-Süd-Hauptstraße nach Chudschand wurde mithilfe eines Kredits der chinesischen Export-Import-Bank instand gesetzt. Der Anzob-Tunnel ist bereits im Rohbau fertig gestellt. Belüftung, Entwässerung und Straßenbelag fehlen zwar noch, aber das hindert die Fahrer nicht, durch stoßstangenhohe Pfützen im dunklen Tunnel zu brettern, um sich die Fahrt über die desolate Passstraße zu ersparen.

Die Investitionen beschränken sich auf potentielle internationale Transportkorridore. Die Mittel für Reparatur und Ausbau der lokalen Straßen werden vernachlässigt. So bleiben weite Landstriche abgehängt. Der tadschikische Bürgerkrieg von 1992 bis 1997 hat seinerseits Investitionen in die Infrastruktur verhindert. Die meisten Straßen in Tadschikistan sind noch zu Sowjetzeiten gebaut worden, zu einer Zeit, als Investitionen in die Infrastruktur – Straßen, Eisenbahnen, Gas- und Stromleitungen – für Zivilisationsfortschritt und den Sieg des Sozialismus standen. Eine funktionierende Infrastruktur wird oft mit der Sowjetzeit in Verbindung gebracht; bei manchen erweckt eine asphaltierte Straße Erinnerungen an die Jugend.

### Wer fährt, zahlt

► Der Zusammenbruch der Infrastruktur wird in Tadschikistan als Zusammenbruch der Staatsmacht empfunden. Dagegen rechnet es die Bevölkerung hoch an, wenn Straßen renoviert werden – also der Staat wenigstens in einem Bereich die Daseinsvorsorge sichtbar in die Tat umsetzt. Modernisierung der Infrastruktur gilt als Beweis, dass der Staat die schwere Krise der 1990er überwunden hat und seine Handlungsfähigkeit wiedererlangt. Doch selbst die Vorzugskredite müssen zurückgezahlt werden und auch von China geteerte Pisten benötigen Mittel für die Instandhaltung. ►

Deshalb hat in der Hauptstadt Duschanbe das Parlament, das von der Volksdemokratischen Partei von Präsident Emomali Rahmon dominiert wird, entschieden, auf den Hauptstraßen des Landes Maut zu erheben. Die Juni 2009 geschaffene gesetzliche Grundlage erlaubt die Einrichtung von Mautstellen auch dort, wo es keine Alternativstrecke gibt, etwa in engen Bergtälern. Die frisch renovierte Nord-Süd-Verbindung fiel als erste unter die Maut-Regelung. Im Frühjahr 2010 eröffnete eine Firma mit dem viel versprechenden Namen Innovative Road Solutions (IRS) die ersten Maut-Terminals. Der Verkehrsminister beteuert, IRS habe eine Ausschreibung gewonnen. Seltsamerweise widerspricht selbst die IRS-Führung dieser Darstellung: Die Re-

Bei der Gesetzesberatung gab das Verkehrsministerium an, die Betreiberfirma würde aus den Mautzahlungen den Unterhalt der Straßen bestreiten, die Kredite an China zurückzahlen und jährlich 20 Millionen Euro an Steuern in die Staatskasse spülen. Das Unternehmen wurde aber im Nachhinein von allen Steuerzahlungen, mit Ausnahme der Sozialbeiträge für die Mitarbeiter, befreit. Darüber hinaus erklärte sich IRS für die Rückzahlung des chinesischen Kredits für unzuständig. Der in Tadschikistan intensiv diskutierte Eindruck, IRS sei eine gut abgesicherte Gelddruckmaschine, liegt nahe. Man kann jedoch nur ra-

## Die Mautfirma IRS ist eine Gelddruckmaschine

Maut von der Hauptstadt bis zur usbekischen Grenze – zirka 350 Kilometer – kostet für einen PKW etwa 18 Euro, bei einem Durchschnittseinkommen von gerade einmal 50 Euro im Monat. Dass die Maut zu einer Verringerung der verfügbaren Einkommen der AnrainerInnen führt, ist unbestreitbar. Eine immer höher steigende finanzielle Belastung der Haushalte; eine von der Re-

gierung gedeckte undurchsichtige Geschäftemacherei einiger Weniger – das bietet Empörungspotential, selbst in Tadschikistan, wo das Gespenst des überstandenen Bürgerkriegs alle sozialen Mobilisierungen klein hält. Die BewohnerInnen des Varzob-Tals, nördlich der Hauptstadt, waren besonders stark von der Einführung der Mautpflicht betroffen, da es starke Pendelbeziehungen in die Hauptstadt gibt. Über zehntausend Personen unterschrieben einen offenen Protestbrief, mehrere hundert Personen gingen im Herbst 2010 auf die Straße und blockierten Maut-Terminals. Daraufhin wurde die Maut für die BewohnerInnen des Tals halbiert. IRS besteht jedoch darauf, dass die entfallenden Einnahmen von der Regierung kompensiert werden. Das war zwar nicht die Geburtsstunde einer Protestbewegung, aber vielleicht doch der Vorbote einer neuen Protestkultur als Antwort auf *Ausweglosigkeit* im Land – in allen Facetten des Begriffs.



Verfallende Bahnanlagen im nordtadschikischen Nov

Foto: W. Sgibnev

gierung habe dem Unternehmen für mehrere Jahre eine direkte Konzession zur Betriebsführung erteilt: Aus den Mauteinnahmen sollten die Mittel für den Unterhalt der wichtigsten Fernstraße des Landes bestritten werden. Die Vergabeunterlagen bleiben aber unter Verschluss.

IRS behauptet auf ihrer Webseite, über jahrelange Erfahrung im Betrieb von Mautstraßen zu verfügen, aber es gibt keinerlei Hinweise auf die Existenz der Firma vor Eröffnung der Mautstrecke von Duschanbe nach Chudschand. Das Unternehmen ist auf den Virgin Islands registriert, pikanterweise unter demselben Namen wie dem des Schwiegersohnes des Präsidenten und Parlamentsabgeordneten Dschamoliddin Nuraliev. Der bestreitet jedoch jede Verbindung zu IRS. Die Besitzerstruktur des Unternehmens wird aus »Vertragsgründen« strikt geheim gehalten.

ten, wie hoch die Gewinne sind und in wessen Taschen sie versickern.

Der Direktor des tadschikischen Antimonopol-Komitees Amonullo Aschur war der einzige höher gestellte Amtsträger, der sich gegen die Mautpflicht positionierte. Er verlangte eine Überprüfung der Konzessionsvergabe und forderte, IRS solle die Preise mit dem Antimonopol-Komitee absprechen und für Transparenz der Geschäftsführung sorgen. Eine eilig einberufene Regierungskommission entlastete IRS, Aschur wurde Ende Januar 2011 auf einen anderen Posten versetzt.

Nach Eigenaussage des technischen Direktors von IRS Rustam Abdulloev arbeitet die Firma daran, dass die Straße »immer, sommers und winters, offen steht, den Benutzern nur Glück beschert, Entfernungen und Herzen näher zueinander bringt«. Die Erfüllung dieser Wünsche hat jedoch einen Preis: Die

## Usbekistan entdeckt das Druckmittel der Transportblockade

Die International Crisis Group warnte in einem Februar 2011 erschienenen Bericht, die skandalträchtige Vergabe der Mautbetriebs an IRS könnte das Regime des Präsidenten Rahmon zu Fall bringen. Im Protest gegen die IRS trifft der Unmut über fehlende politische Teilhabe, Missmanagement und Korruption auf die prekären Lebensumstände im Alltag, auf eingeschränkte Fortbewegung und hohe Nahrungsmittelpreise. Im benachbarten Kirgistan hatten die Proteste, die zum Sturz des Präsidenten Bakiev führten, ihren Ursprung in einer drastischen Steigerung der Strompreise. Dass die dreiste Verteuerung der Mobilität in Tadschikistan ähnliche Folgen haben könnte, liegt im Bereich des Möglichen.

► **Wladimir Sgibnev** ist Doktorand am Zentralasienseminar der Humboldt-Universität zu Berlin und arbeitet über den Wandel zentralasiatischer Stadtlandschaften.

## Schluss mit der Angst

Die Welt besteht nicht nur aus jenen zwei Sorten Mensch, die sich, als männlich und weiblich sauber klassifiziert, vom diametral entgegengesetzten Geschlecht angezogen fühlen. Spätestens seit dem Hype um die Gay Prides von Moskau bis Mexiko gibt es einen spektakulären Ort der Akzeptanz für lesbische und schwule Identitäten.

Und es geht nicht nur um diese beiden. Wer sich nicht zwischen homo und hetero entscheiden will, ist bisexuell. Eine Person kann intersexuell – also mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen – leben. Sie kann eine transgender, vom biologischen Geschlecht abweichende Geschlechtsidentität haben. Die Formel LGBTI steht für lesbische, schwule, bisexuelle, trans\* und intersexuelle Orientierungen. LGBTI will die Multitude sexueller Orientierungen benennen.<sup>1</sup>

Das Thema der sexuellen Identitäten ist umkämpft. In Uganda lag in der vorsommerlichen Legislaturperiode ein Anti-Gay-Gesetz vor, in dem Strafen bereits für die Unterstützung von Homosexualität vorgesehen waren. Schwulen, die mit dem HI-Virus infiziert sind und Sex haben, droht gar die Todesstrafe. Eine weltweite Gegenkampagne sorgte für die Aussetzung der Abstimmung. Nun will der Parlamentsabgeordnete Otto Odonga das Gesetz erneut einbringen. Anders läuft es in Litauen: Im Entwurf eines Mediengesetzes wurde Werbung für Homosexualität mit einer Strafe von bis zu 3.000 Euro belegt. Nach internationalen Protesten nimmt das litauische Parlament nun statt des Verbots einen Antidiskriminierungsartikel in das Gesetz auf.

In den letzten Jahren waren Erfolge für die Ankererkennung der LGBTIs zu verzeichnen. Die so genannte Homo-Ehe wird in immer mehr Ländern legalisiert, Antidiskriminierungsgesetze werden verabschiedet. Andererseits nehmen offene Anfeindungen nicht ab. »Schwul« ist auf jedem deutschen Schulhof eine abwertende Diffamierung. Trotz Antidiskriminierungsgesetzen steigt die Zahl von Hassverbrechen gegen LGBTIs. Ist das ein letztes Aufbäumen der homophoben Kräfte?

Dass die unterschiedlichen Sex- und Gender-Identitäten ihre Berechtigung haben, wurde jüngst explizit bei der UNO bestätigt. Im Juni hat der UN-Menschenrechtsrat eine Resolution gutgeheißen, welche die Rechte von Schwulen, Lesben und Transgender unterstreicht. Prompt meldete sich der Vatikan zu Wort und reklamierte, dass diese Entwicklung der Anfang davon sei, die Homosexuellen-Rechte in die weltweite Menschenrechtsagenda zu übernehmen. Laut Erzbischof Silvano Tomasi, stehe dies im Widerspruch zum Recht der freien Meinungsäußerung, die ja auch für religiöse Führer gelte. Weiter fordert er, dass

die Staaten das Recht haben sollen, gewisse sexuelle Verhaltensweisen zu verbieten. Heute würden viele Christen verfolgt, nur weil sie Homosexualität ablehnen.

Verkehrte Welt auch an anderer Stelle. Die Tickermeldungen in diesem Themenschwerpunkt (nachzulesen unter [www.gay.ch](http://www.gay.ch)) stehen für die Diskrepanz zwischen rechtlichen Reformen und erlebter Realität von LGBTIs weltweit. Jüngst rief Paul Evans Aidoo, Minister der westlichen Provinz in Ghana, die Sicherheitskräfte dazu auf, die Schwulen im Lande ausfindig zu machen. Dazu sollten alle Grundbesitzer Männer melden, die sie als homosexuell verdächtigen. Dieses »soziale Geschwür«, so Paul Evans Aidoo, sei verantwortlich dafür, dass die HIV/Aids-Rate angestiegen sei. Ein Auslöser war ein Zeitungsartikel, in dem geschrieben wurde, dass in der westlichen Provinz Ghanas rund 8.000 Schwule und Lesben leben würden. Christ\*innen wie auch Muslim\*a riefen einträchtig zu Protesten gegen Homosexualität auf.

Allerorten lassen sich solche Beispiele dafür finden, wie Homo- und Transphobie für den Erhalt patriarchaler, klerikaler, religiösfundamentalistischer oder politischer Macht eingesetzt wird. Das kann nur funktionieren, wenn diese Gesinnung als abrufbare Haltung in der Gesellschaft vorhanden ist. Die Auswirkungen auf LGBTIs sind heftig: Die Selbstmordraten von lesbischen, schwulen und bisexuellen Jugendlichen sind durchschnittlich fünfmal so hoch wie bei Heterosexuellen (bei Trans\* Menschen liegen sie noch höher). Dahinter stehen Erfahrungen mit geschlechtsabhängiger Gewalt und Viktimisierung, Ausschluss aus Familien und sozialen Strukturen.

Natürlich ist Homophobie, die Ablehnung von Homo- und Bisexualität, mit Transphobie, der Ablehnung von transgender und transsexuellen Menschen, verbunden. Nicht selten geben sich auch Homophobie und Rassismus die Hand, wenn, egal wo, die eigene Identität das Maß aller Dinge wird. Mit dem Finger bei Homophobie einfach auf den Süden zu zeigen, ohne vor der eigenen Haustüre zu kehren, wäre eine Variante solchen Gebarens. Homophobe Gesetze im Süden sind oft auch koloniale Relikte. Homophobe Propaganda im Süden wird nicht selten von Religionssekten aus dem Norden unterstützt. Die europäische Asylpolitik in Bezug auf LGBTIs und deren Zugang zu Bildung, Arbeitsmarkt und Gesundheitswesen sind unzulänglich. Solidarische Kämpfe um Anerkennung der LGBTIs sind im Norden wie im Globalen Süden anzutreffen. In Indien und Pakistan ist die Welt für LGBTIs zwar alles andere als in Ordnung. Aber es gibt nun, was hierzulande noch undenkbar scheint (vgl. S. 29): ein juristisches drittes Geschlecht.

die redaktion

Wir danken der Hannchen-Mehrzweck-Stiftung für die Unterstützung dieses Themenschwerpunktes.



<sup>1</sup> Um Zwischengeschlechter hier orthografisch mitzudenken, verwenden wir nicht unsere übliche gegenderte Schreibweise mit großem I, sondern symbolisch ein Sternchen als Platzhalter zur Kennzeichnung des ‚Gender Gap‘. Die Lebensrealität wird weder von der traditionellen männlichen Schreibweise, noch von der binären männlich-weiblichen Schreibweise erfasst. Das Sternchen zeigt auf den Zwischenraum.



Foto: T. Billgren / <http://antigayretorik.blogspot.com>

### 06.07.2011 Indien: Der indische Gesundheitsminister erklärt: ...  
 rechen in NY ### 12.07.2011 Vatikan: Papst gegen UN-Menschenrecht

## »Die wahre Revolution steht uns noch bevor« O-Töne zum arabischen Frühling aus schwuler Sicht

Seit Monaten schauen viele Menschen fasziniert auf die Aufstände im Nahen Osten und in Nordafrika. Die Hoffnung auf eine Demokratisierung der gesamten Region ist groß. Welche Hoffnungen hegen Lesben und Schwule zwischen Teheran und Tanger, was erwarten sie vom arabischen Frühling? Fünf schwule Aktivisten aus Iran, Ägypten, Sudan und Marokko sprechen darüber, wie sie die Zeitenwende erleben, wie sie die Chancen für mehr Akzeptanz für Lesben und Schwule einschätzen, was sie vom Westen erwarten.

von **Klaus Jetz**

20

► »Die Menschen in der Region wollen endlich grundlegende Menschenrechte, Freiheit und wahre Demokratie«, schreibt ein Aktivist aus Kairo, der anonym bleiben will. Der Kampf für die Befreiung von totalitären Regimes gleiche dem, was in Osteuropa vor 20 Jahren stattfand. Differenzierter sieht das Hossein Alizadeh, der aus dem Iran stammt und seit über zehn Jahren in den USA lebt. Dort hält er für die International Gay and Lesbian Human Rights Commission IGLHRC den Kontakt zu Menschenrechtsverteidiger\*innen und Aktivist\*innen aus dem Nahen Osten und Nordafrika. In Osteuropa habe es große finanzielle und gesellschaftliche Unterstützung aus dem Westen gegeben, um der Demokratie zum Erfolg zu verhelfen. Im Mittleren Osten und Nordafrika (MENA) müsse in

sozialer, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht noch viel passieren, bevor die Gesellschaften reif seien für den demokratischen Übergang. Zudem seien Religion und Traditionen die stärksten beherrschenden Kräfte in diesen Gesellschaften.

Arsham Parsi floh vor sieben Jahren als schwuler Mann aus dem Iran, gründete im kanadischen Toronto Iranian Railroad for Queer Refugees IRQR. Seither kümmert er sich um homosexuelle iranische Flüchtlinge in aller Welt. Für ihn ist wichtig, dass die Bewegungen in den verschiedenen Ländern sich gegenseitig beeinflussen, auch hätten sie das gleiche Ziel: »Die meisten Leute in der MENA-Region werden sich ihrer

Rechte als Individuen bewusst und sagen schlicht und einfach Nein zur Diktatur. Früher waren sie sich der Macht des Volkes überhaupt nicht bewusst. Das hat sich geändert. Sie sind es leid, unterdrückt zu werden.« Es gehe nicht nur um Iran, Ägypten oder Bahrain, sondern um die gesamte Region.

Auch Ali Sudan (Name geändert, KJ), Gründer und Vorsitzender der Organisation Freedom Sudan, vergleicht die aktuelle Lage in der MENA-Region mit Osteuropa vor 20 Jahren. Die Ereignisse könnten gar in die Bildung der Vereinigten Arabischen Staaten münden. Grundsätzlich stelle sich aber die Frage, ob sich nach den Umwälzungen der Islam oder die Demokratie durchsetze, und als LGBT-Aktivist frage er sich, ob Lesben und Schwule im »neuen Nahen Osten« willkommen seien oder eben nicht. Werde die Demokratie gestärkt, gebe es Anlass zur Hoffnung, obsiege die Religion, habe man noch einen langen Kampf als LGBT-Organisation vor sich.

»Rechte werden nicht geschenkt, wir müssen für sie kämpfen«

»Alle Menschen fürchten sich vor dem Unbekannten«, so Ali. »Deshalb müssen die Menschen über LGBT informiert und aufgeklärt werden. So überwinden sie ihre Angst,

Homosexualität wird enttabuisiert und die Homophobie geht zurück.« Stelle die Familie fest, dass ein Mitglied homosexuell ist, werde er oder sie wegen der Schande mit Sicherheit umgebracht. Die Polizei werde damit erst gar nicht behelligt. Ali schildert einen Fall aus Khartum, der traurige Berühmtheit erlangte. Er handelt von einem Mann, der seinen eigenen Bruder tötete, weil er von dessen Homosexualität erfuhr. Von der Polizei, die die Leiche am Nil-Ufer fand, hatte das Opfer keinen Schutz zu erwarten. Im Gegenteil. Die Todesstrafe wäre ihm sicher gewesen. So droht LGBT im Sudan Gefahr von mehreren Seiten.

## Von Ächtung bis Todesstrafe

► Es verwundert nicht, dass die befragten Aktivist\*innen die homosexuellenfeindlichen Einstellungen in ihren Gesellschaften als Hauptproblem ausmachen. »Die marokkanische Gesellschaft ist sehr religiös und eine der konservativsten der Welt. Die Religion hat großes Gewicht in Politik und Gesellschaft«, so Samir Bargachi, ein junger Journalist und Aktivist aus Tanger. Auch der Aktivist aus Kairo meint,

LGBT die Todesstrafe vorsehen. Die Todesangst hat sich in unsere Herzen gefressen.« Die LGBT-Community treffe sich im verborgenen, besonders lesbische Frauen litten unter der Situation, da sie von ihren Familien gezwungen werden, einen Mann zu heiraten und ein Leben zu führen, das ihren Wünschen und Vorstellungen widerspricht. »Einige verleugnen sich selbst, passen sich ihrer Umgebung an und versuchen ihr wahres Ich zu verbergen. Andere sehen nur im Selbstmord einen Ausweg.«

## Das Wahre nicht verbergen

► Dennoch sind die Hoffnungen groß. Hossein spricht von einem regionalen Dialog der Aktivist\*innen. Das Internet spiele eine große Rolle. »Aktivisten aus der Region kamen zusammen und stießen einen fruchtbaren Erfahrungsaustausch an. Im Libanon, Iran, in Palästina und der Türkei haben sie eine neue Sprache über Homosexualität geschaffen, die eine jahrhundertealte abwertende Terminologie ersetzt. In einigen progressiven religiösen Zirkeln haben Gelehrte damit begonnen, uralte Vorstellungen von Homosexualität als Sünde zu hinterfragen.« Es geht um einen neuen sprachlichen

Umgang mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen jenseits der Sprache der Religiosität und jenseits der Vorstellung von Sünde. Natürlich habe man noch einen weiten Weg vor sich, jetzt müssten Bündnisse mit progressiven Kräften, auch religiösen Gruppen geschmiedet werden. Denn die Unterstützung durch Religionsgelehrte mache es homophoben Gruppen schwer, homosexuelle Aktivist\*innen als unislamisch abzulehnen.

Die Gefahr sieht auch Hossein: »Was im Irak passierte, kann sich in anderen Ländern wiederholen: Ein brutaler weltlich orientierter Diktator tritt ab und islamistische Gruppen übernehmen. Sie zeichnen sich nicht durch Toleranz gegenüber Frauen, Homosexuellen oder christlichen Minderheiten aus. Wenn sie andere gesellschaftliche Kräfte unterdrücken, dann wird der demokratische Prozess nur ein kurzlebiger sein und einer Theokratie wie im Iran weichen.« Angst hat auch Ali, weil sich die Situation im Nord-Sudan verschärfe. »Wir werden (nach der Teilung) ganz und gar vom islamischen Recht regiert. Es wird immer strenger, der Nord-Sudan verwandelt sich in ein Gefängnis.« Im Süden wiederum gebe es kein islamisches Recht, und es sei dort an der neuen Regierung, für die Menschenrechte von LGBT zu sorgen. Ali fürchtet im Norden, auch in Libyen, Saudi-Arabien und im Iran, eine weitere Radikalisierung in Richtung eines politischen, fundamentalistischen Islams,

Homosexualität ist eine Krankheit ### 18.07.2011 USA: Mehr Hassve  
e-Resolution ### 30.05.2011 Chile: Präsident will Partnerschafts

die Gesellschaft sei »konservativer, rückschrittlicher, homophober und weniger tolerant gegenüber Menschen mit einer anderen sexuellen Identität oder einer anderen Religion. Das hat sich auch nicht geändert während oder nach der Revolution.« Die ägyptische Gesellschaft sei patriarchalisch, fördere männliche Geschlechterrollen, Sexualität sei ein Tabu. »Man kann schwulen Sex haben oder bisexuell sein, aber man darf nicht drüber reden, aus Achtung vor unseren rigiden Traditionen. All das trägt zur Intoleranz gegen alle bei, die anders sind.«

Auch Hossein Alizadeh schreibt, die gesamte Region sei zutiefst homophob, das Ausmaß der Verfolgung und Diskriminierung sei von Land zu Land sehr unterschiedlich. »Im Iran oder in Saudi-Arabien steht auf schwulen Sex die Todesstrafe, andere Länder, etwa Marokko oder Syrien, sehen Haftstrafen vor. In Ländern ohne homophobe Strafgesetze wie Ägypten, Jordanien oder der Türkei greifen die Behörden bei der Verfolgung auf vage Moralbestimmungen oder Betrugsvorwürfe zurück.« Egal wie das Strafrecht aussieht, so Hossein, »in fast allen Ländern der Region sind die gesellschaftliche Diskriminierung und kulturelle Ächtung von Homosexuellen ein schmerzlicher Teil des Lebens.«

Auch Ali schreibt, dass im Sudan Homosexualität nicht einfach nur illegal ist. »Der Sudan ist eines der wenigen Länder, die für

Sein Landsmann Arsham schreibt, die Iraner\*innen wüssten um die Bedeutung der aktuellen Ereignisse für ihr Leben. »Ein iranisches Sprichwort aus der Schah-Zeit sagt, Rechte werden nicht geschenkt, wir müssen für sie kämpfen.« Das mag vielleicht auf Europa nicht mehr zutreffen, weil viele Rechte erstritten worden sind. Aber vor allem iranische LGBT kämpfen für eine bessere Zukunft. »Wir alle wissen, dass es Freiheit nicht umsonst gibt und wir sind bereit, einen hohen Preis zu zahlen. Hoffnung allein genügt nicht, man muss auch kämpfen.«

Samir Bargachi meint, zur Zeit gebe es in Marokko eine »reife und interessante Debatte über individuelle Freiheiten«. Er sehe für Marokko nicht die Gefahr einer Radikalisierung in Richtung politischer, fundamentalistischer Islam. »Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass der Wandel nicht in einen islamistischen Staat führt. Aber in den Nachbar-

der den Zielen der LGBT-Community diametral entgegenstehe.

Und was erwarten die Aktivist\*innen von Europa? Internationale Solidarität, partnerschaftliches Miteinander, eindeutige Unterstützung für den Reformprozess, für die Menschenrechte. Und die muss dauerhaft sein. Darin sind sich alle einig. »Wir im Sudan brauchen Hilfe im Kampf für unsere Rechte. Das wichtigste ist, dass die Todesstrafe für LGBT abgeschafft wird. Wichtig ist aber auch, dass die Araber über Homosexualität aufgeklärt werden, damit die Homophobie zurückgeht, dass HIV- und Aids-Prävention stattfindet, dass LGBT-Flüchtlinge aus der Region in Europa angemessen behandelt werden.« Und aus Kairo heißt es: »Ich erwarte, dass Deutschland und Europa die ägyptische Revolution, unsere Forderung nach einer neuen Verfassung und nach einem säkularen Rechtsstaat unterstützen, der die Menschenrechte, Vielfalt und Wahlfreiheit achtet.« Denn »die Revolution ist ja nicht vorbei, die wahre soziale und politische Revolution steht uns ja noch bevor.«

► Klaus Jetz ist Geschäftsführer des Lesben- und Schwulenverbandes Deutschland (LSVD).



21.01.2011 Honduras: Morde an Transsexuellen ### 07.01.2011 Bra  
 Deutschland: Homo-Paare zahlen mehr für Trauung ### 12.08.2010 C

## Unsichtbar, belächelt, verleugnet Lesbische Identitäten im arabischen Raum

**Die Unsichtbarkeit von lesbischen Beziehungen in arabischen Ländern ist nicht nur der restriktiven Haltung religiöser und staatlicher Institutionen geschuldet, sondern im Alltagsleben tief verwurzelt.**

von **Mona Hanafi El Siofi**

► In arabischen Ländern gibt es erhebliche soziale Ressentiments sowie rechtliche Diskriminierungen gegen Homosexualität. Sie wird gemeinhin als zu behandelnde ‚Krankheit‘ betrachtet oder als bewusste Entscheidung zur ‚Perversion‘. Wirkliche Liebe könne es nur zwischen Mann und Frau geben. Homosexualität hingegen störe und bedrohe die als natürlich und gottgewollt aufgefassten Normen des Zweigeschlechtersystems. Das entspricht auch der Lehrmeinung der christlichen und muslimischen Oberhäupter, die den gesellschaftlichen Standpunkt und das staatliche Vorgehen gegenüber Homosexuellen maßgeblich beeinflussen. In Saudi Arabien, im Jemen und im Sudan stehen homosexuelle Beziehungen unter Todesstrafe. In der Rechtspraxis Saudi Arabiens werden sie häufiger auch mit langen Freiheitsstrafen und schweren körperlichen Züchtigungen geahndet. In Bahrain stehen auf gleichgeschlechtliche se-

xuelle Handlungen bis zu zehn Jahre Gefängnis, in Kuwait bis zu sieben Jahre, in Libyen bis zu fünf Jahre, in Marokko, Algerien, Tunesien, Somalia und Oman bis zu drei Jahre, im Libanon und in Syrien bis zu einem Jahr. In Ägypten gibt es kein konkretes gesetzliches Verbot homosexueller Beziehungen; verfolgt und mit Gefängnis bestraft werden sie dennoch – beispielsweise als Prostitutionsdelikt oder als Verstoß gegen die öffentlich geltende Moral. So sicherte sich die ägyptische Regierung im Kampf gegen muslimischen Extremismus bisher die Sympathien religiöser Eiferer.

Demzufolge müssen sich Lesben und Schwule in arabischen Staaten sehr bedeckt halten, um ernste Schwierigkeiten zu vermeiden. Und da offiziell keine Bars oder Diskotheken mit diesem Vorzeichen geduldet werden, lernen sich die meisten Homosexuellen auf Internet-Plattformen kennen. Trotzdem sind einige klandestine Orte als Treffpunkte für Schwule bekannt. Bei Lesben hat sich diese Art der Subkultur nicht entwickelt. Lesben finden über Internetkontakte Eingang in kleine Kreise, die sich nur sporadisch in Cafés verabreden oder privat zusammen kommen.

Eine Ausnahme in der arabischen Welt ist Beirut. Zwar droht im Libanon für ‚unnatürlichen‘ Geschlechtsverkehr eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr. Doch nach dem Bürgerkrieg hat sich durch Flüchtlinge, die aus

dem westlichen Ausland heimgekehrt sind, und durch die Vielzahl der versammelten Religionsgemeinschaften zumindest in der Hauptstadt die Schwelle der Toleranz etwas erhöht. So werden hier Bars und Diskotheken für Schwule und Lesben in einem gewissen Rahmen geduldet. Mit Unterstützung linksliberaler Kräfte konnten sich auch die Selbsthilfe-Organisationen Helem und Meem etablieren, die sogar öffentlich auftreten.

### Übermächtige (Männer-)Bilder

► Historisch war in arabischen Kulturen die Toleranz gegenüber gleichgeschlechtlichen Beziehungen deutlich größer als heute. Das wird anhand alter arabischer Schriften und europäischer Reiseliteratur ersichtlich. Vor gut hundert Jahren noch mokierten sich die westlichen Kolonialmächte über dort vorgefundene sexuelle Freizügigkeiten und ‚Perversionen‘. Die arabische Elite übernahm damals viele viktorianische Diskurse bezüglich Geschlechterverhältnissen und Sexualmoral, um von den Kolonialist\*innen als ‚zivilisiert‘ akzeptiert zu werden.

Postkolonial grenzten sich die arabischen Länder zunächst durch die Hinwendung zum Sozialismus vom Westen ab. Mit dem Siegeszug des Kapitalismus gewannen andere ideelle und kulturelle Selbstdefinitionen an Bedeu-

tung. Das wird vor allem an der so genannten Re-Islamisierungswelle deutlich. Sie orientiert sich teilweise an der stark konservativen Strömung Saudi Arabiens und ist (unbewusst) auch mit den Diskursen der ehemaligen Kolonialist\*innen über Geschlechterverhältnisse und Sexualmoral verquickt. So geriet die tendenzielle Akzeptanz von Homosexualität im Westen zum Paradebeispiel für dessen sexualmoralischen und religiösen Niedergang. Daher wird Homosexualität mittlerweile für einen verwestlichten Lebensstil gehalten, der in arabische Gesellschaften nicht hineinpasst.

Innerhalb des arabischen Konzepts von Homosexualität werden Unterschiede gemacht: Bei mann-männlicher Sexualität gilt vorwiegend der Penetrierte als ‚abnorm‘. Denn in den arabischen Gesellschaften, in denen im Wesent-

einander zu telefonieren und trafen sich regelmäßig. Auch konnten sie als »beste Freundinnen« beieinander übernachten, ohne dass es ihre Familien befremdete; bei Männern ist dies nicht üblich. Nach zwei Jahren entschied das Paar, sich bei den Angehörigen als Liebende zu outen. Salwa und Leila fühlten sich dazu ermutigt, weil ihnen einige lesbische Freundinnen von verträglichen Reaktionen aus dem heterosexuellen Freund\*innenkreis und der Familie berichtet hatten, nach dem Motto »vielleicht ist das ja nur eine Phase, die wieder vorbeigeht...«. Viele aber warnten Salwa und Leila eindringlich vor diesem Schritt. Denn wesentlich häufiger enden freiwillige oder unfreiwillige Offenbarungen von Lesben und Schwulen in

bald sie wieder auf freiem Fuß sei. Daher habe man ihre Familie gebeten, sie wieder abzuholen, dort stehe sie bis auf weiteres unter Hausarrest.

Heute lebt Salwa versteckt und hat den Kontakt zu ihrer Familie abgebrochen. Ihr Haar ist kurz geschoren, ein Unding für eine ‚richtige‘ arabische Frau. Es heißt, Salwa werde wie einige andere Homosexuelle von einer internationalen Schwulen- und Lesbenorganisation aus dem Ausland finanziell unterstützt – um den Preis ihrer ‚Sichtbarkeit‘. Das solle langfristig den Umgang mit Homosexuellen in Ägypten ändern helfen.

Schwule und Lesben arabischer Staaten

Italien: Kinder für gleichgeschlechtliche Paare ### 10.08.2010  
 Costa Rica: Querelen um Homo-Ehe ### 15.04.2011 Litauen: Anti-Gay-

lichen die Männer tonangebend sind, bricht der ‚passive‘ Sexualpartner mit den patriarchalischen Werten von Maskulinität, die sich sexuell im unbedingten Penetrieren-Wollen ausdrücken. Ein Mann, der sich penetrieren lässt, verrät quasi das Prinzip des ‚richtigen‘ Mannseins und wird demzufolge als ‚minderwertig‘ betrachtet. So bezieht sich die entsprechende Strafgesetzgebung in mehreren arabischen Staaten hauptsächlich auf männliche Homosexuelle.

Lesbische Sexualität wird dagegen eher belächelt oder von der Rechtsprechung erst gar nicht als wirkliche Sexualität wahrgenommen. Denn ‚echte‘ sexuelle Erfüllung sei dabei gar nicht möglich, weil der patriarchalischen Norm entsprechend keine Penetration mit einem Penis stattfindet. Zurückgeführt werden homoerotische Kontakte zwischen Frauen vielmehr »auf die Abwesenheit von Männern oder die Unfähigkeit einiger Männer, das sexuelle Verlangen von Frauen zu befriedigen« (Al-Ghafari 2002/03, Seite 88, aus dem Englischen). Dieses patriarchalische Selbstverständnis von Sexualität schließt die Existenz einer lesbischen Identität, die mit der An- oder Abwesenheit von Männern nichts zu tun hat, sondern deren Begehren sich schlicht auf Frauen richtet, per se aus.

## Homosexualität als Störfaktor

► Im letzten Jahrzehnt tat sich Ägypten darin hervor, Schwulen eine Falle im Internet zu stellen. Dabei gab sich eine polizeiliche Person als mögliche Liebschaft aus, bis es bei einem Treffen zur Verhaftung kam. Obwohl derartige Fälle bei Lesben bisher nicht bekannt wurden, chatteten die beiden Ägypterinnen Salwa und Leila wochenlang, um Sicherheit darin zu gewinnen, mit wem sie es auf der anderen Seite zu tun haben. Schließlich aber begannen sie

Schlägen, monatelangem Hausarrest, Zwangsverheiratungen, Ausschluss aus der Familie oder psychiatrischen Behandlungen, oft begleitet von Elektroschock-‚Therapie‘ und dubiosen Medikamentengaben wie etwa Hormonen.

Leila erzählte Mutter und Schwester trotzdem, dass sie homosexuell ist. Die Mutter meinte, sie solle keinen Unsinn reden. Die Schwester hingegen geriet in Rage, Leila sei in schlechte Gesellschaft geraten. Sie drohte damit, ihre Verbindungen zum ägyptischen Geheimdienst zu nutzen, um die Freundinnen Leilas zur Verantwortung zu ziehen, von denen sie vermutete, sie seien lesbisch und hätten ihre Schwester verführt. Daraufhin brach Leila alle Kontakte zu lesbischen Freundinnen ab. Salwa indessen berichtete glücklich, wie gut ihre Enthüllung von der Familie aufgenommen worden sei. Dann war sie eines Tages nicht mehr telefonisch erreichbar. Als besorgte Freundinnen zu Salwas Elternhaus fuhren, bekamen sie widersprüchliche Auskünfte über deren Verbleib. Schließlich vermuteten sie, dass man Salwa, die aus einer christlichen Familie stammt, vielleicht in ein Kloster verbracht habe, um sie ‚wieder zur Vernunft‘ zu bringen – das sei bei den Christ\*innen schon öfter geschehen. Mehrere Wochen später erhielt eine Frau aus Salwas Freundinnenkreis die SMS einer Unbekannten: Sie sei gerade aus einer Klinik entlassen worden, wo sie mit Salwa in einem Zimmer gewohnt habe. Sie solle Grüße ausrichten, es gehe Salwa den Umständen entsprechend gut. Wieder verstrichen Wochen, bis sich Salwa selbst meldete. Sie habe das Personal mit der Drohung unter Druck setzen können, wegen einiger unglaublicher Zustände in der Klinik zu einer Menschenrechtsorganisation zu gehen, so-

## Homosexualität wird in arabischen Ländern für einen verwestlichten Lebensstil gehalten

brauchen nicht nur die Unterstützung aus dem Ausland, sondern auch die aus dem Inland, in Ägypten zum Beispiel durch NGOs wie ECWR (Egyptian Center for Women’s Rights) oder EOHR (Egyptian Organization for Human Rights). Solche Organisationen müssen allerdings

den Verlust ihrer Lobby fürchten, wagen sie sich mit ihren Forderungen zu weit hinaus. Gerade was Geschlechterbeziehungen oder Sexualität angeht, sollten Argumentationen gegenwärtig religiös begründet werden können,

will man ein Problem erfolgreich angehen. Homosexualität hat hier kaum Chancen, dafür wäre ein grundlegendes Umdenken in religiösen Auslegungsweisen notwendig. Vor allem aber stimmt pessimistisch, dass in arabischen Ländern selbst diejenigen, die sich als liberal bezeichnen, in aller Regel eine extrem homophobe Einstellung haben. Wie sich die derzeitigen politischen Umbrüche langfristig auswirken, ist momentan nicht absehbar. Bei einigen Schwulen und Lesben Ägyptens flammte mit dem Sturz Mubaraks Hoffnung auf. Viele aber fürchten weiterhin religiös diktierte Engstirnigkeit oder stellen ihre Lage als Homosexuelle weit hinter andere zu lösende Probleme des Landes wie Armut und mangelnder Bildung.

## Literatur

– Iman Al-Ghafari: Is There A Lesbian Identity in the Arab Culture. In: Al-Raida, Sexuality & Arab Women, Vol. XX, No. 99, 2002-2003, S. 86-90

► **Mona Hanafi El Siofi** ist Ethnologin und lebt in Kairo. Sie ist Autorin von »Der Westen – ein Sodom und Gomorra? Westliche Frauen und Männer im Fokus ägyptischer Musliminnen«, Ulrike Helmer Verlag 2009.

# »Sie schämen sich für dich«

## Ostafrika: Gesetze garantieren kein freies Leben

**Rollenbilder und Religion sorgen in den Ländern der Region der Großen Seen dafür, dass Homosexualität kaum offen gelebt wird. Auch dort, wo die Gesetzgebung nicht so restriktiv wie in Uganda ist, in Tansania, Kenia, Ruanda und Burundi, bestimmt Ausgrenzung das Leben von Homosexuellen.**

von **Carla Schraml**

► Für Dan Dyson ist heute der entscheidende Tag. Unruhig sitzt er auf seinem Stuhl in einem kleinen Café in der Innenstadt Nairobi. Das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) hat ihn als Flüchtling anerkannt, als Verfolgten aufgrund seiner sexuellen Orientierung. Wenn ihn die US-amerikanische Botschaft als Flüchtling akzeptiert, kann er in wenigen Wochen dorthin ausreisen. Trotz der Anspannung lacht er viel und laut, posiert für die Kamera. Seine sexuelle Orientierung ist kein Geheimnis. Dafür ist der Weg zu weit, den er gehen musste, um sie leben zu können. Als er seine Sexualität entdeckt, denkt er lange Zeit, er sei verhext.

Aufgewachsen ist Dan in einem kleinen Ort im Südosten Ugandas. In den

Service of East Bay, die sich dann für seine Anerkennung als Flüchtling einsetzt, mit ihm in Kontakt.

Homosexuelle werden in den Ländern der Region der Großen Seen in Afrika stark diskriminiert. Vor allem Uganda macht in diesem Zusammenhang traurige Schlagzeilen: Hier legt der Abgeordnete der Regierungspartei und Mitglied der evangelikalen Organisation The Familiy, David Bahati, 2009 einen Gesetzesentwurf vor, der neben weiteren Restriktionen gleichgeschlechtlichen Sex als HIV-Infizierter und mit Minderjährigen unter Todesstrafe stellt. Im Mai 2011 sollte das Gesetz im Parlament beraten werden, aber wegen starken internatio-

n höchstwahrscheinlich aufgrund seiner öffentlich gelebten Sexualität mit einem Hammer erschlagen wird. Der öffentliche Aufruf zum Mord, der Versuch gleichgeschlechtlichen Sex unter Todesstrafe zu stellen und schließlich der Mord an David Kato verleihen gesellschaftlichen Vorstellungen gewaltsamen Ausdruck, die in der ostafrikanischen Region vorherrschen und mit denen schwule Männer und lesbische Frauen alltäglich konfrontiert sind – nicht nur in Uganda. Die Situation ist für Homosexuelle in Tansania, Kenia, Ruanda und Burundi ähnlich. 95 Prozent der Bevölkerung in Kenia, Uganda und Tansania lehnen nach einer Umfrage des Pew Global Attitude Project Homosexualität als Lebensweise ab.

### Recht schreibt Unrecht fest

► In Kenia belagert die Dorfbevölkerung im Küstenort Mtwapa letztes Frühjahr das Hochzeitsfest

Journalistin gefeuert ### 29.05.2010 Malawi: Gleichgeschlechtliche Ehen  
Tansania: Anti-Gay-Gesetz soll verschärft werden ### 04.04.2011 Chi

1990er Jahren erfährt sein Vater, dass der Sohn schwul ist, weil er seine Briefe liest. Er beruft ein Familientreffen ein, um über Dans Schicksal zu beraten. Erst wird Dan beschimpft, dann auf Beschluss der Familie ausgepeitscht. Weil er nicht bereit ist seine Sexualität zu verneinen, jagt ihn der Vater schließlich aus dem Haus. Dan flieht nach Kampala, die Hauptstadt Ugandas, ohne jemals in sein Elternhaus zurückzukehren.

In Kampala wird er dank seiner hohen Stimme und seines Talents als Gospelchorsänger bekannt. Er hat einen Job und führt ein glückliches Leben. Irgendwann reicht es ihm nicht mehr, in seinem privaten Umfeld offen mit seiner Sexualität umzugehen. 2003 fängt er an, öffentlich im ugandischen Radio und Fernsehen über seine sexuelle Orientierung zu sprechen. In der Folge hat ihn der ugandische Geheimdienst zwei Mal entführt, eingesperrt, geschlagen, gefoltert und vergewaltigt. Dreimal ist er nach Kenia geflohen, das letzte Mal im Frühjahr 2009. Dort lebt er in Flüchtlingscamps im Norden Kenias und in den Slums am Rand von Mombasa. Vor ungefähr einem Jahr tritt die US-amerikanische Organisation Jewish Family and Childrens

nalen Drucks wird die parlamentarische Entscheidung über den Gesetzesentwurf auf unbestimmte Zeit verschoben. Die ugandische Tageszeitung Rolling Stones ruft im Oktober 2010 unter der Überschrift »Hang them« zum Mord an 100 namentlich genannten Homosexuellen auf.

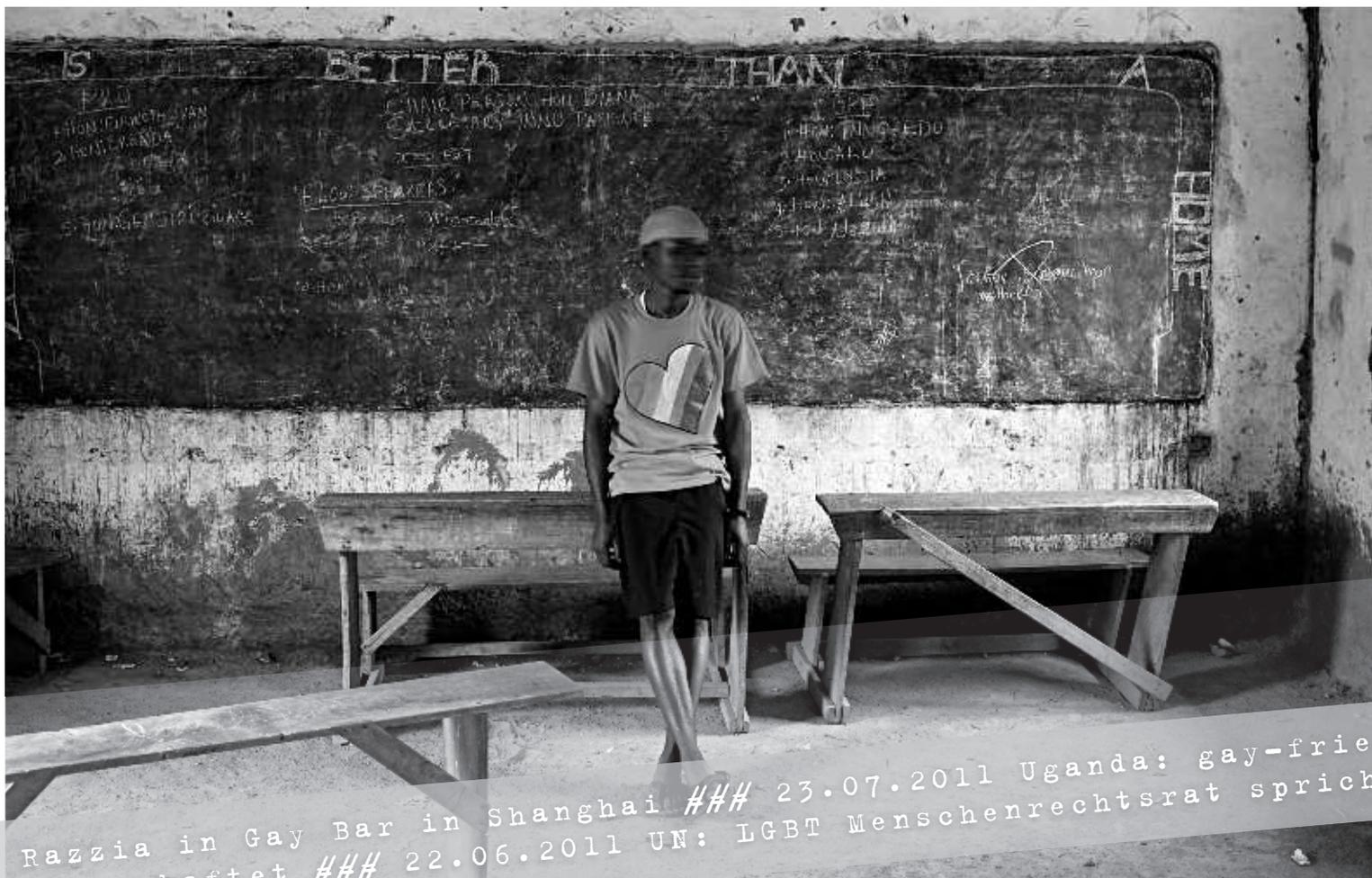
Im Gegensatz zu Dan lebt dessen Freund Mathieu seine Sexualität versteckt. Schon zwei seiner Freunde waren im Gefängnis, ein anderer wurde in seiner eigenen Wohnung überfallen und zu Tode geprügelt. Vor einem Jahr wird Mathieu selbst Opfer eines Erpressungsversuches. Die Erpresser fordern 1.000 Euro. In letzter Minute kann er durch Beziehungen zur Redaktion verhindern, dass Details seines Sexuallebens zusammen mit einer Nacktaufnahme auf der ersten Seite einer viel gelesenen ugandischen Boulevardzeitung, Red Pepper, veröffentlicht wird.

Nicht in allen Ländern der Region der Großen Seen in Afrika ist der Umgang mit Homosexualität so harsch wie in Uganda. Die genannten Hetzkampagnen gipfeln im Januar dieses Jahres im Mord an David Kato, einem prominenten Schwulenaktivisten, der

zweier Männer, das in einer privaten Villa stattfindet. Die Polizei wird alarmiert und stürmt schließlich das Fest. Einige Homophobe demonstrieren anschließend vor der Polizeistation und fordern, die Festgenommenen zu verbrennen. Bei der Diskussion um die neue kenianische Verfassung, die nach den gewaltsamen Unruhen 2007 auf den Weg gebracht wird, nimmt die öffentliche Diskussion über einen Paragraphen viel Raum ein, der jedem Erwachsenen das Recht zuspricht, eine Familie zu gründen. Insbesondere die Kirchen verstehen dies als Freibrief für die Gründung von gleichgeschlechtlichen Ehen. Schließlich wird der Passus aus dem Verfassungsentwurf entfernt. In der kenianischen Verfassung wird gleichgeschlechtlicher

Sie werden ihn immer als ihren schwulen Sohn sehen

Sex als Geschlechtsverkehr beschrieben, der gegen die natürliche Ordnung verstößt. Laut Strafgesetz kann er mit bis zu 15 Jahren Gefängnis geahndet werden. In Tansania reichen die Sanktionsmöglichkeiten sogar bis zu lebenslangen Haftstrafen. In Burundi liegt die Höchststrafe seit Frühjahr 2009 bei zwei Jahren Gefängnis. Nur in Ruanda bleibt Homosexualität, trotz immer wieder aufkommender politischer Diskussionen, straffrei.



na: Razzia in Gay Bar in Shanghai ### 23.07.2011 Uganda: gay-frie  
 Paar verhaftet ### 22.06.2011 UN: LGBT Menschenrechtsrat spricht

Foto: Benedicte Desrus »Uganda Anti-Homo-Sexuality Bill« © Medicos del Mundo España

Wer in Ruanda einen Aufruf zur Ermordung von namentlich genannten Homosexuellen veröffentlichen würde, bekäme große Schwierigkeiten mit dem Gesetzgeber. Da ist sich Dieu donné, Lehrer für Informatik, ganz sicher. Er ist selbst homosexuell. »Das Gesetz ist in Ruanda jedenfalls nicht die Ursache für die Probleme der Homosexuellen«, sagt er. Emmanuel, Wirtschaftsstudent und ebenfalls schwul, sieht das ähnlich. Beide leben in Nyamirambo, einem muslimisch geprägten Viertel in Ruandas Hauptstadt Kigali. Hier gibt es viele ‚Cabarets‘, kleine Kneipen oft unter freiem Himmel. Die BewohnerInnen sind dort bis spät in die Nacht auf den Straßen unterwegs. Hier wohnen die meisten Homosexuellen in Ruanda, erzählen die beiden. Trotzdem können sie auch hier ihre Sexualität nicht öffentlich leben.

Obwohl ihre Situation verglichen mit der in den umliegenden Ländern nicht so schwierig ist, finden beide das Leben als Schwule »froide« – wie Emmanuel es nennt. Keiner von beiden spricht mit seiner Familie über seine Sexualität. Manche ihrer Geschwister erahnen es vielleicht. Mit sehr engen Freunden haben sie darüber geredet. »Das Bewusstsein für Homosexualität ist überhaupt nicht vorhanden. Zum Beispiel verbinden RuanderInnen selten ein feminines Verhalten eines Jun-

gen mit seiner möglichen Homosexualität«, sagt Emmanuel. »Sie denken da gar nicht dran. Sie betrachten dich vielleicht schon als jemanden, der ein bisschen anders ist, aber sie denken nicht, dass du schwul bist.« Häufig sieht man Männer Hand in Hand die Straßen entlang gehen. Die Männerbande ist stark, Freundschaften zwischen Frauen und Männern sind eher unüblich, weil der Gedanke nahe liegt, dass es über eine einfache Freundschaft hinausgeht. Im Bezug auf sehr enge Männerfreundschaften hingegen liegt dieser Gedanke fern. In Ruanda übersteigt Homosexualität für viele das Vorstellbare.

Dieu donné und Emmanuel leben ihre Sexualität versteckt. Emmanuel versteht auch gar nicht, warum manche Homosexuelle das Bedürfnis haben öffentlich zu werden. Für ihn ist es selbstverständlich, dass er seine Sexualität versteckt lebt, er weiß, dass die Gesellschaft sich an ihr stört. Warum das so ist, hinterfragt er nicht. Er nimmt es als gegeben hin, dass er stört.

Die versteckte Homosexualität, fernab der ruandischen Öffentlichkeit, ist die implizite Bedingung dafür, dass Homosexualität nicht auch rechtlich geahndet wird. Sie wird toleriert, so lange sie unsichtbar bleibt. Es gibt keine speziellen Orte, an denen man sich trifft. Man verabredet sich auf Facebook und geht zu privaten Partys. Würden ruandische

Homosexuelle mehr Öffentlichkeit einfordern, wäre die gesellschaftliche und politische Antwort sicher heftig. Darüber sind sich viele RuanderInnen einig. Schwule und Lesben leiden indes in ihrem alltäglichen Leben unter einer tief sitzenden gesellschaftlichen Ablehnung, nicht zuletzt, weil sie diese unwidersprochenen Wertvorstellungen, denen sie selbst nicht entsprechen, ein Stück weit teilen.

### Kinder, Frau und Kirche

► Trotz der feindlichen Rahmenbedingungen, die von der burundischen Gesetzgebung geschaffen werden, sehen homosexuelle BurundierInnen ähnlich wie RuanderInnen sich eher von Diskriminierung in der Gesellschaft betroffen, vor allem von ihrem unmittelbaren Umfeld und ihren Familien. »Die meisten unter ihnen sind tendenziell eher gleichgültig gegenüber Schwulen oder Lesben, so lange sie nicht ihrer eigenen Familie angehören«, erzählt Sabrina, die für das Projekt Men Having Sex with Men arbeitet. Sie selbst muss 2010 ihre Familie verlassen, weil sie sich von ihrer Partnerin nicht trennen will. Die Entscheidung treffen ihre Eltern nicht alleine, der Familienrat wird einberufen. Alle Geschwister Sabrinas sind während des 1993 ausgebrochenen burundischen Bürger-

kriegs ermordet worden. Die einzige überlebende Tochter muss wegen ihrer sexuellen Orientierung gehen. Jetzt lebt sie mit ihrer Partnerin zusammen. Thierry, Sabrinas Kollege im Projekt, hat mit seinen Eltern über seine Sexualität gesprochen – und darf bleiben. Aber, da ist er sicher, sie werden ihn immer als ihren schwulen Sohn sehen. »Und wenn du irgendwas machst, was ihnen nicht passt, sagen sie, ‚das ist weil du schwul bist‘....Sie betrachten dich immer als ein Kind, das behindert oder missgebildet ist. Wenn sie dich mit auf die großen Familienfeiern nehmen, gehst du nicht mit ihnen, sondern kommst ein bisschen später als alle anderen, weil du weißt, dass sie sich für dich schämen.«

Trotz der gesellschaftlichen und politischen Ausgrenzung ist die Szene in Burundi jung und politisch. Christian, der Geschäftsführer einer kleinen, von ihm selbst gegründeten Organisation, die sich für Homosexuelle in Burundi einsetzt, reist nach Uganda und in die nahe

und Selbstmordversuche sind mit der Entdeckung der eigenen Sexualität assoziiert.

Emmanuels Familie ist tief religiös, er selbst gehört einer freien Kirche an. »Irgendwann war es für mich eindeutig, dass ich schwul bin«, erzählt er. »Ich habe gebetet, dass ich normal werde, und tue es noch.« Er hat sogar einen Pfarrer aus einer anderen Gemeinde aufgesucht, damit er ihm hilft. Aber der Pfarrer hat Dinge vorgeschlagen, an die er nicht glaubt. »Ich habe versucht, es zu akzeptieren. Ich frage mich immer, ob es der Fehler Gottes ist, dass ich schwul bin, oder ob es meiner ist. Aber ich weiß ja, Gott begehrt keine Fehler.«

Es steht schon in der Genesis. Religion regelt und legitimiert das gesellschaftliche Zusammenleben und erklärt, warum Männer mit Frauen schlafen und nicht mit Männern. Gott hat Mann und Frau geschaffen, damit sie zum Erhalt der Schöpfung

danken schwer ertragen, dass er als einziger Sohn keine Kinder und seine Familie keine Nachkommen hat. »Eine Ehe mit einem Mann?« er wüsste nicht wofür, obwohl er seinen langjährigen Partner liebt und weiter mit ihm zusammen sein will.

Dans Vater hat ihn nach Jahren ohne jeden Kontakt wieder angerufen, um ihm zu sagen, dass er ihm, dem Ältesten der Geschwister und Stammhalter der Familie, eine Frau gefunden hat und dass er ihn zwingen wird, sie zu heiraten. Sie würden ihn zu einem »witchdoctor« bringen, der diesem bösen Zauber ein Ende bereitet. In der Region definiert sich der Mann durch seine Rolle als Familienoberhaupt und Vater. Nach Jahren ohne Kontakt hat diese starke Konvention Dans Vater dazu gebracht, seinen verstoßenen Sohn anzurufen. Die klare Aufteilung der Geschlechterrollen wird durch schwule und lesbische Partnerschaften in Frage gestellt. Wie Dan erzählt, wurde ihm während der Verhöre durch den ugandischen Geheimdienst immer wieder

## Viele Homosexuelle führen heterosexuelle Ehen

N: LGBT Menschenrechtsrat spricht Schwulen und Lesben mehr Rechte  
Qualität ### 25.05.2011 Uganda: Anti-Gay-Gesetz soll erneut ins Pa

gelegene Demokratische Republik Kongo, um Kontakte zu knüpfen und zu mobilisieren. Nebenbei recherchiert er zu der historischen Rolle von Homosexualität in der burundischen Gesellschaft, die, wie er sagt, weit zurück reicht und Teil der Initiationsriten der königlichen Garde gewesen ist. Die Wände seines kleinen Büros sind mit Fotografien von Männern in lasziven Posen geschmückt. Für Sabrina, Thierry und Christian ist der Kampf um die Anerkennung ihrer Rechte ein wichtiger Teil ihres Lebens.

Verglichen mit Uganda ist die Ausgrenzung in Ruanda und Burundi weniger mit physischer Gewalt verbunden, weniger fassbar. Die Ablehnungen sind alltäglich und werden von schwulen Männern und lesbischen Frauen oft selbst nicht hinterfragt. Ihre Sexualität können sie nicht selbstbewusst annehmen – sie sind dazu erzogen worden, sich für sie zu schämen. Weil es den meisten Homosexuellen schwer fällt, sich in ihrer Sexualität zu akzeptieren, gibt es in dem Sinn auch keine festen Partnerschaften in Ruanda, erzählt Emmanuel. »Man schläft miteinander, geht eine Zeitlang viel zusammen aus, aber man ist kein Paar.« Viele schwule Männer wünschen sich eine Freundin, manche haben dann auch irgendwann eine. »Man fragt sich zwar, was genau sie mit einer Freundin wollen«, sagt Emmanuel mit einem schiefen Grinsen, »aber sie sind trotzdem sehr stolz darauf eine zu haben.« Dieser Wunsch nach gesellschaftlicher Akzeptanz, aber vor allem der Konflikt zwischen der Ablehnung der eigenen Sexualität und dem Wunsch nach Selbstakzeptanz, ist eine große Bürde der Homosexualität. Ekel, Verstörtheit

Kinder bekommen. Die intimste aller Entscheidungen, nämlich diejenige, dass zwei Männer oder zwei Frauen miteinander ein Bett teilen, wird so zum Angriff auf die gesellschaftliche Ordnung und damit zum Politikum.

Religion macht es den Menschen in der Region der Großen Seen fast unmöglich, Homosexualität und vor allem schwule Männer als normal zu begreifen. Sie haben einen schweren Stand, weil sie ihrer Rolle als Mann, als Stammhalter, als Väter der Nation und der Familie und als patriarchale Ordnungsinstanzen nicht entsprechen. Sie sind Männer, die ihre Aufgaben als Männer nicht bewältigen, sich nicht trauen Frauen anzusprechen und die auch physisch »ihren Mann nicht stehen«, wie ein tansanischer Lehrer verrät. Emmanuel erzählt, dass die meisten Homosexuellen sich selbst nicht als echte Männer sehen, aber nichts lieber als echte Männer wären. Sie sehnen sich nach jener Männlichkeit, die sie als Schwule ausgrenzt.

## »Unafrikanische« Homosexualität

► Für viele Homosexuelle in der Region ist es unvorstellbar, ihren gleichgeschlechtlichen Partner zu heiraten. Viele führen heterosexuelle Ehen und haben Kinder. Auch Mathieu möchte unbedingt ein oder zwei Kinder haben. Dazu muss er eine Frau finden und heiraten, die, wie er meint, ihm dann auch unbedingt treu sein sollte. Momentan besucht er ein Priesterseminar und steht kurz vor dem Abschluss. Priester wird er wegen seines Kinderwunsches nicht werden. Er kann den Ge-

gesagt, dass er ein Rebell sei und seine öffentlichen Bekenntnisse zu seiner Sexualität einer Revolte gleichkommen. Das Selbstverständnis des ugandischen Geheimdienstes als gewaltsamer Hüter der patriarchalen Weltordnung ist Dan teuer zu stehen gekommen.

Homosexualität sei nichts Afrikanisches, sondern aus Europa und dem Westen nach Afrika eingeschleppt worden; es sei ein westlicher »Lifestyle«, den sich die afrikanischen jungen Leute anschauen, so hört man öfters. »Aber das ist falsch! Die Leute müssen verstehen, dass wir schwul und trotzdem Afrikaner sind«, sagt Dan. Absurd daran ist vor allem, dass Homosexualität einerseits als durch den Westen geprägte Lebensweise und als dezidiert »unafrikanisch« gesehen wird, aber andererseits die Anti-Gay-Propaganda auch von externen Kräften betrieben wird. Die zu trauriger Berühmtheit gelangte Anti-Gay-Conference, die im Mai 2005 im Kampala stattfand, wurde von der US-amerikanischen christlichen Rechten mit organisiert, namentlich von Scott Lively. Zu allem Übel sind viele, die dann über Diskriminierung von Homosexuellen in der Region der Großen Seen schreiben, auch noch EuropäerInnen.

► **Carla Schraml** ist Soziologin. Sie arbeitet zu gewaltsamen innerstaatlichen Konflikten in Subsahara-Afrika und hat über politisierte Ethnizität und politisch institutionelle Konfliktregelungen in Ruanda und Burundi promoviert.

# Korrektive Vergewaltigung

## Unsichtbares gewaltsam sichtbar machen



Foto: I. Riaskov

zu ### 20.04.2011 Malaysia: Bis zu 20 Jahren Gefängnis für Homosexuelle  
Parlament ### 29.07.2011 Israel: Tausende bei Jerusalem Pride und

**Lesbisches Leben irritiert das heteronormative und patriarchale Gesellschaftssystem in weiten Teilen Afrikas. Diesem scheinen alle Mittel recht, um sich der als abnorm definierten Bedrohung zu entledigen: Selbst Vergewaltigung und Mord werden zum 'Heilwerkzeug' umgedeutet.**

von **Claudia Körner**

► Mit ihren kurzen Haaren, den weiten Hosen und dem Basecap ging sie als »Tomboy« durch. Sie träumte davon, ein normales Leben zu führen. Auch wollte sie Kinder mit ihrer Partnerin haben. Kennengelernt hatte ich Tracy in Sambia, als vorsichtige junge Frau, die niemandem in ihrer Familie oder ihrem Umfeld von der Beziehung zu ihrer Freundin berichtete.

Die meisten Lesben in Afrika bleiben unsichtbar. Man spricht über sie, aber man sieht sie nicht. Und so ist es, als spräche man über ein Phantom. Die Angst, geoutet zu werden, die Familie zu verlieren oder den Arbeitsplatz; angepöbelt, beleidigt, geschlagen, vergewaltigt oder ermordet zu werden – diese Angst ist für Lesben und Schwule allgegenwärtig.

In 38 afrikanischen Ländern kann homosexuelles Verhalten strafrechtlich verfolgt werden. In den meisten Fällen beziehen sich die Gesetze auf männliche homosexuelle Handlungen. Das bedeutet nicht, dass weibliches homosexuelles Verhalten staatlich legitimiert ist oder Lesben gar gesellschaftlich toleriert werden. Vielmehr ist die Nichterwähnung weiblicher Homosexualität der mangelnden Wahrnehmung weiblicher Sexualität per se geschuldet. Umso mehr fühlen sich Privatpersonen aus der Familie und aus dem sozialen Umfeld als auch staatliche Organe bedroht, wenn eine Frau eine sexuelle Beziehung zu einer anderen Frau eingeht. Oft fällt Lesbisch-Sein unter die Kategorie »Verbrechen gegen die Moral«. Aber auch andere Paragraphen werden benutzt, um Lesben einzuschüchtern oder zu inhaftieren. In letzter Zeit ist aber auch der Trend festzustellen, lesbische sexuelle Handlungen explizit zu kriminalisieren. So änderte etwa 2010 Malawi sein Strafgesetzbuch dahingehend ab, dass nun auch weibliches homosexuelles Verhalten einen Straftatbestand darstellt. Auch im verschärften Gesetzesentwurf zum »Anti-Homosexualitäts-Gesetz« in Uganda wird lesbische Sexualität als strafbar benannt.

Oft kennen sich Täter und Opfer

Lesbische Frauen sind aufgrund ihres Geschlechts häufig einer doppelten Diskriminierung ausgesetzt. Nach Gewalterfahrungen scheuen sie sich oft, zur Polizei zu gehen, aus Angst, nicht ernst genommen oder erneut verspottet, angegriffen oder misshandelt zu werden. Vor allem Frauen, die offen lesbisch leben oder sich nicht so bewegen oder kleiden, wie es die Gesellschaft von einer Frau erwartet, sind gefährdet, Opfer von Übergriffen zu werden. Dabei schrecken die Täter auch nicht davor zurück, Beleidigungen und Gewalt vor den Augen der Öffentlichkeit anzuwenden. Viele sind sich sicher, dass ihr Vorgehen von der Gesellschaft toleriert und unterstützt wird. Die lesbische ugandische Journalistin Lillian Ikulomet berichtet von einem Überfall auf sie am helllichten Tage in der Hauptstadt Kampala. Sie wurde auf einer belebten Straße von einer Gruppe angegriffen und konnte sich nur knapp retten. Sie sagt, in diesem Moment hatte sie »Todesangst«.<sup>1</sup>

Eine besonders grausame Form von Gewalt an Lesben ist die so genannte »korrektive Vergewaltigung« (corrective rape). Viele Lesben aus verschiedenen (nicht nur) afrikanischen Ländern berichten darüber. Nur wenige Fälle gelangen an die Öffentlichkeit.

27

Teilweise sind es Verwandte, die die Frauen gezielt vergewaltigen lassen, um sie »auf den richtigen Weg« zu bringen. Oft kennen sich Täter und Opfer. Eine weitere Gewaltform sind (Gruppen-)Vergewaltigungen von oft jungen Tätern aus dem sozialen oder Wohnumfeld der Frauen. So wurden in den letzten Jahren wiederholt Lesben in Südafrika in ihren eigenen Townships vergewaltigt und in mehreren Fällen umge-

die europäische Geschichte aufweist: Kolonialismus und Missionierung übten einen großen Einfluss auf die Gesellschaften aus. Mit den christlichen Moralvorstellungen wurden häufig homophobe Einstellungen weitergegeben. Im Zuge der Kolonisation und Missionierung wurden bestehende soziale Strukturen beeinflusst, verändert und nicht selten zerstört.

Wie in diesem Fall erheben sich immer häufiger Stimmen aus einer zunehmend stärker und lauter werdenden Bewegung, die sich für die Rechte von LGBT in Afrika engagiert, Menschenrechtsverletzungen an LGBT öffentlich macht, Machthaber und gesellschaftliche Strukturen anklagt

israel: Tausende bei Jerusalem Pride und Gegenproteste von Ultraorthodoxen  
Italien: Parlament le...

bracht.<sup>2</sup> Aktivist\*innen sprechen von über 30 dokumentierten Morden in den letzten zehn Jahren. Laut der feministischen Lesbenorganisation Luleki Sizwe werden allein in Cape Town jede Woche mehr als zehn lesbische Frauen vergewaltigt.<sup>3</sup> Auch hier rechtfertigen die Männer ihre Tat mit der lesbischen Lebensweise der Frau, von der sie die Frauen »heilen« müssten. Ein Fall, der traurige Berühmtheit erlangte, war die Vergewaltigung und Ermordung der offen lesbisch lebenden Fußballspielerin Eudy Simelane im April 2008 in ihrem Township.

Dabei hat Südafrika als erstes Land der Welt den Schutz sexueller Minderheiten vor Diskriminierung in der Verfassung festgeschrieben. Homosexuelle können hier heiraten. Dennoch werden viele Homosexuelle Opfer von Diskriminierung und immer wieder auch (sexualisierter) Gewalt. Südafrika weist eine der weltweit höchsten Vergewaltigungsraten auf.<sup>4</sup> Ein Grund sind die großen sozialen und ökonomischen Ungleichheiten als Folge von Kolonialismus und Apartheid (siehe iz3w 316, S. XVI). Sicherheit ist stark an die ökonomische Lebenssituation gekoppelt. Diese wiederum steht oft in Zusammenhang mit Ethnizität. Arme schwarze Lesben aus den Townships sind Diskriminierung und Gewalt im Alltag in besonderem Maße ausgesetzt. Erschreckend ist die Art und Weise, in der viele Frauen über die »korrekativen Vergewaltigungen« sprechen: Resigniert, so als gehöre es zum Leben einer lesbischen Frau dazu, vergewaltigt zu werden. Es sind diese Gewaltverbrechen, die Angst machen und in die Unsichtbarkeit treiben.

## Der Einfluss des Westens

► Berichte über homophobe Gewalttaten schockieren. Durch die einseitigen Darstellungen westlicher Medien entsteht indes oft der Eindruck, als wären afrikanische Gesellschaften besonders homophob. Dabei werden ähnliche Argumentationen auch in anderen Ländern immer wieder benutzt, um Lesben zu diffamieren oder anzugreifen. Nur selten ist zu lesen, dass die heutige Situation in afrikanischen Ländern durchaus Spuren bis in

Darunter fallen auch solche, die es Menschen ermöglichten, in fest definierten alternativen Geschlechterkonzepten ein sozial integriertes Leben zu führen. So gab es beispielsweise im vorkolonialen Lesotho eine sozial anerkannte und durch ein Ritual besiegelte Praxis, bei der zwei Frauen eine Beziehung eingingen. Diese Möglichkeit der besonderen Beziehung (Motsoale), die als ganzheitliche Liebe beschrieben wird, stand Frauen neben der heterosexuellen Ehe offen und stellte diese auch nicht in Frage.

Durch das gesteigerte westliche Interesse an der »Homophobie in Afrika« erfährt dort vielerorts die Position einen Aufschwung, dass Homosexualität ein gefährlicher westlicher Import sei und »die afrikanische Gesellschaft« sich davor schützen müsse. Mit der Ablehnung von Homosexualität als etwas »Fremdem« und »Westlichem« vollzieht sich zugleich eine Abgrenzung vom Westen. Ökonomische Probleme als Folge der Kolonialzeit, des Postkolonialismus und des eigenen Versagens, das nicht zugegeben werden soll, verstärken die homophoben Tendenzen.

## Die Angst der Anderen

► Heute sind homophobe Ängste in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet – ob in Südafrika, Sambia, Uganda, Kenia oder Tansania. Die Angst vor Homosexuellen wird weiter von den Kirchen, von traditionellen Führern und von der Politik geschürt, gepflegt und genutzt. Und durch die lokalen Medien beständig bestätigt. Es ist die Angst davor, dass zum Beispiel Schwule in den Schulen Kinder rekrutieren und dass sich, unterstützt vom Westen, die »Seuche« der Homosexualität auf dem »afrikanischen Kontinent« verbreitet. Diese Angst ruft Ablehnung und Aggressionen hervor, was wiederum begründete Angst unter Homosexuellen verursacht.

Auf positive Weise gelang es in Südafrika LGBT-Menschenrechtsaktivist\*innen nach dem Mord an der Fußballerin Eudy Simelane, traditionelle und religiöse Führer sowie lokale Politiker\*innen einzubinden, um gegen die Praxis von Corrective Rape zu demonstrieren. Bei der Einweihung eines Mahnmals an ihrem Todesort konnte so eine große Öffentlichkeit gewonnen werden.

und sich aktiv für mehr Aufklärung einsetzt.

In Sambia, wo im letzten Jahr das Verbot der Ehe zwischen gleichgeschlechtlichen Partner\*innen festgeschrieben wurde, kämpft die Organisation Friends of RAINKA für bessere Lebensbedingungen für LGBT. In Südafrika gibt es eine Vielzahl an Projekten, unter anderem das Lesbian and Gay Equality Project (LGEP), das gegen die »korrektive Vergewaltigung« vorgeht und gemeinsam mit 24 anderen Organisationen die Kampagne 07-07-07 (Triple Seven) ins Leben rief (siehe iz3w 316: S. XIV). Sie wurde nach dem Todesdatum der Menschenrechtsaktivistin Sizakele Sigasa und ihrer Freundin benannt, die in Soweto auf brutale Art misshandelt und hingerichtet wurden. In Uganda gelang es der Gruppe Sexual Minorities Uganda (SMUG), eine Koalition von 28 zivilgesellschaftlichen Organisationen ins Leben zu rufen, welche gemeinsam gegen den homophoben Gesetzentwurf kämpft. Dabei bewegen sich die Aktivist\*innen oft auf unsicherem Terrain, arbeiten unter schwierigen Bedingungen und werden nicht selten selbst Opfer von Verfolgung und Gewalt. Gesellschaftliche Stigmatisierung und Diskriminierung von LGBT sind allgegenwärtig. Aufhalten wird das die Aktivist\*innen nicht.

Letzten Winter traf ich Tracy wieder, in Berlin im Rahmen einer Reise von LGBT-Aktivist\*innen aus Afrika. Vor mir stand ein Transmann, ein engagierter junger Aktivist der queeren Szene Sambias.

## Anmerkungen

- 1 Vortrag von Lillian Ikulomet am 13.12.2010 im EVA-Frauzentrum in Berlin.
- 2 In diesem Jahr wurden bereits drei Fälle bekannt, darunter ein dreizehnjähriges Mädchen und eine junge lesbische Mutter.
- 3 vgl. [www.lulekisizwe.com](http://www.lulekisizwe.com) (12.07.2011)
- 4 Laut einer Studie des südafrikanischen Forschungsrates für Medizin von 2009 gaben mehr als 40 Prozent der befragten Männer in Südafrika an, bereits einer Intimpartnerin Gewalt angetan zu haben. [www.amnesty.de/jahresbericht/2010/suedafrika](http://www.amnesty.de/jahresbericht/2010/suedafrika) (12.07.2011)

► **Claudia Körner** ist Ethnologin und Mitglied der Amnesty International Gruppe MERSI (Menschenrechte und sexuelle Identität).

# Rechte statt Romantik

## Indien und Pakistan erkennen ein Drittes Geschlecht an

thodoxen ### 22.07.2011 Ghana: Minister verlangt sofortige Verha...  
hnt Gesetz gegen Homophobie ab ### 27.06.2011 Nigeria: Fußball-N...

**Bisher kannte nur das kleine Südseekönigreich Tonga ein Drittes Geschlecht. Mit Indien und Pakistan haben nun zwei weitere Staaten ein drittes Geschlecht formaljuristisch anerkannt – die Hijras.**

von **Madeleine Eisfeld**

► Die Gesellschaft begegnet ihnen mit Scheu und Abscheu. Furcht und Ehrfurcht begleiten die Sicht auf die »Hijras« gleichermaßen: Ihnen wird nachgesagt, sie verfügten über die Kraft des Segens und Verfluchens. Hijras – anatomisch männliche Personen, welche die männliche Geschlechterrolle ablehnen und Sexualität nur mit ihresgleichen und Männern pflegen – werden in der indischen Gesellschaft geduldet. In Indien ist die Tendenz, alles und jeden genauestens definieren zu müssen, weniger ausgebildet. So gibt es seit jeher Hijras – sie sind weder Mann noch Frau sondern eben... Hijras. Gemäß moderner westlicher Definition sind sie weder Homo- noch Transsexuelle, sondern Mann-zu-Frau-Transgendere. Seit Jahrhunderten sind sie fester Bestandteil im sozialen und kulturellen Gefüge der indischen Gesellschaft.

Dennoch werden die Hijras weithin diskriminiert, sind Ausgestoßene. Stellt ein pubertierender Junge fest, dass er sich zur Hijra entwickelt, so ist im traditionellen Familienverband kein Platz mehr für ihn oder sie. Er oder sie ist gezwungen, die Familie zu verlassen und Unterschlupf in einer der zahlreichen, über das ganze Land verstreuten Hijra-Kommunen zu suchen. Die Hijras leben in kleinen kommunitären Wohngemeinschaften zusammen. Sie haben in Indien eigene Tempel mit einer eigens für sie zuständigen Göttin. In der streng patriarchal organisierten indischen Familie gilt eine Hijra als Schande, ein Weiterverbleib im Familienverband ist unmöglich. Da die indische/pakistanische Gesellschaft ähnlich wie die europäische auf dem Irrtum verharrete, es gäbe nur zwei Geschlechter, gab es bisher keine Integration von Hijras in die Gesellschaft.

Eine fachgerechte geschlechtsangleichende Operation ist weder in Indien noch in Pakistan möglich oder bezahlbar. Immer wieder kommt es zu stümperhaften Selbstverstümmelungen mit verheerenden Folgen. Die meisten Hijras haben einen Kompromiss mit dem Leben geschlossen, indem sie sich als

eigenständige Gruppe betrachten, die nichts weiter anstrebt als einen Platz, um menschenwürdig und selbstbestimmt leben zu können.

Das aufgrund der Hindu-Tradition in Indien geltende Kastensystem ist in den Hijra-Kommunen aufgehoben. Hier finden sich Angehörige der obersten Brahmanen-Kaste ebenso wie Vertreter der Paria, der so genannten Unberührbaren. Ebenfalls aufgehoben sind ethnische und religiöse Unterschiede, die ansonsten sowohl in Indien als auch in Pakistan eine große Rolle spielen. In den Hijra-Gemeinschaften leben Hindus, Muslime, Anhänger der Sikh-Religion und sonstiger Religionsgemeinschaften. Das gemeinsame Schicksal verbindet und lässt ungewöhnliche Wege beschreiten.

Ihren Lebensunterhalt bestreiten die Hijras vor allem mit Betteln und Prostitution. Wer Glück hat, kann auch als Tänzerin oder Gauklerin einen Unterhalt verdienen. Einige praktizieren alternative Heilberufe. Jede einzelne bringt ihr verdientes Geld in die Gemeinschaft ein, davon leben sie. Ohne die gegenseitige Solidarität könnten die Hijras nicht überleben. Es ist die soziale Lage der Hijras, die zum Handeln zwingt.

Hijras sind auf dem indischen Subkontinent seit Jahrtausenden nachweisbar. Sie störten niemanden. Während der Herrschaft der islamischen Mogulkaiser hatten sie ihre Blütezeit. Sie stiegen bis in höchste Ämter auf. Eine soll es der Legende nach bis zum Wesir gebracht haben. Viele Mogulkaiser hatten Hijras als Geliebte.

Der Absturz kam mit dem Beginn der britischen Kolonialverwaltung. Die Briten versuchten erstmals Papiere, also Vorläufer unserer Personalausweise, einzuführen. Mit den Hijras konnten sie nichts anfangen – also wurden diese einfach als Männer registriert. Somit begann die staatlich sanktionierte Diskriminierung. Nach 1947 übernahmen sowohl Indien als auch Pakistan weite Teile der britischen Rechtsprechung. Für die Hijras blieb alles wie gehabt.

Seit Juni 2011 erkennt nicht nur der Oberste Gerichtshof Indiens ab sofort ein drittes Geschlecht an, sondern auch Pakistan. Damit erfüllt sich – rein formal – die Forderung indischer und pakistanischer Transgendere nach formal-juristischer Gleichberechtigung. Insbesondere für das islamisch dominierte Pakistan

ist diese Entscheidung geradezu revolutionär. Für die angeblich so liberale und tolerante westliche Kultur bedeutet diese Entscheidung eine schallende Ohrfeige. Durch ihre eigenständige Existenz stellen die indischen und pakistanischen Hijras die patriarchale Weltordnung gewissermaßen auf den Kopf.

Allerdings mit Einschränkungen. Von Transmännern, also Frau-zu-Mann-Transsexuellen, ist nicht die Rede, so als gäbe es solche überhaupt nicht. Frauen, die in Indien oder Pakistan als Männer leben wollen? Das klingt unerhört. Sie haben den Weg der Emanzipation noch vor sich. Auch sind sexuelle Beziehungen von Hijras zu Frauen verpönt. Obgleich es nicht ungewöhnlich ist, dass indische Frauen in Hijra-Kommunen leben. Sie finden hier eine Freiheit, die ihnen

### Sexuelle Beziehungen von Hijras zu Frauen sind verpönt

die patriarchale indische und pakistanische Gesellschaft vorenthält. Sowohl in Indien wie auch in Pakistan sind Frauen in allem dem Mann unterstellt. Da Hijras ohnehin aus der Gesellschaft herausfallen, gilt diese straffe Trennung für sie nicht. Eine Hijra, die verstoßen wird, weiß wohin sie sich wenden kann, nämlich an die Hijra-Kommunen. Eine Frau hat diese Möglichkeit nicht.

In Indien leben rund eine Million Hijras, in Pakistan einige hunderttausend. Sie stellen allein aufgrund ihrer Lebensweise und nun mit der formalen Anerkennung ihres Geschlechtes das Zwei-Geschlechter-Dogma der westlich-europäischen Denkstruktur in Frage.

Hingegen unterwerfen sich die meisten westlichen Transgendere dem patriarchalen Weltbild, dem Dogma der Zweigeschlechtlichkeit. Ein hoher medizinischer Standard und eine noch einigermaßen intakte Sozialversicherung lässt für die meisten Transgendere in Europa eine fachgerechte Angleichung an das gefühlte Geschlecht zur greifbaren Realität werden. Viele sehen die körperliche Angleichung an das Wunschgeschlecht als einzige Lösung: Europäische Hijras? Udenkbar! Ein wie auch immer geartetes »Drittes Geschlecht« ist schlicht nicht der Fokus des Kampfes um Anerkennung. Traditionalistisch eingestellte europäische Transgendere tragen so auch zur Festigung patriarchaler Strukturen bei.

► **Madeleine Eisfeld** hat Theologie studiert und ist Sozialarbeiterin. Sie ist in vielen queer-Initiativen aktiv.

29



Hausordnung einer Herberge in Malindi, Kenia Foto: Nicor, Wikimedia

Gleichberechtigung für LGBTI-Lebensformen war für die internationale Menschenrechtsarbeit und Entwicklungszusammenarbeit (EZ) lange Zeit ein blinder Fleck. Derzeit sind Fortschritte im Problembewusstsein und sogar in der Praxis zu beobachten.

## Entwicklungsziel Gleichstellung

### Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität in der Menschenrechts- und Entwicklungszusammenarbeit

Nigeria: Fußball-Nationaltrainerin Uche wettet gegen Lesben ### 05.06.2011 Rumänien: Anti-Gay-Parade in Bukarest ### 06.06.2011

von Arn Sauer

► Im März 2011 überraschte Südafrika den UN-Menschenrechtsrat mit dem Entwurf einer Resolution zu sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität (SOGI). Unter SOGI werden lesbische, schwule, bisexuelle, trans\* und inter\* Menschen (LGBTI) gefasst. Es bezieht sich also auf diejenigen, deren sexuelle, geschlechtliche und körperliche Vielfalt sich nicht in das heteronormative System von Mann und Frau einordnen lässt.

Die Unteilbarkeit von Menschenrechten sowie der Diskriminierungsschutz von LGBTI waren, unter dem Zusatz »sonstiger Stand« (»other status«), schon immer in den Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen (VN) garantiert. Bislang fehlte eine Resolution, die dies unmissverständlich erwähnte. Eingeführt hatten das SOGI-Konzept auf VN-Ebene agierende LGBTI-Bewegungsorganisationen und Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international oder Human Rights Watch. Sie machen auf die durch Trans- und Homophobie motivierte Diskriminierung und Gewalt aufmerksam, die von Staaten, Gesell-

schaften, Polizei- und Justizsystemen sowie Einzelnen ausgeübt werden. Deswegen forderten sie die explizite Inklusion von LGBTI-Menschenrechten in das VN-Vertragswerk – ein umstrittener Prozess. Drei Versuche (2003, 2006 und 2008) eine SOGI-Resolution herbeizuführen waren bereits gescheitert.

Auch der neue südafrikanische SOGI-Resolutionsentwurf von 2011 bildete diese Umstrittenheit ab. Die Erstversion war von LGBTI-Aktivist\*innen noch als »nicht mit guten Absichten« verfasst eingestuft worden, sah sie doch die Gettoisierung aller SOGI-Themen in einer Arbeitsgruppe mit unbestimmtem Mandat und auf unbestimmte Zeit vor. Auf Druck von LGBTI-»freundlichen« Staaten und NGOs brachte Südafrika am 17. Juni 2011 eine völlig geänderte Endfassung der Resolution ein, die einer Revolution gleichkam. Sie wurde schließlich mit einer knappen Mehrheit im VN-Menschenrechtsrat angenommen. Ihr Inhalt bekräftigt die Universalgültigkeit der Menschenrechte von LGBTI. Außerdem ist in der Resolution das Konzept der Geschlechtsidentität einge-

führt, womit die Sichtbarkeit und der Schutz von Trans\* und Inter\*Personen hervorgehoben ist. LGBTI scheinen endgültig in der Weltgemeinschaft angekommen zu sein. Der offizielle Auftrag an alle internationalen Akteure lautet nun unumgänglich, sich (pro-)aktiv für LGBTI einzusetzen.

### Diskriminierung und Entwicklung

► Die Resolution kommt zu einem Zeitpunkt, an dem sich die deutsche Menschenrechtsarbeit und EZ erst seit kurzem mit dem Thema der sexuellen Identität auseinandersetzen. Der Inklusionsanspruch von LGBTI fand bis dato kaum Eingang in ihre Förderpraxen. LGBTI wurden vorwiegend als »sexuelle und geschlechtliche Minderheiten« marginal betrachtet. Außerhalb des etwas gesondert gelagerten Bereichs »HIV/Aids« und Gesundheitsförderung von Schwulen und MSM (Männern, die mit Männern Sex haben) wurde die EZ hier nicht aktiv. Dabei liegen viele Berichte über Menschenrechtsverletzungen an LGBTI weltweit vor. Beispiele reichen von den oft tödlich ausgehenden

Gleichstellung kann nun als Auftrag für die Menschenrechts- und EZ-Akteure gelten

Hetzjagden gegen schwule Männer im Senegal über die Polizeigewalt gegen Transgender in Argentinien bis hin zu den Problemen von Trans\*Jugendlichen in Litauen, denen nicht einmal der Status »einer Person« zuerkannt wird. Nach Angaben der Länderübersicht der International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association (ILGA) waren im letzten Jahr homosexuelle Praktiken in 76 Staaten kriminalisiert. Auch Trans\*Lebensweisen finden sich neuerdings im Zuge der stärkeren öffentlichen und politischen Sichtbarkeit von LGBTI und Frauen kriminalisiert. Beispielsweise steht in Kuwait seit 2007 das Tragen der Kleidung des anderen Geschlechtes unter Strafe.

Die strafrechtliche Verfolgung zwingt einen großen Bevölkerungsteil zu Heimlichkeit, Selbstverleugnung und Lüge. LGBTI werden so an der Wahrnehmung ihrer grundlegenden Menschenrechte gehindert. Dabei überschneiden sich die Diskriminierungserfahrungen von Trans\* und Inter\*Menschen, die als zwischengeschlechtlich erkennbar sind, mit denen von nicht den Geschlechtererwartungen entsprechenden Schwulen, Lesben und Bisexuellen. Homo- und Transphobie sind kaum zu trennen. Den Preis bezahlen LGBTI mit Gewalterfahrungen, dem Ausschluss aus Familien und von der gesellschaftlichen Teilhabe, Isolation, mangelhaftem Zugang zu Gesundheitsversorgung oder Behausung, mit Diskriminierung am Arbeitsmarkt, gesundheitlichen oder psychischen Problemen und mehr.

wird in der EZ als »schwierig« beschrieben, die Betroffenen seien oft nicht identifizierbar. Mangelndes Engagement wird mit dem Unwillen der jeweiligen Länder und Partnerorganisationen begründet. Die »hausgemachten« heteronormativen Strukturen der eigenen Organisation oder Förderrichtlinien werden kaum reflektiert. LGBTI-Organisationen, die bei der Identifizierung von internationalen Adressat\*innen helfen könnten, sehen sich weitgehend ignoriert. LGBTI ist außerdem weder in den Gender- noch Diversity-Konzepten der EZ ausreichend angekommen.

### Entwicklungen gegen Diskriminierung

► Orientierungshilfe könnte hier der Bereich der sexuellen Gesundheit und HIV/AIDS-Prävention bieten. Die Träger der EZ erkannten hier schon Anfang der 1990er Jahre, dass nachhaltige Hilfe die Dimensionen Sexualität und Geschlecht berücksichtigen muss. 2009 haben UNAIDS und der Global Fund den Weg für menschenrechtsbasierte Ansätze bei der Bekämpfung von HIV/Aids frei gemacht. Sie rückten besonders marginalisierte Menschen wie MSM oder Trans\*Sexarbeiter\*innen ins Zentrum ihrer SOGI-Strategie. Als Pionierleistung seitens der staatlichen Träger hat die Swedish International Development Cooperation Agency (SIDA) 2005 eine erfolgreiche SOGI-Strategie erarbeitet, die im Rahmen eines inklusiven Gender Mainstreaming Ansatzes verhandelt wird. Heteronormative Geschlechts-

nale Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seit 2010 erstmals über eine LGBTI-Linie zur Förderung von NGOs. Auch die aktuelle Menschenrechtsstrategie des BMZ ist sich mittlerweile der Notwendigkeit der LGBTI-Inklusion bewusst. Außerdem hat der Europarat die weltweit umfassendste Studie zur Diskriminierungssituation von LGBTI in den 47 Mitgliedsstaaten verfasst und daraus Standards für SOGI-Menschenrechte entwickelt. Solche Entwicklungen wurden noch vor wenigen Jahren kaum für möglich gehalten.

Es gilt aber auch aus Misserfolgen zu lernen. Beispielsweise verschärft sich im Bereich Katastrophenhilfe regelmäßig die prekäre Situation jener Gruppen, die von Beginn an marginalisiert waren. So wurden in Haiti LGBTI durch strukturelle Hindernisse von Hilfeleistungen ausgeschlossen. Sie erfuhren Re-Traumatisierungen durch Diskriminierungen seitens Vertreter\*innen von Hilfsorganisationen oder der Polizei, die eigentlich für ihren Schutz sorgen sollten. Frauen, Lesben, Schwule, Trans\* und allgemein Männer wie Frauen mit nicht geschlechtskonformem Erscheinungsbild wurden vergewaltigt und fielen Gewaltexzessen zum Opfer. LGBTI werden verhöhnt, geschlagen, getreten, ausgestoßen und ermordet, weil sie von Gesellschaften, Medien, Kirchenführern und Politiker\*innen als Sündenböcke für die Naturkatastrophen hingestellt werden.

In Bezug auf LGBTI steht nicht weniger als die Legitimation, Effizienz und Effektivität der EZ selbst in Frage. Wenn Menschenrechtsakteure wichtige Identitätsmerkmale wie Sexualität und

4 07.06.2011 Österreich: Verfolgte Transsexuelle sollen abgesch  
5.07.2011 Indien: Der indische Gesundheitsminister erklärt: Homose

Die diskriminierten Menschen haben sich weltweit schon immer zur Wehr gesetzt. Je nach Kontext stehen die Entkriminalisierung von Homosexualität, der Kampf um die Versammlungsfreiheit oder gegen (Straßen-)Gewalt im Fokus einer »ersten Stufe« solcher Emanzipationsbestrebungen. Der Einsatz für die so genannte »Homo-Ehe« oder ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partner\*innen, aber auch der Schutz vor homo- oder transphoben »Hassverbrechen«, sowie das Verbot von »Hassreden« gelten als die zweite beziehungsweise dritte Stufe. Das angestrebte Ziel ist, LGBTI-Lebensformen als gleichberechtigt anzuerkennen. Dieser angestrebte – und doch in kaum einem Land der Welt erreichte – Zustand der de facto Gleichstellung steht nun als Auftrag an die Menschenrechts- und EZ-Akteure im Raum.

Der internationale Politikdialog bietet eine Möglichkeit, sich für die Inklusion von LGBTI einzusetzen. Zusätzlich bedürfen vor allem die LGBTI-Gruppen vor Ort und besonders in »feindlichen« Umgebungen der direkten und sofortigen Hilfe von außen. Doch das Feld

erwartungen werden dabei als Ausgangspunkt von Diskriminierung gesehen. SIDA arbeitet international mit der niederländischen HIVOS Hand in Hand, zum Beispiel an einem Konzept für SOGI-Mainstreaming und für ein globales LGBTI-Mapping.

Bei den Instrumenten sind die Yogyakarta-Prinzipien für die Entwicklung des SOGI-Ansatzes zentral: Ein Prinzipienkatalog des aktuellen Menschenrechtsstandards für LGBTI. Ein weiteres Instrument auf politischer Ebene stellt das Toolkit des Menschenrechtsschutzes für LSBT der Europäischen Union dar. Es wurde 2010 für die Auslandsdelegationen entworfen, um »auf die LSBT-Personen betreffenden Menschenrechtsverletzungen und die Strukturen, die ihnen zugrunde liegen, in proaktiver Weise zu reagieren.« Auch die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) erarbeitet ein EZ-spezifisches Instrument, das LGBTI-Menschenrechte in den Fokus rückt. Parallel dazu verfügt das Bundesministerium für internatio-

Geschlecht(sausdruck) und die darauf beruhenden Zugangsbarrieren zu Unterstützungsleistungen weiterhin ausblenden, werden sie ihrer universalistisch menschenrechtsbasierten Ausrichtung nicht gerecht. Dass Eile geboten ist, haben die VN in ihrer SOGI-Resolution unterstrichen. Sie hat klar gemacht, dass die Menschenrechte von LGBTI alle angehen.

► Arn Sauer promoviert am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterforschung an der Humboldt Universität zu Berlin. Er ist Autor der Studien Regenbogen-Philanthropie I und II (II zusammen mit Lucy Chebout), sowie (Trans-)Gender und Diversity Trainer.

Die ungekürzte Artikelversion mit Fußnoten und Literaturhinweisen findet sich unter [www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/326](http://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/326).

# Mehr Rechte und mehr Gewalt

## Homo-Les-Trans-Bi-phobie in Lateinamerika und der Karibik

In Lateinamerika kam es in den letzten Jahren zu einem überraschenden Aufschwung an Antidiskriminierungsgesetzen und Rechten für LGBTTTI. Gleichzeitig werden hier die meisten Morde an Trans\*personen weltweit verzeichnet. Die Beharrlichkeit und die Gewalt, in der sich die Homo-Les-Trans-Bi-phobie hier darstellt, zeigen auch auf die Grenzen rechtlicher Reformen.

von **Ina Riaskov**

► Die karnevalsartigen Pride-Paraden in den Metropolen Mexikos, Brasiliens oder Argentiniens passen gut in diese Städte. Das Publikum am Straßenrand wächst jährlich an. Gerne

Dagegen bleiben im Großteil der englischsprachigen Karibik Sexualitäten, die von der heterosexuellen Norm abweichen, mit hohen Strafen verbunden. Von fünf Jahren bis zu lebenslänglicher Haft variieren die auf kolonialer Gesetzgebung beruhenden Strafparagrafen der karibischen Inselstaaten für gleichgeschlechtlichen Sex.<sup>1</sup> Wobei Lesben und Trans\* auf Granada, Jamaika, St. Kitts und Nevis und Guayana unerwähnt bleiben. Hier gilt, wie auch in vielen anderen Teilen Lateinamerikas, die Verleugnungsregel gegenüber dem lesbischen Begehren und geschlechtsuneindeutigen Identitäten. Auf der Homepage Jamaica Forum for Lesbians, All-Sexuals and Gays werden von Januar bis Juni diesen Jahres 51 gewalttätige Übergriffe auf Schwule, Lesben, Trans\* und Bisexuelle gezählt. Während im April

doza und Gabriele Maas vom Red Lesbica Cattarachas sehen zwischen der durch den Putsch geförderten Straflosigkeit und rechtskonservativen Strukturen einen Zusammenhang: »Der Opus Dei wurde zur moralischen Stütze des Putschregimes, und Kardinal Oscar Andrés Rodríguez gab ihm offiziell seinen Segen. [...] 'Beweise deine Männlichkeit – töte einen Transvestiten!' [...] Das ist zweifelsohne die symbolische Botschaft, die der Staat verbreitet.«<sup>3</sup> Der seit Ende Januar 2010 amtierende Präsident Profirio Lobo Sosa zeigt sich zwar öffentlich um das »homophobe« Klima besorgt. Die Hassverbrechen und die faktische Straffreiheit setzen sich jedoch fort.

In Mexiko wurden von 1995 bis 2009 705 Hassverbrechen verzeichnet.

06.07.2011 Indien: der indische Gesundheitsminister erklärt: H  
 12.07.2011 Vatikan: Papst gegen UN-Menschenrecht

wird ein Erinnerungsfoto mit den fantasievoll gestylten Transsexuellen und Transvestiten geknipst. Den »Verrückten« wird zur allgemeinen Katharsis ein Tag Narrenfreiheit zugestanden. Die ortsansässigen Kneipen, Geschäfte und Hotels verzeichnen traumhafte Umsätze. Aber auch abseits solcher Events gehören Händchen haltende lesbische und schwule Paare in manchen innerstädtischen Quartieren zum Alltag.

### Fluch der Karibik ...

► Der Kampf der LGBTTTI-Bewegungen in Lateinamerika um Bürger\*innenrechte hat Früchte getragen, und der internationale Druck auf die Regime hat seinen Teil beige-steuert. Im letzten Jahrzehnt wurden von acht Ländern Anti-Diskriminierungsgesetze zu geschlechtlicher Identität und/oder sexueller Orientierung verabschiedet. Im Dezember 2009 führte Mexiko-Stadt die gleichgeschlechtliche Ehe ein. In Argentinien können Lesben und Schwule seit Mitte letzten Jahres heiraten. Beide Reformen schließen die Möglichkeit auf Adoption ein. In Ecuador, Kolumbien, Französisch-Guayana, Brasilien und Uruguay sind gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit teils mehr, teils weniger Rechten möglich. Als letzte der spanischsprachigen Staaten haben Panama und Nicaragua im Jahr 2008 das Verbot von Homosexualität aufgehoben.

2010 der erste Christopher Street Day in Montego Bay, Jamaika, stattfand, übertreffen dieses Jahr die Hassverbrechen schon jetzt die der letzten Jahre. Etliche Texte populärer jamaikanischer Dancehall- und Reggae-Musiker richten sich gegen Schwule. Sexistische Phrasen und Aufrufe zum Mord, zum Beispiel in den Texten von Sizzla, Elephant Man oder Bounty Killer, bestätigen das konstruierte Ideal männlicher Omnipotenz. Mit der internationalen Kampagne Stop Murder Music und Protesten europäischer und US-amerikanischer LGBTTTI-Organisationen konnten zwar Auftrittsverbote erwirkt werden. Aber vor Ort gehört das hasserfüllte Musikrepertoire zur Normalität.

### ... und Alltagsgewalt

► Seit dem Militärputsch 2009 in Honduras sind Schwule, Lesben, Trans\* und Bisexuelle ein wichtiger Teil des dortigen Widerstands. LGBTTTI-Aktivismus war hier zuvor stark auf die Arbeit zu HIV/Aids eingeschränkt. Innerhalb der Widerstandsbewegung konnten sich die LGBTTTI einen neuen Raum erobern. Das während des Putschs gegründete Movimiento de la Diversidad en Resistencia proklamiert: »Teil der LGBTTTI-Community und nicht revolutionär zu sein, ist ein biologischer Widerspruch.«<sup>2</sup> Gleichzeitig nimmt die Polizei- und Militärgewalt in Honduras gerade gegenüber Trans\* erschreckende Ausmaße an. Seit dem Putsch wurden 38 Transsexuelle ermordet. Aktivist\*innen wie Indyra Men-

Hier werden nach Brasilien die meisten homophoben Verbrechen Lateinamerikas begangen. Beide Staaten haben internationale Anti-Diskriminierungsabkommen unterzeichnet. Aber in der mexikanischen Praxis bleiben Hassverbrechen genauso wie Feminizide straffrei. Norma Cacho vom chiapanekischen Kollektiv LesBrujas kommentiert: »Die Verfolgung und Kriminalisierung des ‚Anderen‘ ist eine Realität in unserem Land, die auf einer konservativen Moral fußt, die von den Regierungen und den religiösen, ökonomischen und sozialen Oligarchien diktiert wird.« Trotz rechtlicher Fortschritte werde deutlich, dass »die Reformen keine Mechanismen einschließen, die hegemoniale soziale und kulturelle Praktiken verändern, welche alles ‚Andere‘ – von der Norm Abweichende – kriminalisieren.«

Ochy Curiel, die seit 30 Jahren in lesbisch-feministischen und antirassistischen Zusammenhängen aktiv ist, bemängelt: »Gesetzesreformen wie die gleichgeschlechtliche Ehe, die eine hegemoniale nationalstaatlich-patriarchale Struktur fortsetzen, können nicht die Lösung des Problems sein«. Sexismus, Rassismus und Diskriminierung aufgrund geschlechtlicher Identität seien für die an der nationalen Universität von Bogotá lehrende Aktivistin Teil des patriarchalen, heteronormativen Systems, für das die rechtliche Form der Ehe und Familie konstituierend ist.

Von einer anderen Warte polemisieren Konservative und die katholische Kirche gegen die gleichgeschlechtliche Ehe. Gegen die »unnatürlichen« Partnerschaften hat sich ein von Kardinal Norberto Rivera angeführtes kir-



Foto: I. Riaskov

Homosexualität ist eine Krankheit ### 18.07.2011 USA: Mehr Hassver  
e-Resolution ### 30.05.2011 Chile: Präsident will Partnerschaftsg

chenübergreifendes Bündnis zusammengeslossen. Auf einer ökumenischen Messe sagt der Kardinal: »Mexiko ist christlich, Mexiko ist ein Land, das die Familie liebt, seine fundamentale Keimzelle und das Zentrum seines Zusammenhalts. Es ist erschütternd, wie die heilige Ehe attackiert wird und man sich über unsere christlichen Werte, unser Heiligstes, lustig macht.« Auch die mexikanische Generalstaatsanwaltschaft gründete ihre Klage gegen die städtische Gesetzesreform auf familiäre Werte. Die gleichgeschlechtliche Ehe würde dem »Schutz der Familie« zuwiderlaufen und das »alles übergeordnete Wohl des Kindes« gefährden. Diesem Argumentationsmuster folgen auch die konservative Regierungspartei PAN und die ehemalige Staatspartei PRI. Gerade die Adoption durch gleichgeschlechtliche Paare wird von einem Großteil der Bevölkerung als widernatürlich empfunden. Aktivist\*innen sprechen von einer Verschärfung des homophoben Klimas.

In Mexiko wurden von 1995 bis 2009 705 Hassverbrechen verzeichnet

### Differente Differenz

► Die anfangs erwähnten Bilder der sichtbaren schwulen und lesbischen Pärchen in Mexiko-City sind also nicht repräsentativ. Zusätzlich ist der Zugang zu der »homo-freundlichen« Infrastruktur an die Zahlungsfähigkeit der Einzelnen gebunden. Der entsprechende Geldbeutel ist jedoch stark rassisiert, klassiert und patriarchal situiert. Die partielle Freiheit können sich tendenziell weiße oder

mestizische Mittel- und Oberschichtenangehörige leisten, die schwul sind.

Gerade für Lesben ist das offene, innerstädtische Leben oft Teil eines Doppellebens. Zurück im Kreis der Familie oder am Arbeitsplatz wird die heterosexuelle Fassade wieder aufrechterhalten. Übergriffe werden aus Angst vor Diskriminierung seitens der Behörden oder aus Angst, entdeckt zu werden, kaum zur Anzeige gebracht. Gewalttaten, Vergewaltigungen und Morde an Lesben sind im Vergleich zu Verbrechen an Schwulen und Trans\* in Lateinamerika kaum dokumentiert.

Dem Tabu lesbischen Lebens steht eine lesbische Bewegung entgegen, die gegen patriarchale und heteronormative Gewalt kämpft. Die Aktivistin Norma Cacho streitet für die Benennung der Lesbophobie in allen Kontexten: »In der Gesellschaft, in den Diskursen, in den Gesetzestexten, der politischen Praxis und auch innerhalb des großen ‚Gay‘-Vakuums. Das ist eine Unsichtbarmachung, die sich klar in Gewalt gegenüber Lesben übersetzt. Und diese Gewalt ist genauso unsichtbar. Homosexualität schließt im Mainstream-Diskurs Lesben und Schwule mit ein. Das ist eine falsche Neutralität, die nur die männliche Realität widerspiegelt.« Lesbo-, Homo-, Trans- und Biphobie hätten zwar gemeinsame Ursprünge, manifestieren sich aber – entlang von Rasse, Ethnizität, Klasse und Geschlecht – je unterschiedlich. Auch bei den Diskursen um sexuelle Vielfalt gingen unterschiedliche Lebensrealitäten unter.

Ochy Curiel kritisiert entsprechend das

von Regierungen und Teilen der LGBTTTI-Bewegung aufgegriffene Konzept der sexuellen Diversität. Was als Möglichkeit für ein heterodissidentes Bündnis daherkomme, blende Ungleichheiten aus und entpolitisiere: »Innerhalb dieser Logik ist das heterosexuelle Paradigma weiterhin von allen anzustreben und bleibt die Referenz, von der aus alles Differente toleriert werden kann. Hier geht es nicht mehr um das Streben nach gesellschaftlichen Veränderungen für alle, sondern um Anpassung und Integration an heteronormative, sexistische und rassistische Strukturen.«

### Anmerkungen

- 1 In den folgenden Staaten der Karibik ist Homosexualität strafbar: Antigua und Barbuda, Barbados, Belice, Dominicana, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadien, Trinidad und Tobago (Männer und Frauen); Granada, Jamaika, St. Kitts und Nevis und Guayana (nur Männer). Von Insel zu Insel variieren die Strafparagrafen, gemein ist ihnen die Definition der Straftaten als Sodomie (Analverkehr) und schwer unsittlichem Verhalten. Sodomie (Analverkehr) wird meist altersabhängig von 10 Jahren bis lebenslänglich (bei Involvierung Minderjähriger) bestraft. Die Strafen für schwer unsittliches Verhalten reichen von fünf bis zu 15 Jahren. Für detailliertere Information siehe: ILGA, Eddie Bruce Jones y Lucas Paoli Itaborahy: Homofobia de Estado, Informe de ILGA, 2011. S.45-50
- 2 [resistediverso.blogspot.com](http://resistediverso.blogspot.com)
- 3 Red Lésbica Cattrachas, Indyra Mendoza y Gabriele Mass: Asesinatos en el marco del golpe de estado de la comunidad LGTTBI Honduras, 27 de enero de 2010

► Ina Riaskov ist Soziologin und Fotografin. Sie arbeitet bei Producciones y Milagros Agrupación Feminista in Mexiko City.



Auf Demonstrationen schmeißen sie sich mit Dominakostüm in Schale, schwingen dabei vergnügt Dildos und karikieren die nationale Ikone Gabriela Mistral. Für die Aktivist\*innen der Universitären Koordination für die Sexuelle Dissidenz (CUDS) sind Travesti-Fußball, Post pornos und Diskussionsforen Formen der Intervention, mit der sie einen heterotopischen Feminismus entwerfen, der des ‚weiblichen Körpers‘ nicht mehr bedarf. Dieser Feminismus ohne Frauen bricht »mit der Naturwüchsigkeit sexueller Identitäten« und verurteilt »die Hetero- wie die Homosexualität als normative Systeme, die die Körper entpolitisieren«.

CUDS wurde 2001 an der Universidad de Chile in Santiago gegründet. Nachdem sich die Gruppe anfangs für die Gleichstellung sexueller Minderheiten einsetzte, arbeitet sie seit nunmehr sieben Jahren an der völligen Abschaffung des Geschlechts. Damit verschob sich der primäre Gegenstand der Kritik: Die Aktivist\*innen distanzieren sich zunehmend von den traditionalistischen LGBT-Bewegungen und von deren Ziel, Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgenders zu erstreiten. Stattdessen rückte die Gouvernamentalität<sup>1</sup> des Staates ins Zentrum der Kritik: Die zweigeschlechtliche Heteronormativität, durch welche sich im modernen Nationalstaat der Zugriff auf die Körper vollzieht, wird abgelehnt.

Im Gespräch mit Francisca Barrientos, Cristián Cabello, Jorge Díaz und Daniela Vega, Aktivist\*innen der CUDS, geht es um das Konzept der sexuellen Dissidenz. Diese hat es nicht leicht in einem Land, dessen Gesellschaft stark vom Katholizismus und Machismo geprägt ist und dessen Linke noch stark ihren Traditionen verhaftet sind.

0.05.2011 Chile: Präsident will Partnerschaftsgesetz ### 25.05.2011  
 Moscow Pride verboten ### Taiwan: Gay Pride in Taipeh ### 03.03.2011

Gabriela Mistral als Domina. Eine Intervention der CUDS auf der Marcha de Orgullo in Santiago, 2009

## »Für einen Feminismus ohne Frauen!«

### Interview über den Genderterrorismus in Chile

**Marie Moeller / Sebastian Sternthal**<sup>2</sup>: Eine der zentralen Ideen von CUDS lautet: »Für einen Feminismus ohne Frauen«. Wie ist das zu verstehen?

► **CUDS**: »Por un feminismo sin mujeres« wirft die irrealen Frage auf, ob ein Feminismus ohne Frauen möglich ist. Braucht denn der Feminismus den Körper der Frau?

Im Rahmen einer unserer Veranstaltungen waren wir Zielscheibe harscher Kritik von Sei-

ten normativer, traditioneller und radikaler Feminist\*innen. Diese nahmen an, dass der Titel »Por un feminismo sin mujeres« »reale« Frauen nötige, da er die Auflösung ihrer biologischen Bestimmung beabsichtige. Dieser Grundgedanke ließ aufblitzen, wie starr die lokalen und lateinamerikanischen Feminismen sind. Ihnen erscheint es unmöglich, den Feminismus von einem Außen her zu denken, ohne die herrschenden Diskurse über die

Körper – ohne das Wesen der Menstruation und ohne die neoliberale Politik, welche die Frauen wieder und wieder in eine strukturell schwächere Situation drängt. Die lateinamerikanische Frau wird nicht einfach konstruiert; sie ist weder reine Natur, noch bloß Geschichte der Frauen (weil die Geschichte selbst eine Technologie im Diskurs ist). Sexualität und Diskurs sind eng miteinander verwoben. Insofern vertieft eine dissidente Sexualpolitik

die Widersprüche und Konflikte, statt sie ungeschehen zu machen.

Einen Feminismus ohne Frauen zu verkünden, bedeutet insofern zunächst, die Hegemonie des Fleisches zu verdrängen. Es geht um eine die Frauenpolitik quer durchlaufende Sichtweise. Ziel dieser ist, die weibliche Natur zu bestreiten sowie die biologisch-kulturelle Normativität aufzuheben, nach welchen das Signifikat *Frau(en)* gleichbedeutend mit Feminismus ist. Es ist ein utopischer und deshalb unwirklicher Feminismus. Unwirklich bedeutet jedoch nicht, dass er nicht vorhanden sein kann. Aber keinesfalls bedeutet er eine buchstäbliche, maskuline Wiederanpassung. Er produziert keinen Feminismus mit Männern. Auch ist es nicht sein Wunsch, danach zu fragen, ob es notwendig sei, den Feminismus immer von den durch das Geschlecht definierten Identitäten her oder aus der Wirklichkeit der Körper zu denken.

Im heutigen Chile greift der Staat ein, um das Binom Frau-Familie zu stärken: die Frau als politische Akteurin taucht in Verbindung mit der Mutterschaft auf. Wenn auf solche Weise das Zeichen *Frau* zirkuliert, ist es folglich ohne Zweifel notwendig, einen Feminismus ohne weibliches Geschlecht zu verwirklichen. Denn die »Frau« muss aufhören, sich wie eine Ideologie zu begreifen.

*In Chile ist es schon schwer, als Homosexuelle\*r Anerkennung zu finden. Das bleibt nur wenigen vorbehalten. Gleicht da die radikale Forderung nach der völligen Auflö-*

*Pissies, vgl. Donna Haraway 3).* Die Politik, so wie wir sie verstehen, ist ein stetes Kampffeld.

*Neben Travesti-Fußball und der Teilnahme an Demos interveniert ihr auch durch Postpornos: Cyborgs überschreiten die Grenzen unseres Körpers, Schulmädchen vergehen sich an ihren Klassenkameradinnen. Wie sind diese künstlerisch-kritischen Filme entstanden und welche Ziele verfolgt ihr damit?*

► Wir haben versucht, sowohl in der Universalität als auch auf anderen Ebenen eine kritisch-politische Arbeit einzubringen, die der Logik der infektiösen Kritik entspricht. Anstatt die Politik als die einzige Waffe zu betrachten, schlagen wir die Entgrenzung des Politischen vor. Darunter verstehen wir eine Politik des Körpers, der Situation und des Mikroalltags. Das bloße Sichtbarmachen der Probleme reicht nicht mehr aus. Ein Bruch mit ebenen dies ist notwendig.

Die Theorie liefert uns notwendige Übersetzungsweisen der stets lokalen und situativen Kämpfe. Einerseits begreifen wir sie als Mittel zur Erkenntnis, andererseits als Praxis. Aus ihr wollen wir eine dynamische Strategie machen, die es weiter ermöglicht, Themen der sexuellen Dissidenz, des Feminismus sowie der sozialen Bewegungen in Chile zu umfassen.

»Homosexualität in Chile zentriert sich auf eigentümliche Weise um die Staatsraison«

staatsapologetische Homosexualität hingegen begnügt sich mit der Normierung des Selbst, sie begnügt sich mit einer als isoliert begriffenen Sexualität. Dies schränkt die Möglichkeiten eines sexuellen Werdens zu tiefst ein.

*Wie verknüpft ihr eure Analysen mit einer Kritik am Kapitalismus?*

► Zwar ist es, von der sexuellen Dissidenz aus gesehen, weder möglich, den Kapitalismus zu isolieren, noch ihn aufzuheben. Wir denken jedoch, dass seine Defekte auszumachen sind sowie seine normative Sprache neu zu besetzen ist. Einige queere und feministische Praktiken setzen sich hingegen für eine Kritik am unterdrückenden, kapitalistischen System ein. Dies geschieht über die Schaffung alternativer Räume und die Errichtung »paralleler«, von kapitalistischen Technologien distanzierter »Gemeinschaften«.

Die Ökofeminist\*innen zum Beispiel erörtern, wie der Kapitalismus die Körper der Frauen schädigt. Sie beklagen das Syndrom chemischer Hypersensibilität als Folge einer Überreaktion der Haut und Schleimhäute, die durch stickstoffhaltige Verbindungen und Halogene

2011 Kuba: Demo gegen Homophobie in Havanna ### 21.05.2011 Russland  
2011 Namibia: Kein Anlass für Homo-Ehe ### 20.01.2011 Iran: Zwei

*nung des Geschlechts nicht einem Kampf gegen Windmühlen?*

► Die radikale Forderung nach einer vollständigen Auflösung des Geschlechts kann sich dann durchsetzen, wenn wir fähig und bereit sind, das zu dekonstruieren, was als »Politik« verstanden wird. Die Logik von Parteipolitik strebt lediglich die Legalisierung bestimmter definierter Personengruppen an. Die CUDS will weder die Lebensweise von Schwulen noch von Heterosexuellen verändern, sondern vielmehr dazu aufrufen, Codes in unserem nahen Umfeld, unseren Kreisen, in unseren Körpern zu zerrütten. Wir sind die Möglichkeit einer genderlosen Lesart, ein Bollwerk der Subjektivitäten, das keine radikalen Forderungen an alle Chilen\*innen ausruft. Wir wollen keine entgenderten Klos für Alle, sondern vielmehr die Handlungsmacht, jene Klos – auch ohne Erlaubnis – zu nutzen, auf die wir Lust haben. Wir wollen keine operativen Geschlechtsumwandlungen, sondern vielmehr jenes postfeministische Werkzeug benutzen, welches uns erlaubt, unseren Körper zu untergraben (wie die Kampagne der

*Wie werdet ihr dem radikalen Anspruch gerecht, eine integrative und sich adaptierende Politik strikt abzulehnen, wenn es beispielsweise um die Durchsetzung von Rechten für Homosexuelle geht?*

► Homosexualität in Chile zentriert sich auf eigentümliche Weise um die Staatsraison. Die staatliche Politik dreht sich um ihre Unterordnung, um eine nationale Konstruktion, in welcher Homosexuelle keinen Platz finden. Zur gleichen Zeit erfolgen Maßnahmen wie die HIV-Präventionspolitik, Erziehung zur sexuellen Vielfalt in den Schulen und die Forderung nach der Homoehe. Dies sind alles Themen einer Politik, die darauf aus ist, normal zu sein. Die sich an heteronormierte Praktiken angleichen will.

Nach unserer Ansicht konstituiert die Homo- sowie die Heterosexualität keine in sich sehr unterschiedlichen, unterdrückenden und identitären Systeme. In Chile ruft die homosexuelle Identität keinerlei Spannungen hervor: Sofern sie stört, wird sie entweder schnell unter normalisierende Lesarten der Toleranz gedrängt oder als exotisches und humoristisches Subjekt in Szene gesetzt. Eine

in Reinigungsmitteln und Schönheitsprodukten hervorgerufen wird. Dieses Syndrom schreiben sich die Ökofeminist\*innen als großes Kampfbeispiel auf die Fahnen, um die Frau zum Verlassen des Hauses zu bewegen.

Dies ist ein Beispiel der Paranoia gegenüber dem neoliberalen, als maskulin vermuteten System. Eine Rückkehr der Körper zur »Natur« oder zum heimatisch-lateinamerikanischen »Ursprung« ist eine äußerst problematische Reessentialisierung der Körper: Frau-Sein wird hier interpretiert als ein Zeichen, das durch Verbindungen zu einer »Mutter Erde« gekennzeichnet ist. Diese nostalgischen Mikropolitiken einer »besseren Gemeinschaft« sind nichts weiter als idyllische Bauten. Bauten, welche die Ideologie eines Selbst verfechten, das in der reinen Gemeinschaft aufzugehen vermag. Geknüpft wird ein solcher Diskurs an ein politisch-heroisches Narrativ, das sich als Erreter gebärdet.

Wir teilen diese Ablehnung kapitalistischer Technologien nicht. Stattdessen nehmen wir an, dass Sexualität und unsere Körper niemals frei von Technologien industrieller Produktion sind und es niemals waren.

Der Körper wird von den Technologien umrissen. Für die sexuelle Dissidenz ist es wichtiger, diese Technologien – im Inneren des Systems – zu untergraben und mit neuen Bedeutungen zu besetzen, statt heroische Räume pseudo-familiärer Gemeinschaften zu konstituieren, die sich außerhalb der Gesellschaft wähnen. Sich in einem definierten Rahmen wie dem *Außen* zu denken, hat auch zur Folge, sich als autonomer Körper misszuverstehen, der keine Verhältnisse und Überschneidungen mit anderen Körpern aufweise. Dies verunmöglicht die Bildung reflexiver Politik hinsichtlich sozialer Andersheiten.

Die sexuelle Dissidenz weist auf die Verletzlichkeit des Systems hin. Sie vermag es, ihm durch die Mikropolitik der Körper Brüche zuzufügen und dies öffentlich zu machen.

*Der Machismo ist in Chile weitgehend salonfähig. Welche erschwerten Bedingungen ergeben sich daraus für eure Praxis?*

► Zunächst ist es notwendig unser Verständnis des Machismo zu erläutern. Wir begreifen ihn nicht als eine Gewalt, welche sich ausschließlich gegen feminisierte Sexualitäten richtet. Sondern als

Motiv unseres Engagements. Unser Feind ist nicht die machistische Gewalt. Wir sagen schon immer, dass die Gewalt all jene, die den Kleiderschrank <sup>4</sup> zerlegen, nie auf der Ebene des Schwächeren, des Erniedrigten verorten kann. Denn wenn wir sexuelle Gewalt nicht aus der Logik von Gut und Böse angehen, schließt sich die Frage an, wie wir dann diese bestimmte machistische Gewalt erleiden, die alles nicht-heterosexuelle aus ihrem Feld ausschließt?

Die sexuelle Dissidenz betrachtet es als zentral, sich die Strategien des legitimen politischen »Ichs« anzueignen, um die Effekte nichtmaskuliner Sexualitäten zu reproduzieren und schließlich zu zersetzen. Man soll nicht glauben, dass wir für eine politische Strategie einstehen, die sich den Forderungen nach »Seriosität« und Formalität chilenischer Politik



Gouvernementalität, die die Lasten der Diktatur und ihre Widersprüche ignoriert. Eben jenen Begriff der Entwaffnung, der sich in Chile aufzwingt, gilt es durch Lesarten und einen Aktivismus zu zerlegen, die nicht der Macht gefällig sind.

Hierin ist die sexuelle Dissidenz ein Eingriff, der es auf mikroterroristische Weise erlaubt, steinzeitliche Vorstellungen von Sexualität in Bewegung zu setzen. Dies geschieht über Strategien der Parodie, des zivilen Aktivismus, der Aktionskunst und der Kritik, um Bezüge herzustellen, die weder geradlinig noch vollständig stimmig mit einer Realität wie der chilenischen sind. Die sexuelle Dissidenz sieht das Gerede um »Diversität« und »Diskriminierung«

Honduras: Morde an Transsexuellen ### 07.01.2011 Brasilien: für gleichgeschlechtliche Paare ### 10.08.2010 Deutschland: Homo-Paar

eine Serie von Diskursen und Praktiken, die die Einbildung reproduziert, das Nicht-Maskuline erscheine als das Opfer der Gewalt. Gewalt, die ausschließt, die andere Körper verletzt, die tötet und mordet, ist eine im Sozialen hervorgebrachte Gewalt.

Deshalb positioniert sich die sexuelle Dissidenz weder diskursiv noch performativ in diesen Strategien. Wir nehmen an, dass die Gewalt Viktimisierungen reproduziert und Herrschaftspositionen verstärkt. Des Weiteren sehen wir es als unnützlich an, in einem politischen Kontext Stellung zu beziehen, in welchem solcherlei Diskurse politisch und medial verschwiegen werden. In Chile werden – anders als im Mittleren Osten – keine Homosexuellen mehr ermordet. Homosexuelle können sich in Chile auf der Straße bewegen, sie haben ihren Kiez und ihre Konsumorte. Dies ist jedoch nichts ausdrücklich Geschaffenes; es sind Randerfahrungen, im letzten Winkel und im letzten Regierungsprogramm verortet. Insofern ist in Chile die gravierendste Gewalt nicht die physische, die diskursiv als »real« erscheint. Sondern jene, welche symbolisch die Körper ausschließt. Eine Politik, die verhindert, dass das Sexuelle politisch sein kann.

Für die sexuelle Dissidenz ist folglich die machistische Gewalt weder Ursprung noch

fügt. Vielmehr geht es darum, die Strategien derjenigen Äußerungen zu denunzieren und zu übertreten, die seit jeher alles, was mit dem Sexus zu tun hat, aus dem »Seriosen« ausschließen.

Offensichtlich existieren ökonomische und strategische Schwierigkeiten für die Praktiken sexueller Dissidenz. Dennoch glauben wir, dass die Prekarisierung der Politik eine kreativere und radikalere Entwicklung politisch-sexueller Praktiken gestattet.

*Was bedeutet es, in einem vom Katholizismus maßgeblich geprägten Staat wie Chile eine Politik sexueller Dissidenz zu verfolgen?*

► Neuerdings erscheint es in Chile so, als ob die staatliche Macht sich mit der des Glaubens in einer Strategie kapitalistischer Transparenz verbindet. Dadurch, dass die erste rechte Regierung nach der Diktatur die alten Machthaber wegen ihrer pädosexuellen Begierden verfolgt, soll der Anschein erweckt werden, dass selbst die Kirche nicht außerhalb des Gesetzes stehe und dass ihr Einfluss geschmälert sei. So will man uns glauben machen, dass die Gerechtigkeit unparteiisch verwirklicht werden könne. Das Gesetz wird dabei – einer Waffe gleich – mit der sozialen Gerechtigkeit gekoppelt. Es erscheint so, als ob die zentrale Macht des Regierungsapparates eine Politik der Entwaffnung anwendet. Dies wiederum ist die beruhigende republikanische Voraussetzung einer

bereits als gesättigte Signifikanten einer hörigen Homosexualität und des Katholizismus an. Dies wollen wir aus der sexuellen Politik verbannen.

## Anmerkungen

- 1 Gouvernementalität bezeichnet unter Rückgriff auf Michel Foucault eine Machtform, die anhand verschiedener Techniken und Institutionen auf Individuum und Gesellschaft einwirkt. Sie steuert, leitet an, diszipliniert und stellt damit den Rahmen zur Verinnerlichung der Führung »seiner selbst«. Literaturhinweis: Michel Foucault. *Geschichte der Gouvernementalität I und II*. Frankfurt (Main), 2006.
- 2 Wir danken Daniela Cendoya für ihre kritische Lektüre und Anregungen zu diesem Beitrag.
- 3 In Anknüpfung an die Cyborg-These von Haraway gehen Sexualität und Technologie ein symbiotisches Verhältnis ein, in welchem die Naturwüchsigkeit des Körpers sich aufhebt und ein »Zurück zur Natur« unmöglich wird. Donna Haraway: *Ein Manifest für Cyborgs*. In: *Die Neuerfindung der Natur*. Frankfurt (Main), 1995.
- 4 Mit *salir del clóset*, dem Heraustreten aus dem Kleiderschrank, wird in Chile das Coming-Out beschrieben. Allgemein deutet der Kleiderschrank darauf hin, dass im Privaten all jene Dinge betrieben werden, die in der Öffentlichkeit nur sehr geringe oder keine Akzeptanz erfahren.

► **Marie Moeller** beteiligt sich in Argentinien an verschiedenen sozialen Projekten. **Sebastian Sternthäl**, Student der Ethnologie und Soziologie in Heidelberg, ist als freier (Foto)Journalist tätig.

Weitere Informationen zur CUDS unter [dissidenciasexual.cl](http://dissidenciasexual.cl), zu ihren Post-Pornos unter <http://subporno.blogspot.com>.

# Bedrohtes Radio Victoria

## Kritischer Journalismus ist in El Salvador lebensgefährlich

von **Knut Hildebrandt**

► In vielen Ländern Lateinamerikas herrscht eine hohe Bereitschaft, Gewalt anzuwenden, um Konflikte zu lösen. Die Gewalt trifft nicht selten auch diejenigen, die auf die hinter den Gewalttaten stehenden sozialen und politischen Missstände hinweisen. Mexiko, das mit Präsident Calderons »Krieg gegen die Drogen« immer wieder für Schlagzeilen sorgt, ist für JournalistInnen eines der gefährlichsten Länder der Welt. Laut der Nichtregierungsorganisation Press Emblem Campaign (PEC) starben dort im Jahr 2010 vierzehn ReporterInnen. Auch Honduras rangiert auf einem der vorderen Plätze der Länder, in denen JournalistInnen verfolgt werden. Seit dem Putsch im Juni 2009 haben solche Übergriffe drastisch zugenommen. Allein im Jahr 2010 wurden laut PEC neun PressevertreterInnen ermordet.

Aber nicht nur ReporterInnen, die zur »großen Politik« oder dem organisierten Verbrechen recherchieren, leben riskant. Im Norden El Salvadors geraten auch MitarbeiterInnen des unabhängigen Radio Victoria immer mehr in Bedrängnis, weil sie auf Umweltprobleme hinweisen, die im Zusammenhang mit dem Abbau von Gold in der Provinz Cabañas stehen.

Gegründet wurde der Sender 1993 von aus Honduras zurückgekehrten Kriegsflüchtlingen. Wegen seiner wachsenden Popularität war Radio Victoria den kommerziellen Stationen bald ein Dorn im Auge. Nicht zuletzt aufgrund deren Einflussnahme wurde der Sender Mitte der 1990er Jahre für illegal erklärt und sein Equipment beschlagnahmt. Erst durch die Mobilisierung der Hörerschaft und Demonstrationen in San Salvador konnte die Herausgabe der Technik erreicht werden. In langwierigen Verhandlungen gelang es, eine eigene Frequenz zu sichern.

Aber auch durch seine kritische Berichterstattung über Umweltthemen oder Menschenrechtsverletzungen hat sich Radio Victoria Feinde gemacht. Immer wieder kommt es zu Sabotageakten. Team-Mitglieder und UnterstützerInnen des Senders begannen deshalb, Nachtwachen zu organisieren, um gemeinsam die Anlagen zu schützen.

Auch für die RadiomacherInnen selbst wird es zunehmend gefährlich. Vor über fünf Jahren bekamen sie erstmalig Drohbriefe. Grund da-

für war ihr Engagement gegen die kanadische Bergbaufirma Pacific Rim. Der Goldabbau in deren Mine El Dorado beansprucht große Mengen Wasser, das auf den Feldern fehlt, erklärt Oscar Beltrán, der schon als Jugendlicher bei Radio Victoria einstieg. Das Einleiten von hochgiftigen Abwässern in die Flüsse der Region verursacht bei den AnwohnerInnen Krankheiten.

Als immer mehr Klagen aus der Bevölkerung die jungen RadiomacherInnen erreichten, begannen diese zu den Umweltauswirkungen des Goldabbaus zu recherchieren. Schon bald startete Radio Victoria eine Aufklärungskampagne und kritisierte den von dem kanadischen Unternehmen propagierten »Grünen Bergbau« als Märchen.

### Der Erfolg der RadiomacherInnen zieht Morddrohungen nach sich

(FMLN), die Wahl gewann, verlängerte er die Schürfrechte der im Land operierenden ausländischen Bergbaufirmen nicht.

Dieser Erfolg bescherte allerdings den UmweltschützerInnen in der von der ARENA dominierten Provinz Cabañas eine Welle der Gewalt. Nach der Entführung und Ermordung des Radio Victoria nahe stehenden Umweltaktivisten Marcelo Rivera erhielten auch einige RadiomacherInnen Morddrohungen.

Als besonders gefährdet galt Isabel Gámez, die Chefin der Nachrichtenredaktion. Sie wohnte mit ihrem neunjährigen Sohn in unmittelbarer Nähe des Senders. Als sich im letzten Jahr durch ein Stipendium der Hamburger Stiftung für politisch verfolgte die Möglichkeit bot, ein Team-Mitglied nach Deutschland zu schicken, wurde sie ausgewählt.

Doch damit ist die Situation nicht entschärft. Seit Anfang 2011 erhalten Angehörige des Radios erneut Morddrohungen. Im Mai kündigten Unbekannte per SMS an, dass Marixela Ramos' dreijährige Tochter dafür zahlen werde, wenn sich die Berichterstattung des Senders nicht ändert. Einen knappen Monat später reisten die beiden dank internationaler Unterstützung nach Ecuador aus.

Dass die Sorge um ihre Sicherheit begründet ist, zeigt der kurz darauf folgende Mord an Juan Francisco Duran Ayala. Einen Tag nach einer Aktion gegen den Goldbergbau Anfang Juni verschwand der junge Umweltaktivist auf dem Weg zur Universität. Wenige Tage später wurde die Leiche des durch einen Kopfschuss Getöteten in der Nähe San Salvadors gefunden.

► **Knut Hildebrandt** ist freier Fotograf und Autor. Er lebt in Berlin und Oaxaca/Mexiko und publiziert zu Themen aus Mittelamerika.

Weitere Informationen, auch über Möglichkeiten, Radio Victoria zu unterstützen, finden sich auf der Webseite des Ökumenischen Büros München: [www.oeku-buero.de/nachrichten-leser/items/el-salvador-wieder-drohungen-gegen-radio-victoria.html](http://www.oeku-buero.de/nachrichten-leser/items/el-salvador-wieder-drohungen-gegen-radio-victoria.html)



Foto: K. Hildebrandt

Um das negative Image in der Bevölkerung aufzubessern, initiierte Pacific Rim eine breit angelegte Gegenkampagne. Elvis Zavala, verantwortlich für die Produktion bei Radio Victoria, berichtet von großzügigen Spenden für Dorffeste und der Unterstützung von Schulen. Lokale PolitikerInnen der ultrarechten Nationalrepublikanischen Allianz (ARENA), die in den meisten betroffenen Gemeinden die Bürgermeister stellt, wurden alimentiert. Selbst Radio Victoria wurden hohe Summen geboten, damit es seine Berichterstattung über Pacific Rim ändert.

Für das Radioprojekt kam das nicht in Frage. Durch die Zusammenarbeit mit anderen kommunalen Sendern gelang es, die Kampagne auf die nationale Ebene zu bringen. Das Thema spielte eine wichtige Rolle bei den Präsidentschaftswahlen 2009. Nachdem Mauricio Funes, der Kandidat der linksgerichteten Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí



Goetheanum in Dornach (CH) Foto: Wikimedia Commons

*Vor einigen Monaten wechselte das iz3w von Postbank zur GLS-Bank. Anlass war, dass die Postbank mittlerweile zur Deutschen Bank gehört. Diese Entscheidung war intern umstritten, denn die als alternativ geltende GLS-Bank ist als Hausbank der anthroposophischen Bewegung in Deutschland entstanden. Die Anthroposophie wiederum zeichnet sich nicht nur durch eine höchst fragwürdige esoterische Weltsicht, sondern auch durch manifesten Rassismus und Antisemitismus aus.*

*Wir kamen ganz pragmatisch zu dem Schluss, dass diejenige Bank mit den für uns günstigsten Konditionen auszuwählen ist. Das für den Zahlungsverkehr unerlässliche Girokonto des iz3w liegt nun also bei der GLS-Bank. Zum Ausgleich unseres Karmakontos (um eine anthroposo-*

*phische Begrifflichkeit aufzugreifen) beschlossen wir, einen Beitrag über den Rassismus in der Anthroposophie ins Heft zu nehmen. Autor Peter Bierl kam unserer Bitte gerne nach.*

*Ein weiterer Anlass für den Beitrag ist der 150. Geburtstag Rudolf Steiners, der Ende Februar mit zahlreichen wohlwollenden Artikeln in deutschsprachigen Zeitungen begangen wurde. Biologisch-dynamische Landwirtschaft, sanfte Kosmetik von Weleda, vor allem aber die rund 200 Waldorfschulen allein in Deutschland haben zu einem guten Ruf des anthroposophischen Menschenbildes beigetragen. Dieser besteht zu Unrecht, wie Bierl argumentiert.*

*die redaktion*

## Rote Zahlen auf dem Karmakonto

### Die Anthroposophie ist von rassistischem Gedankengut durchdrungen

38

von **Peter Bierl**

► Im Kunstmuseum Stuttgart war bis Ende Mai die Ausstellung »Kosmos Rudolf Steiner« zu sehen. Auf drei Stockwerken wurden Zeichnungen und Notizblätter, alte Bücher und Stühle gezeigt. Es wurde auf Waldorfpädagogik und Eurythmie verwiesen, doch wesentliche Elemente ließ man aus, etwa die Lehre von Karma und Reinkarnation, auf der die Anthroposophie basiert. Steiner wurde gefeiert als »universeller Künstler und Denker«; fast konnte man glauben, er habe die

gesamte Kunst des 20. Jahrhunderts inspiriert. Dabei hatten beispielsweise Steiners Baupläne für ein Anthroposophen-Zentrum in München ihm Hohn und Spott aus der Künstlerszene beschert.

Kritische Töne suchte man in der Ausstellung vergebens, sie ist wie eine PR-Kampagne zum 150. Geburtstag Steiners inszeniert. Mit ihr hofften die AnthroposophInnen, die vielen Negativ-Schlagzeilen der vergangenen Jahre vergessen zu machen, insbesondere die

Vorwürfe und Belege für Rassismus und Antisemitismus. Dabei ist beides in der Anthroposophie so verbreitet wie in jenen Tagen, als der »Menschheitsführer« noch unter seinen JüngerInnen wandelte.

#### Ahrimanische Kräfte in Fukushima

► Als aktuelles Beispiel seien die Beiträge der Zeitschrift Goetheanum zur Atomkatastrophe in Japan genannt. Dieses Zentralorgan

der Anthroposophischen Gesellschaft wird in Dornach bei Basel, dem Hauptquartier der Bewegung, herausgegeben. Erdbeben, Tsunami und die radioaktive Strahlung aus dem zerstörten Atomkraftwerk Fukushima seien »dreifache ahrimanische Kräfte«, also Dämonen, denen die Menschen ausgesetzt seien, behauptet ein Autor im Aufmacher der März-Ausgabe. Mit Verweis auf Steiner wertet er die Katastrophe als Folge des »Gesamt-Menschheits-Karma«. Die Opfer seien »über die Schwelle zur geistigen Welt gegangen«. Für sie gelte, was Steiner über Menschen gesagt hat, die durch Naturkatastrophen umgekommen sind: Dass »dadurch die Erinnerung an alles dasjenige gestärkt wird, was in ihrem Karma enthalten ist«.

Die hinduistische Idee von Karma und Reinkarnation, wonach jeder Mensch und seine Leben bestimmt werden durch die Taten in früheren Verkörperungen, ist ein Pfeiler der Anthroposophie. Steiner sprach vom »Karmakonto«. Nach anthroposophischer Buchhaltung ist das Karmakonto der Menschheit und insbesondere Japans in den roten Zahlen. Die Opfer von Tsunami und atomarem GAU büßen demnach für eine karmische Schuld, die abgetragen werden müsse. »Japan ist das einzige Land, in dem Atomwaffen abgeworfen wurden. Dasselbe Volk ist jetzt ‚ziviler‘ radioaktiver Strahlung ausgesetzt. Das ist das Schicksal Japans. Die materialistische Einstellung des Landes verursacht diese Situation. Was wir erleben, ist ein apokalyptisches Ereignis, das zugleich ein Zeichen zur Verstärkung der Bewusstseinsseele bedeutet«. <sup>1</sup> JapanerInnen galten Steiner als dekadente MongolInnen, die un-kreativ und spirituell nicht entwicklungs-fähig sind. Deshalb müssten sie an einer »Bewusstseinsseele« arbeiten.

Ein weiterer Text in dieser Ausgabe des Goetheanum verknüpft die Tradition der Völker- und Rassenpsychologie mit Anthroposophie. Der Autor beschreibt einen angeblichen japanischen Volkscharakter: »Nach außen scheu und zart wie die Reispflanze, nach innen unberechenbar feurig wie ein Vulkan.« Eine Renaissance im europäischen Sinne habe es in dem Land nicht gegeben, darum könnten die Japaner nicht selbständig denken, sondern nur den westlichen Materialismus kopieren. <sup>2</sup>

Beide Autoren knüpfen an Steiners Karma-Lehre und seinen Rassismus an. In einem Vortrag 1920 in Stuttgart hatte Steiner AsiatInnen als »senil und greisenhaft« geschmäht, sie könnten nicht selbständig denken. <sup>3</sup> Drei Jahre später gab er eine Anekdote über Japaner zum Besten, die angeblich ohne englische Ingenieure mit einem Dampfer nur im Kreis fahren würden. Der Hellseher Steiner

behauptete: »Die Japaner werden daher alle europäischen Erfindungen ausbilden; aber selbst etwas ausdenken, das werden die Japaner nicht.« <sup>4</sup>

Wer Anthroposophie und Waldorfpädagogik für solche obskuren Ansichten kritisiert, stößt bei ihren AnhängerInnen auf Ignoranz und Abwehr. AnthroposophInnen stellen ihre Bewegung gerne als Opfer dar, beispielsweise des Faschismus. Dabei biederten sich ihre Funktionäre dem NS-Regime an. Die Anthroposophische Gesellschaft in Deutschland wurde zwar 1935 auf Betreiben von Reinhard Heydrich aufgelöst, die meisten Projekte konnten jedoch bis 1941 weiterarbeiten. Der



Foto: Wikimedia Commons

Rudolf Steiner um 1905

»Reichsverband der Waldorfschulen« formierte sich sogar erst im Mai 1933 und trat korporativ dem NS-Lehrerbund bei. Der »Reichsverband für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise« übernahm einen »Arierparagrafen« in seine Satzung, der Jüdinnen und Juden die Mitgliedschaft verwehrte. Ein Teil der NS-Führung bekämpfte die Anthroposophie als weltanschauliche Konkurrenz, ein anderer Teil sympathisierte mit ihren Projekten. AnthroposophInnen waren Mitglieder der NSDAP, konnten ihre Karrieren fortsetzen und Bücher und Zeitschriften veröffentlichen. Experten für biodynamische Landwirtschaft unterstützen Anbauexperimente der SS, der frühere leitende Gärtner der Firma Weleda setzte seine Tätigkeit in der Kräuterplantage des KZ Dachau fort.

Als weiteres Argument, warum sie keinesfalls rassistisches Gedankengut vertreten, führen AnthroposophInnen gerne an, sie hätten zu Zeiten der Apartheid Waldorfschulen für Schwarze in Südafrika betrieben. Richtig ist,

dass dort zuerst in weißen Bezirken Schulen für Kinder der Mittel- und Oberschicht entstanden. Erst in den 1980er Jahren wurden verstärkt »farbige« (gemeint sind schwarze und indische) Kinder aufgenommen und drei Waldorfschulen in Townships gegründet. <sup>5</sup>

Dieser Entlastungsversuch ist irreführend, weil der ideologische Kontext ausgeblendet wird. Während der nationalsozialistische Rassismus darauf abzielt, als minderwertig diffamierte Menschen zu versklaven und zu vernichten, wollen AnthroposophInnen diese bevormunden, sie spirituell erwecken, so dass ihr Geist in der nächsten Reinkarnation in den Leib eines Weißen, am besten einer/s AnthroposophIn, fährt. Die Weißen, besonders die Deutschen, haben in Steiners Weltbild eine spirituelle Mission, sie entwickeln das Geistige für die gesamte Menschheit. Anthroposophie enthält somit die esoterische Variante der Parole von »the white man's burden«, mit der der europäische und nordamerikanische Imperialismus um 1900 argumentierte.

## Das Karma verbessern

► Jeder muss dabei sein karmisches Schicksal erfüllen. Die Reinkarnation als Angehöriger so genannter »niederer Rassen« ist durchaus als Strafe gedacht. Dies schlägt sich auch in der Waldorfpädagogik nieder. So schildert die Ex-Waldorfschülerin Ute Siebert eine Episode aus dem Konfirmandenunterricht der anthroposophischen Christengemeinschaft: »Die Lehre der Reinkarnation faszinierte mich damals, die in der Christengemeinschaft vertreten wird. Gleichzeitig las ich schon über nicht-europäische Gesellschaften und war besonders von Papua-Neuguinea begeistert. So fragte ich eines Tages den Pfarrer, ob ich denn in einem anderen Leben auch einmal als Papua wieder geboren werden könne. Er schaute mich entsetzt an, fragte ob ich davor Angst hätte und beschwichtigte mich gleich hastig, ohne meine Reaktion abzuwarten: 'Deine Sorge ist unbegründet. Nur wenn Du jetzt körperlich schwer behindert wärest und an den Rollstuhl gefesselt, müsstest Du wohl noch einmal als

»Selbst etwas ausdenken, das werden die Japaner nicht«

Eingeborener auf die Welt kommen, um ganz in deinem Körper zu leben, niedrige Arbeiten zu verrichten und der Erde nahe zu sein.« <sup>6</sup>

Ein anderer Ex-Waldorfschüler berichtet, seine Klassenlehrerin habe zum Thema »Rasse« geäußert: »Es gibt Menschen mit Gebrechen und auch unterschiedlicher Hautfarbe, die vor allen Dingen unsere Hilfe brauchen, damit sie ihr Karma verbessern und in einer nächsten Reinkarnation als helle Gestalten wiederkommen können. Dieses gilt auch für

körperbehinderte Kinder.« Der Schüler fährt fort und berichtet, dass für AnthroposophInnen Kontakte mit Nicht-ArierInnen und Behinderten als karmische Begegnungen gelten, in denen man Karma abarbeitet für ein künftiges Leben.<sup>7</sup>

### Die arische fünfte Wurzelrasse

► Schwarze gelten in der Anthroposophie als triebgesteuerte, verspielte, kindliche Wesen. Die Kolonialherren hätten die Aufgabe gehabt, »Impulse der europäischen Bewusstseinsseele« zu bringen, heißt es 1971 im Goetheanum.<sup>8</sup> Der kindliche Schwarze brauche die Führung des Weißen, behauptet Andreas Suchantke (1972) in einem Buch, das WaldorflehrerInnen zur Unterrichtsvorbereitung empfohlen wurde.<sup>9</sup> 1987 schreibt Claartje Wijnbergh aus Johannesburg im Goetheanum über »Waldorfimpulse« für Südafrika: »Hoffen wir, dass es gelingt, die Herzenskräfte der schwarzen Rasse mit den Haupteskräften der weißen in unserem anthroposophischen, pädagogischen Impuls zu verbinden.«<sup>10</sup>

Ähnlich bewerten AnthroposophInnen die Sekem-Farm in Ägypten, die von ihnen und Medien wie dem Spiegel gleichermaßen gelobt wird. Es handelt sich um einen Betrieb in der Nähe von Kairo, dessen Besitzer während seines Studiums in Deutschland und Österreich Anthroposoph wurde. Auf den Feldern seiner Farm arbeiten Kinder und bekommen neben ihrem Lohn Unterricht und Ausbildung. Die Kinder lernen Lesen, Schreiben, Rechnen und Eurythmie. Die Farm umfasst 500 Hektar und produziert Kräuter, Früchte, Gemüse und Baumwolle. Der Chef, Ibrahim Abuleish, bekam 2003 den Alternativen Nobelpreis.

In einem internen Lehrer-Rundbrief des Bundes der Freien Waldorfschulen vom November 1997 wird unter dem Titel »Den Islam neu verstehen« über Sekem berichtet. Nach einigen Angaben über die Geschichte der Farm lassen sich die Autoren über Geisteszustand, Charakter und Bewusstsein der ÄgypterInnen aus: Diese Menschen lebten in einer »Empfindungsseele«, wie fast alle Völker und Kulturen, »die um den Sonnengürtel der Erde herum leben«. Darum würden sie sich treiben lassen und hätten nicht die »Zielgerichtetheit der Verstandesseelezeit«.

Nach Steiners Weltansicht hatten die ÄgypterInnen als Angehörige der dritten Unterrasse der arischen fünften Wurzelrasse die spirituelle Mission, zwischen 2907 und 747 vor Christus diese Empfindungsseele auszubilden. In der nächsten Epoche, bei den Griechen und Römern der Antike, arbeitete ein

»Volksgeist« an der Verstandes- und Gemütsseele. Und seit 1414 ist es die Aufgabe germanisch-nordischer Menschen, die Bewusstseinsseele zu entfalten, mit deren Hilfe der Mensch sein göttliches Ich entdeckt.<sup>11</sup>

Dieses Schema wird von den Waldorf-Autoren auf Sekem übertragen. Die in der Nähe gelegene Stadt Bilbeis und ihre Menschen beschreiben sie als schmutzig und verwahrlost, die anthroposophisch inspirierte Farm dagegen als sauber, gepflegt, grün und von Arbeitswillen geprägt. »Man ist umgeben von einer arbeitsamen, sinnerfüllten Atmosphäre, während man auf den Straßen von Bilbeis den Eindruck hatte, dass das Leben und die Menschen durch den Tag dahintreiben«. Diesen Unterschied zwischen Sekem und dem übrigen Ägypten habe Abuleish den deutschen Besuchern damit erklärt, dass »er und

»Der Keim zum Genie ist der arischen Rasse bereits in ihre atlantische Wiege gelegt«

faule und schmutzige ÄgypterInnen handelt, zu erziehen und geistig wenigstens auf die Stufe der Griechen und Römer zu hieven.

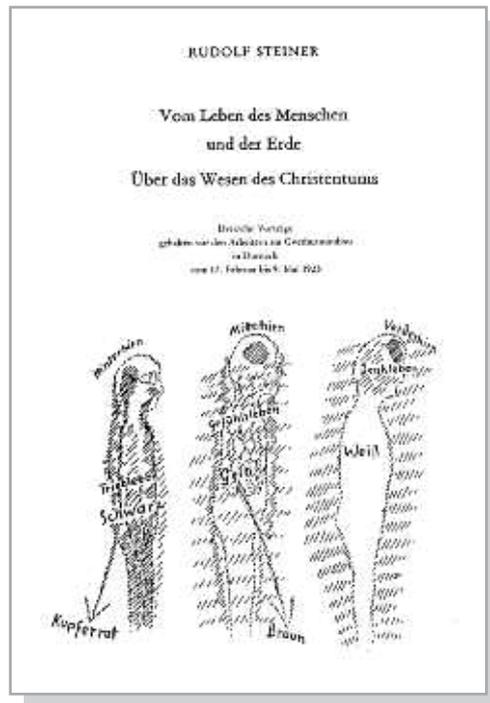
Diesen spezifisch paternalistischen Rassismus entwickelte Steiner bereits als Student in Wien, als er esoterischen Hokusfokus noch strikt ablehnte. Im Gegensatz zu den Deutschvölkischen, die das Habsburgerreich zerschlugen und dessen deutschsprachige Gebiete an das Deutsche Reich angliedern wollten, vertrat Steiner die Idee eines Kulturauftrags der Deutsch-Österreicher, die er von seinen Mentoren, dem Dichter Johann Kleinfercher und dem Literaturprofessor Karl Julius Schröer, übernahm. »Die Slawen müssen noch lange leben, bis sie die Aufgaben, die dem deutschen Volk obliegen, verstehen, und es ist eine ungeheure Kulturfeindlichkeit, dem Volksstamm [gemeint sind die Deutschen, PB] bei jeder Gelegenheit Prügel vor die Füße zu werfen, von dem man das geistige Licht empfängt, ohne welches einem die europäische Bildung ein Buch mit sieben Siegeln bleiben muss«, schrieb Steiner als Redakteur eines deutschnationalen Blatts.<sup>13</sup>

### »Judentum hat keine Berechtigung«

► Geboren am 27. Februar 1861 als Sohn eines Bahnbeamten in Kraljevec, damals Teil der Donaumonarchie, heute Kroatiens, wuchs Steiner in einem antisemitischen und nationalistischen Milieu auf. 1888 notierte er: »Das Judentum als solches hat sich aber längst ausgelebt, hat keine Berechtigung innerhalb des modernen Völkerlebens, und dass es sich dennoch erhalten hat, ist ein Fehler der Weltgeschichte, dessen Folgen nicht ausbleiben konnten.«<sup>14</sup> Nach dem Studium schlug sich Steiner als akademischer Gelegenheitsarbeiter durch, bis er um 1900 eine Karriere in Berlin bei den Theosophen begann und Generalsekretär der deutschen Sektion dieser esoterischen Strömung wurde.

Die theosophische Lehre von den sieben Wurzelrassen, die angeblich als körperliche Träger einer spirituellen Weiterentwicklung auf diesem Planeten fungieren, entwickelte er weiter. Schwarze galten ihm als triebgesteuert und kindlich (»Der Neger hat also ein starkes Triebleben«), Asiaten als dekadent, Indianer als vergeist und Juden als intellektualistisch-erstarrt. Steiner warnte weiße Frauen davor, in der Schwangerschaft Romane zu lesen, in denen Schwarze vorkämen. Sie würden sonst Mulattenkinder bekommen. Dabei hätte der »Neger« nichts in Europa zu suchen, agitierte Steiner.

Solche und andere Hirngespinnste nahmen und nehmen seine AnhängerInnen für bare Münze. Sie verehrten ihn als »Menschheits-



seine führenden, meist europäischen Mitarbeiter, die Verhältnisse aus der Bewusstseinsseele heraus zielvoll führen«. Die »Führungsstruktur der Sekem-Organisation« baue auf einer »der Empfindungsseele entsprechenden pharaonischen Hierarchie auf« und andererseits auf Elementen, die, »aus der Bewusstseinsseele stammend, die Sekem-Mitarbeiter behutsam zum Erwachen der Verstandesseele hin erziehen.«<sup>12</sup>

Demnach benutzen AnthroposophInnen also Hierarchien, die sich am Vorbild der antiken Sklavenhaltergesellschaft orientieren, um ein profitables Unternehmen zu führen und ihre Arbeitskräfte, bei denen es sich eigentlich um zurückgebliebene, antriebslose,

führer« und glaubten, er sei die Wiedergeburt von Aristoteles und Thomas von Aquin. Seine Vorstellungen über Reinkarnation und Karma gelten bis heute als konzeptionelle Grundlage der Waldorfschulen. Darum sei »die gesamte Waldorfpädagogik in ihrem Kern auf einem Menschenbild (aufgebaut), für das Karma und Reinkarnation zentrale Tatsachen sind«, konstatiert der Waldorfpädagoge Valentin Wember 2004 in der Zeitschrift *Erziehungskunst*, dem Organ des Bundes der Waldorfschulen. Über frühere Erdenleben anderer zu spekulieren, gilt zwar als taktloses Eindringen in die Privatsphäre, für WaldorflehrerInnen gibt es aber eine Ausnahme. Ihnen ist »behaltsames Spekulieren« erlaubt. AnthroposophInnen glauben, dass der Leib eines Kindes von Kräften geformt wird, die auf frühere Erdenleben zurückgehen.

Wer in einem früheren Leben gelogen hat, dessen Leib sei in der nächsten Verkörperung davon geprägt, und er oder sie werde als geistig Behinderte/r wieder geboren. »Jetzt kann der Mensch die Wahrheit nicht mehr richtig erfassen, er wird schwachsinnig«, schreibt Wember. Dieser Zusammenhang sei »eine spirituelle Gesetzmäßigkeit, die der Geistesforscher Rudolf Steiner entdeckt hat«. Der Erzieher solle sich vorstellen, dass er derjenige war, der im früheren Leben belogen wurde. Er müsse dem behinderten Kind verzeihen und ihm die Wahrheiten des geistigen Lebens beibringen. Der Erzieher arbeite auch »karmische Schuld« von Kindern ab. Schon von diesem Ansatz her ist Waldorfpädagogik bevormundend und anmaßend, elitär und antidemokratisch, weil LehrerInnen, die okkulte Zusammenhänge deuten, alles besser wissen.

Dazu passt, dass kritisches Denken laut Steiner Kinder und Jugendliche vergifte. Erst mit der Geschlechtsreife, wenn der »Ätherleib« enthüllt werde, dürfen die LehrerInnen die Urteilskraft der Jugendlichen entwickeln, sie dürfen sich »den Schnabel wetzen«. Allerdings sollen reines »Kopfwissen« und »Intellektualismus« vermieden werden. Als didaktische Methode pries Steiner die Wiederholung. Intellektualität war ihm suspekt: »Alles Intellektuelle ist greisenhafter Wille, ist schon der Wille im Alter.« Über Sexualität und Erotik zu sprechen, ist in Waldorfschulen verpönt. Steiner empfahl stattdessen, den Sinn für das Erhabene und Schöne in der Natur zu fördern. Erst seit 2002 wird in Waldorfkreisen über Sexualkunde debattiert. Passend dazu steht die Anthroposophie mit der wissenschaftlichen Evolutionstheorie auf Kriegsfuß und geht davon aus, dass der Affe vom Menschen abstammt. Nach Ansicht Steiners sind Affen und Indianer »dekadente« Seitenzweige auf dem Weg zum Arier.

Begriffe wie »Wurzelrassen« oder »Rassen« meiden Steiners JüngerInnen heute, sie sprechen lieber von »Kulturepochen«. Dass

menschliche »Rassen« nur in den Köpfen von RassistInnen existieren, hat sich in anthroposophischen Kreisen nicht verlässlich herumgesprochen. Ein Beispiel: »Der Keim zum Genie ist der arischen Rasse bereits in ihre atlantische Wiege gelegt«, schrieb der Waldorflehrer Ernst Uehli, ein enger Mitarbeiter Steiners. Das Buch war in einer Broschüre zu finden, die die Pädagogische Forschungsstelle des Bundes der Freien Waldorfschulen 1998 unter dem Titel »Literaturangaben für die Arbeit des Klassenlehrers an einer Freien Waldorfschule« herausgab. Das Heft enthält eine Übersicht über die Literatur, »die bei der Vorbereitung der Hauptunterrichtsepochen der Klassen 1-8 herangezogen werden kann«.

Empfohlen wurde kein einziges seriöses Sachbuch, etwa über die NS-Zeit für den Geschichtsunterricht, sondern überwiegend anthroposophische Werke aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, einige davon wie das Buch Uehlis gespickt mit Geschichten über ominöse »Wurzelrassen« und die Wanderungen der »Arier«. In den empfohlenen Büchern lesen wir, der Italiener sei heiter und impulsiv und lüge aus Höflichkeit, der Brite

wäre dagegen kühl und materialistisch. Der Araber wird als hart, leidenschaftlich, kalt und berechnend dargestellt. Russen werden als jähzornig,

brutal, rücksichtslos, gewalttätig, herrisch, ungeduldig, launisch, schicksalsergeben, leidensfähig, unzuverlässig und unpünktlich beschrieben. Der Asiate gilt als dekadent, er ist ein cholischer Mongole oder ein phlegmatischer Malaie. Der Japaner lebe in leichten Holzhäusern mit Strohdächern, er lächle immer und unergründlich, dahinter verberge sich aber mitleidlose Härte.

### Leugnen und verdrängen

► Im Herbst 2007 erklärte die Bundeszentrale für jugendgefährdende Schriften, zwei Steiner-Bücher enthielten Passagen, die heute als rassistisch eingestuft würden. Das war die erste offizielle Feststellung des Rassismus in Grundlagenwerken der Anthroposophie. Kurz darauf berichtete das Magazin *Stern*, dass Andreas Molau, ein früherer Waldorflehrer und damals Spitzenkandidat der NPD für die Landtagswahlen in Niedersachsen, zusammen mit Lorenzo Ravagli, einem langjährigen Waldorf-Funktionär, ein Buch publizieren wollte. Ravagli hat etliche Pamphlete produziert, in denen er Vorwürfe des Rassismus und Antisemitismus gegen die Anthroposophie zurückweist. Das Buch erschien nicht, aber Ravagli ist bis heute Redakteur der Zeitschrift *Erziehungskunst*, die der Waldorfschulverband herausgibt.

In der Stuttgarter Ausstellung hingen unter anderem zwei Bilder von Lionel Feininger,

als Beleg für die angebliche Inspiration der modernen Malerei durch Steiner. Was die AusstellungsmacherInnen nicht thematisierten: 1924 erschien im Goetheanum ein Verriss, in dem Feininger kühl-zersetzender Verstand vorgeworfen wurde. Seine Werke zeigten erstarrende Gebilde, sie seien »zeit-angekränkt«, maschinell, ahimmanisch, von »luziferischem Eigenseinwollen«. <sup>15</sup> Wie die Nazis lehnten AnthroposophInnen moderne Kunst und Architektur sowie Jazz-Musik als entartend und das deutsche Blut vergiftend ab. Leugnen und verdrängen – das ist die Strategie der AnthroposophInnen im Umgang mit Kritik. Daran hat sich im Steiner-Jubiläum 2011 wenig geändert.

### Anmerkungen

- 1 Yuji Agematsu: Große Prüfung Japans. Die Schwarze Welle. Das Goetheanum, Heft 11/12, März 2011, S.1ff.
- 2 Daniel Moreau: Kontextualisierung: Gefährliche Gegensätze. Das Goetheanum, Heft 11/12, März 2011, S.3ff.
- 3 Rudolf Steiner: Gegensätze in der Menschheitsentwicklung, Gesamtausgabe (GA) Band 197, S.164
- 4 Rudolf Steiner: Vom Leben des Menschen und der Erde. Über das Wesen des Christentums. GA 349, S.59
- 5 *Erziehungskunst*. Zeitschrift zur Pädagogik Rudolf Steiners. Herausgeber Bund der Freien Waldorfschulen e.V. 2001, S.925f.
- 6 Ute Siebert: Offener Brief an Lorenzo Ravagli. Berlin, 20.3.2001
- 7 K.D.: Leserbrief an die Junge Welt, 4.9.2000
- 8 C.J. van Houten: Süd-Afrika und das Bewusstseinsseelen-Zeitalter. Das Goetheanum, Heft 37, 1971, S.298
- 9 Andreas Suchantke: Sonnensavannen und Nebelwälder. 1972, S.23ff.
- 10 Claartje Wijnbergh: Waldorfpulse für das Erziehungswesen im schwarzen Südafrika. Das Goetheanum, Heft 21, 1987, S.158
- 11 Rudolf Steiner: Soziales Verständnis aus geisteswissenschaftlicher Erkenntnis, GA 191, S.110, ders., Die Mission einzelner Volksseelen, TB (Taschenbuch) 613, S.171ff.
- 12 Bund der Freien Waldorfschulen: Lehrerrundbrief Nr.61, November 1997, S.60ff.
- 13 Rudolf Steiner: Die Deutschen in Österreich und ihre nächsten Aufgaben. GA 31, S.141f.
- 14 Rudolf Steiner: Robert Hamerling – Homunkulus. GA 32, S.145f.
- 15 Lena Maaß: Deutsche Kunsteindrücke. Das Goetheanum, Heft 26, 1924, S.204f.

► Peter Bierl ist Autor des Buches »Wurzelrassen, Erzengel, Volksgeister. Die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik« (Hamburg 2005, zweite überarbeitete Auflage, Konkret Literatur Verlag). Er steht für Lesungen, Vorträge und Diskussionen zur Verfügung.

# Blinde Flecken auf der Leinwand

## Die Ausgrenzung der Dritten Welt in Filmen über den Zweiten Weltkrieg

**Der Zweite Weltkrieg war im wahrsten Sinne des Wortes ein Welt-Krieg, der auf allen Kontinenten ausgetragen wurde. In ihm kämpften mehr Soldaten aus der Dritten Welt als aus Europa. Umso mehr irritiert, wie konsequent die Beteiligung von Menschen aus der Dritten Welt an diesem Krieg nicht nur in der Geschichtsschreibung, sondern auch in den Medien und im Kino ignoriert wird.**

von **Karl Rössel**

► Die Zahl der Spielfilme über den Zweiten Weltkrieg ist unüberschaubar. Es gibt kein anderes historisches Ereignis, das sich so umfassend in der internationalen Kinematographie widerspiegelt. Und doch gibt es bislang kaum einen Spielfilm aus einer der kriegführenden Nationen, in dem die Rolle der Kolonisierten angemessen dargestellt wäre. Meist dienen ehemalige Kolonien in Kriegsfilmern lediglich als exotische Kulisse für die Heldentaten weißer Soldaten, und »Einheimische« treten allenfalls als StatistInnen oder als gefügige Untertanen auf.

Der Schriftsteller Eduardo Galeano aus Uruguay beschreibt in seinem Buch »Das Jahrhundert des Sturms – Erinnerungen an das Feuer«, wie sich die von der US-Regierung während des Zweiten Weltkriegs ausgerufene »neue Partnerschaft« mit den lateinamerikanischen Ländern in Filmen aus Hollywood widerspiegelte: »Die Länder Lateinamerikas geben als ihren Beitrag billige Rohstoffe, billige Nahrungsmittel und den einen oder anderen Soldaten. Das Kino rühmt die gemeinsame Sache... Donald Duck bekommt einen brasilianischen Freund, den kleinen Papagei José Carioca.« In den Hollywoodfilmen der Kriegsjahre brächten die Helden »auf pazifischen Inseln oder europäischen Schlachtfeldern haufenweise Japaner und Deutsche um: Jeder Star hat an seiner Seite einen sympathischen, etwas trägen und einfältigen Latino, der den blonden Bruder aus dem Norden bewundert und ihm als Echo und Schatten dient, als treuer Knappe, lustiger Musikant, als Bote und als Koch.«

### Barmänner, nicht Partisanen

► Ein Beispiel für Filme dieser Art vor asiatischer Kulisse ist **Schnellboote von Bataan** von John Ford (1945), den öffentlich-rechtliche

Fernsehsender immer wieder rund um Jahrestage des Kriegsbeginns oder -endes ausstrahlen. Darin zeigen US-amerikanische Soldaten eines Schnellbootgeschwaders nach dem japanischen Angriff auf die Philippinen im Dezember 1941, »was in ihnen und ihren Boo-

richten über den Zweiten Weltkrieg teilweise bewusst ausgespart. Schließlich waren auch die Gesellschaften der alliierten Kriegsnationen durch und durch rassistisch. Das US-Verteidigungsministerium ließ 1944 eigens einen Propagandafilm mit dem Titel **The**



Kommt bei Guido Knopp nicht vor:  
Dorfbewohner Neuguineas schleppen Lasten von der Küste  
zu den alliierten Truppen in den Bergen

ten steckt«. In der Realität kämpften Hunderttausende philippinische Soldaten und Partisanen von 1942 bis 1944 alleine gegen die japanischen Invasoren, da die Truppen ihrer US-amerikanischen Kolonialherren das Land schon nach den ersten japanischen Angriffen fluchtartig verlassen hatten. Als die alliierten Truppen nach fast drei Jahren auf die philippinischen Inseln zurückkehrten, waren die meisten Provinzen des Landes von antijapanischen Guerillas bereits befreit. Mehr als eine Million Filipinos und Filipinas bezahlten ihren Widerstand gegen die japanischen Besatzer mit dem Leben, allein auf der Halbinsel Bataan waren es Zehntausende. In dem Film von John Ford gibt es jedoch weder philippinische Soldaten noch Partisanen. Filipinos treten darin nur als Barmänner und Messdiener auf.

Bilder von Kolonialsoldaten blieben auch in Kriegsreportagen und Wochenschaube-

**Negro Soldier** produzieren, um in der von Rassentrennung geprägten US-amerikanischen Gesellschaft Verständnis für die Einsätze afroamerikanischer Soldaten in den Streitkräften zu wecken. Insgesamt kämpften etwa 1,2 Millionen schwarze US-Soldaten im Zweiten Weltkrieg, aber in den Spielfilmen über diesen Krieg sind sie meist ebenso wenig zu sehen wie die Bevölkerungen der Kolonien, in denen er ausgetragen wurde.

An dieser Ausblendung hat sich bis in die jüngste Vergangenheit wenig geändert, wie der US-amerikanische Kriegsfilm **Der Schmale Grat** von Terrence Malick demonstriert, der 1999 bei der Berlinale mit der höchsten Auszeichnung bedacht wurde, dem Goldenen Bären. Der Film spielt auf den Salomon-Inseln, die 1942 eines der Hauptschlachtfelder des Zweiten Weltkriegs im Südpazifik waren. Dort rekrutierten japani-

sche wie alliierte Militärs Tausende Insulaner, nicht selten mit Zwang: als Frontsoldaten, Kundschafter, Küstenwächter, Spione, Führer, Funker, Sanitäter, Träger, Fahrer, Fischer und als Hilfsarbeiter beim Bau von Flugpisten, Straßen, Hafenanlagen, Bunkern und Kasernen. Einheimische Frauen dienten den fremden Soldaten als Köchinnen, Wäscherinnen und Prostituierte.

In dem fast dreistündigen Berlinale-Gewinnerfilm taucht nur in einer Szene ein einzelner Insulaner im Lendenschurz auf, der scheinbar unbeteiligt an einer US-amerikanischen Einheit vorbei schlendert, und es gibt eine kurze Sequenz über ein Dorf unter Pal-

auf der kleinen Insel Tulagi 1945 völlig ausgebombt war, musste auf Kriegstrümmern unweit des Flughafens eine neue Hauptstadt aus dem Boden gestampft werden: Honiara. Der Weg vom Flughafen dorthin ist noch heute mit verfallenen Baracken und Bunkern, Geschützen und Bombenkratern, Flugzeugwracks und verrotteten Panzerteilen gesäumt. An den Stränden der Insel rosten Wracks von Kriegsschiffen und Landebooten vor sich hin. Die Hügel westlich von Honiara heißen seit dem Krieg selbst auf Landkarten »Bloody Ridge« (»Blutiger Grat«), weil dort erbitterte Schlachten stattfanden. Und die Meerenge vor der Hauptstadt wird »Iron Bot-

auf Guadalcanal teilgenommen hat und es somit besser wissen müsste.

### Mythos vom River Kwai

► Dass in Filmen wie **Höllenhunde des Pazifik** mit Ronald Reagan in der Hauptrolle und **Der Seemann und die Nonne** von John Huston, der »1944 irgendwo im Südpazifik« spielen soll, die BewohnerInnen der Region keine Rolle spielen, verwundert nicht. Denn diese 1957 realisierten, klischeebeladenen Streifen stammen aus einer Zeit, als die Befreiung von kolonialer Herrschaft in vielen Teilen der Welt noch ausstand. (In Hustons



Fotos: Archiv Rössel / iz3w-Archiv

Nach der Befreiung der Insel Tarawa von japanischer Besatzung überreichen Frauen und Kinder den alliierten Truppen einen Bastteppich mit der Inschrift: »Unser Beitrag zum Krieg«. – Im Spielfilm von Clint Eastwood gibt es nur US-amerikanische und japanische Kriegsteilnehmer

Weiß, männlich, gewalttätig: John Wayne und Robert Montgomery in »Schnellboote vor Bataan«

men, in dem der US-amerikanische Protagonist des Films Ruhe vom Kriegsgeschehen und eine Freundin unter den einheimischen Mädchen sucht. Die idyllischen Bilder aus dem Dorf vermitteln den Eindruck, als seien die InselbewohnerInnen vom Krieg verschont geblieben und hätten weit weg vom Kampfgeschehen gelebt.

De facto waren die Salomon-Inseln bei Kriegsende jedoch so zerstört, dass die Folgen noch sechs Jahrzehnte später unübersehbar sind. Wer die Hauptinsel Guadalcanal heute besucht, landet auf dem Henderson Air Field, einem Flughafen, der im Krieg gebaut und nach einem dort gefallenen US-Offizier benannt wurde. Da der Sitz der britischen Kolonialverwaltung

»Jeder Star hat an seiner Seite einen sympathischen, etwas trägen und einfältigen Latino«

tom Sound« genannt, »Sund mit eisernem Boden«, da hier 48 japanische und US-amerikanische Kriegsschiffe auf dem Grund des Pazifiks verrotten.

38.000 japanische Soldaten und mehr als 7.000 US-amerikanische kamen bei den Kämpfen auf den Salomonen ums Leben. Wie viele BewohnerInnen der Inseln starben, ist nicht bekannt, denn ihre Opfer wurden – wie in den meisten Kolonien – nicht gezählt. Es müssen Tausende gewesen sein. Aber in einem Spielfilm wie »Der Schmale Grat« wird ihr Einsatz nicht einmal erwähnt, obwohl das Drehbuch auf dem Roman eines Soldaten namens James Jones beruht, der selbst an den Schlachten

Film ergreifen »die Eingeborenen« schon bei den ersten Anzeichen japanischer Angriffe panikartig die Flucht von einem fiktiven Atoll, so dass nur ein unerschrockener US-amerikanischer Seemann und eine weiße Nonne dort zurückbleiben.)

Aus demselben Jahr stammt auch der Spielfilm **Die Brücke am Kwai**, der 1957 drei Oscars gewann und dessen Musik, der River Kwai-March, zum Evergreen wurde. Der Film erzählt vom Bau der Thailand-Burma-Bahn, einem der größten Bauprojekte der japanischen Streitkräfte im Zweiten Weltkrieg. Die Bahnlinie sollte die thailändische Hauptstadt Bangkok mit dem burmesischen Rangun verbinden. Zwangsarbeiter mussten dafür 1942/43 über 415 Kilometer Schienen durch hohe Berge und unzugängliche Dschungel verlegen. Denn die geplante Eroberung Indiens ließ sich nur bewerkstelligen, wenn

große japanische Truppenkontingente mit- samt schwerem Gerät rasch an die Front nach Burma geschafft werden konnten. Tatsächlich rollten schon ab Oktober 1943 täglich 3.000 Tonnen Waffen und Nachschub über diese Bahnstrecke.

Die Strecke führt allerdings gar nicht über den River Kwai, wie die Filmhandlung vorgibt. »Aber viele einflussreiche Leute aus der Tourismusbranche haben den Mythos aufrechterhalten«, erzählt Hugh Cope, Geschäftsführer des »Thailand-Burma-Eisenbahnzentrums« in Kanchanaburi. Damals lag hier die japanische Kommandozentrale für die Bauarbeiten, am Zusammenfluss des kleinen und großen Kwae, der in seinem weite- ren Verlauf Mae Khlong heißt. Ausländische Besucher ließen sich von der »Brücke über den River Kwai« bis heute »magisch anzie- hen«, erklärt Cope, »und thailändische Ge- schäftsleute profitieren von dieser Neugier«, weshalb der Drehort des Films bis heute weitaus bekannter ist als der reale historische Schauplatz.

Das Drehbuch des Spielfilms beruht auf einer Erzählung des Fran- zosen Pierre Boulle, der selbst Kriegsgefangener war. Er beschreibt, dass die Japaner die Bahnar- beiter wie Sklaven behan- delten. Allerdings sind in dem Film fast ausschließ- lich alliierte Kriegsgefange- ne zu sehen. Tatsäch- lich setzten die Japaner auch etwa 62.000 nieder- ländische, australische, britische und US-amerika- nische Gefangene als Zwangsarbeiter ein, etwa 12.000 von ihnen überlebten die Tortu- ren nicht. Doch an der Strecke arbeiteten dreimal so viele Asiaten, rund 200.000 Mann, und von ihnen kam fast die Hälfte um.

Videoaufnahmen und Dokumente im Museum von Kanchanaburi zeigen, dass die Japaner sie wie Vieh in Eisenbahnwaggon- s aus den besetzten Ländern Südostasiens her- antransportierten. Sie pferchten sie in Bam- bushütten, deren Böden sich in der Regen- zeit in glitschigen Morast verwandelten. Koreanische Vorarbeiter trieben sie erbar- mungslos an, und Krankheiten wie Malaria und Cholera rafften täglich Hunderte dahin. In der Umgebung von Kanchanaburi gibt es mehrere Friedhöfe, auf denen die Opfer der »Todesbahn« begraben sind. Die Gräber der alliierten Kriegsgefangenen werden im Auf- trag der britischen »Commonwealth War Graves Commission« gepflegt, und auf den meisten Grabsteinen sind die Namen der To- ten eingraviert. An die fast 100.000 asiati- schen Opfer dagegen erinnern nur einige na- menlose Gräber und Gedenksteine mit der

Inschrift »Ihre Namen kennt nur Gott allein«. Bevor die Japaner im Zweiten Weltkrieg kapi- tulierten, vernichteten sie in Burma und Thailand sämtliche Akten über die asiati- schen Zwangsarbeiter. Das kleine private Museum in Kanchanaburi bemüht sich da- rum, die Erinnerung an sie wach zu halten, während der weltweit gezeigte Spielfilm über den Eisenbahnbau mit dazu beiträgt, sie zu verschütten.

### Komplett ignorierte Zwangsumsiedlung

► Selbst bei anspruchsvollen Projekten wie **Flags of our fathers** und **Letters of Iwo Jima** von Clint Eastwood aus dem Jahre 2006 setzt sich die Ausblendung der Kolonisierten in westlichen Filmproduktionen über den Zweiten Weltkrieg nahezu unverändert fort. In diesen beiden Spielfilmen wird die Ge- schichte des Kampfes um die nordpazifische Insel Iwo Jima im Jahr 1944 aus verschiedenen Perspektiven erzählt: im ersten Film aus Sicht US- amerikanischer Soldaten, im zweiten aus der ihrer japanischen Gegen- ner. Dies ermöglicht eine faszinierende Gegen- überstellung, die sich – positiv betrachtet – als eindrucksvolles Plädoyer gegen den Krieg inter- pretieren lässt. Über die Figur von Ira Hayes er- innert Eastwood im er- sten Film auch an den vergessenen Einsatz der



etwa 25.000 Native Americans im Zweiten Weltkrieg. Der Film zeigt, dass Hayes nach der Eroberung von Iwo Jima zwar die US- Flagge auf einer Bergkuppe der Insel hissen durfte, aber nach seiner Heimkehr in die Ver- einigten Staaten als Native American weiter- hin diskriminiert wurde und in US-amerikanischen Knei- pen kein Bier trinken durfte. Er starb schließlich verarmt und vergessen in einem Stra- ßengraben.

Die BewohnerInnen der nordpazifischen Inseln je- doch, auf denen die beiden Filme spielen, werden auch von Clint East- wood komplett ignoriert. Zwar setzt er den Aufmarsch der US-Marine mit Dutzenden Kriegsschiffen von der Insel Tarawa im Zen- tralpazifik, die bis 1944 von japanischen Truppen besetzt war, eindrucksvoll ins Bild. Aber er verschweigt, dass BewohnerInnen der Insel ihr Leben unter der japanischen Be- satzung riskierten, um die alliierten Militärs über geheime Funkstationen vor japanischen

Kriegsschiffen und anrückenden Bombenge- schwadern zu warnen. Nur dank dieser Infor- mationen konnten alliierte Truppen auf der Nachbarinsel Funafuti eine Fluggpiste bauen, was die Bombardierung der japanischen Stel- lungen auf Tarawa ermöglichte. Dafür wur- den die 4.000 BewohnerInnen der Insel auf ein kleines Eiland zwangsumgesiedelt und 2.000 einheimische Männer für ein Arbeits- bataillon rekrutiert, das Zehntausende Kokos- palmen fällen musste, um Platz für die Start- bahn zu schaffen. Die InselbewohnerInnen verloren damit ihre Lebensgrundlage und lei- den darunter bis heute. In den beiden Filmen von Clint Eastwood, die zusammen mehr als fünf Stunden dauern, ist von alledem nichts zu sehen.

### Ausgeblendete Kriegsjahre

► Unverhohlener noch als die genannten Spielfilmregisseure stellt der bekannteste deutsche Fernsehhistoriker, Guido Knopp, den Kriegsverlauf im Pazifik auf den Kopf. In der von ihm betreuten Reihe ZDF-History prä- sentierte Knopp am 4. September 2004 eine Dokumentation mit dem Titel »Von Hawaii nach Iwo Jima – Der Krieg im Pazifik«. Darin wurde behauptet, die meisten der im Zweiten Weltkrieg umkämpften pazifischen Inseln seien »unbewohnt« gewesen. Folglich kam in der 45-minütigen Sendung auch kein/e ein- zige/r InsulanerIn zu Wort. Dabei lebten allein in Neuguinea zwei Millionen EinwohnerIn- nen, als 1942 japanische und alliierte Soldaten auf der Insel einmarschierten. Um ihren Krieg in den unwegsamen Bergen Neuguinea- as austragen zu können, rekrutierten Japaner wie Alliierte dort jeweils 50.000 einheimische Träger, Hilfsarbeiter und Soldaten.

Den ZDF-HistorikerInnen war deren Schicksal kein Wort und kein Bild wert, eben- so wenig wie das von Hunderttausenden wei- terer BewohnerInnen der pazifischen Inseln, auf denen der Krieg ausgetragen wurde. Die ZDF-AutorInnen übersprangen einfach die entscheidenden Jahre des Pazifikkrieges 1942 und 1943 und gingen vom japanischen Angriff auf die US-Flotte in Pearl Harbor Ende 1941 (auf der dicht bewohnten Insel O’ehu in Hawaii gelegen) direkt zum Kampf um das tatsächlich von ZivilistInnen geräumte Felseiland Iwo Jima in der Schlussphase des Krieges 1944/45 über.

Dabei hätte schon ein Blick ins Internet den ZDF-HistorikerInnen gezeigt, welche gravierenden Folgen der Zweite Weltkrieg in den Jahren zwischen diesen beiden Ereignis- sen für die BewohnerInnen des Pazifiks hatte – vom Süd- über den Zentralpazifik bis nach Mikronesien. Auf der dortigen Inselgruppe Palau kam im Krieg ein Drittel der Bevölke- rung um, auf Guam stand nach der »Befrei-

Kriegserfahrungen von Kolonialisierten sind in Fernseh-Dokus nicht der Rede wert

ung« nahezu kein Haus mehr. Die Folgen des Krieges für die BewohnerInnen der pazifischen Inseln sind detailliert erforscht und dokumentiert worden – etwa von HistorikerInnen der Universität des Südpazifiks in Hawaii. Und es gibt ausgezeichnetes Filmmaterial darüber, wie etwa die preisgekrönte australische Dokumentation **Angels of war** aus dem Jahr 1982. Der Film wurde damals auch im Forum der Berliner Filmfestspiele vorgestellt. ZeitzeugInnen aus Neuguinea schildern darin die verheerenden Folgen des Zweiten Weltkriegs für die BewohnerInnen der Insel.

### Neuaufgabe der »schwarzen Schmach«

► Dass Kriegserfahrungen von Kolonisierten in hiesigen Fernseh-Dokumentationen bis heute nicht der Rede wert sind, zeigte unlängst eine Produktion des Hessischen Rundfunks. Die Dokumentation **1945 – Als die Franzosen Deutschland besetzten** von Christine Rütten, die im Mai 2011 gleich dreimal in arte ausgestrahlt wurde, kommt zwar nicht umhin zu erwähnen, dass zu den fran-

zösischen Truppen, die Süddeutschland besetzten, auch afrikanische Kolonialsoldaten gehörten. Es sind sogar Bilder von nordafrikanischen Truppen zu sehen. Doch als InterviewpartnerInnen tauchen auch in diesem Film ausschließlich weiße französische und deutsche ZeitzeugInnen auf. Deutsche Frauen schildern rückblickend ihre »Angst« vor den einrückenden »schwarzen« Soldaten, und der Off-Kommentar liefert mit Verweisen auf »Übergriffe« und »Vergewaltigungen« durch marokkanische Soldaten die Begründung dafür. Erst am Bodensee hätten die französischen Kommandanten ihre Kolonialtruppen »im Griff« gehabt, heißt es da zum Beispiel. Kein marokkanischer Zeitzeuge und auch keiner der französischen Offiziere, die Kolonialtruppen befehligt haben, werden zum Realitätsgehalt dieser einseitigen Berichte über Kriegsverbrechen von Afrikanern befragt, und afrikanische Historiker schon gar nicht.

Dabei wäre zum Beispiel in Belkacem Rechams Studie »Les musulmans algériens dans l'armée française« nachzulesen gewesen, dass Gewalt gegen Frauen auch in Süd-

deutschland keineswegs nur oder überproportional von Afrikanern ausgeübt wurde, sondern auch von französischen und russischen Soldaten. Ihnen hatten deutsche Soldaten in den von der Wehrmacht besetzten Ländern jahrelang vorexerziert, wie man die Zivilbevölkerung terrorisiert. Von der HR-Dokumentation hingegen bleibt der Eindruck zurück, dass (Süd-)Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg einmal mehr von einer »schwarzen Schmach« heimgesucht worden sei, so wie es Geschichtsrevisionisten schon nach dem Ersten Weltkrieg verbreitet hatten.

Damit auch Erfahrungen von Kolonialsoldaten aus dem Zweiten Weltkrieg endlich in (Spiel-)Filmen zum Sujet wurden, mussten Kriegsteilnehmer aus der Dritten Welt schon selbst Kameras zur Hand nehmen.

*Dazu mehr in der nächsten Ausgabe der iz3w.*

► **Karl Rössel** arbeitet beim Rheinischen JournalistInnenbüro und bei Recherche International e.V. Er ist Koautor des Standardwerks »Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg«.

## Wie die Nazis aus »Casablanca« verschwanden

► Der Spielfilm »Casablanca« (USA 1942) zeigt die marokkanische Hafenstadt zur Zeit des Zweiten Weltkriegs als Treffpunkt von Verfolgten, Abenteurern, Widerstandskämpfern, Faschisten und Mitläufern. Er erzählt die Geschichte zweier Liebender, die durch den deutschen Einmarsch in Paris voneinander getrennt wurden. Rick (Humphrey Bogart) betreibt danach in Casablanca eine Bar, bis seine Geliebte Lisa (Ingrid Bergmann) in die Stadt kommt, um ihren Mann, den Widerstandskämpfer Victor Laszlo, vor den Nazis in Sicherheit zu bringen. In dem Film verdeutlicht der deutsche Major Strasser den Einfluss des NS-Regimes auf die französischen Kolonien zur Zeit des Kollaborationsregimes von Vichy, das auch Arbeitslager für Oppositionelle in Nordafrika betrieb. So mussten zum Beispiel Häftlinge aus Lagern im Südosten Marokkos Schienen durch Wüstengebiete verlegen, weil die Vichy-Behörden eine Eisenbahn durch die Sahara bis an den Niger bauen wollten, um Rohstoffe für den Krieg der Achsenmächte heranzuschaffen.

Den Widerstand repräsentieren in dem Film Franzosen, die sich in *Ricks Café* treffen und Nazigesänge von deutschen Militärs mit der Marseillaise übertönen. Der französische Ortskommandant, Captain Renault, ist korrupt und nutzt die Not politisch Verfolgter aus, die in Casablanca stranden, und denen nur er Papiere besorgen kann. Aber er ist kein Freund des Vichy-Regimes und deckt deshalb

in der dramatischen Schlusszene Rick, als der am Flughafen der Stadt den Nazimajor Strasser erschießt, um Laszlo und Lisa zur Flucht zu verhelfen. Dieser Beginn »einer wunderbaren Freundschaft« zwischen Renault und Rick gehört zu den bekanntesten Szenen der Filmgeschichte. Renault wirft demonstrativ eine Mineralwasserflasche aus Vichy in den Mülleimer des Flughafens und rät seinem neu gewonnenen Freund Rick, eine Weile ins zentralafrikanische Brazzaville zu reisen, bis sich – nach dem Tod General Strassers – die Lage wieder beruhigt habe. Brazzaville ist damals die Hauptstadt Französisch-Äquatorialafrikas und die einzige Kolonie, die De Gaulles Aufruf zum Widerstand gegen Nazideutschland und Vichy gefolgt ist. Hier verfügen seine – überwiegend aus Afrikanern bestehenden – Truppen des Freien Frankreichs über ihren ersten Stützpunkt, und hier sind auch Verfolgte der Nazis seit 1942 in Sicherheit.

AfrikanerInnen kommen auch in diesem in Hollywood produzierten Film allenfalls als Statisten vor. Immerhin tauchen darin Verweise auf die Einbeziehung Afrikas in den Zweiten Weltkrieg auf – wenn auch nur am Rande. So wird der Widerstandskämpfer Laszlo verdächtigt, Waffen für die äthiopischen Partisanen geschmuggelt zu haben,

die seit 1935 in Ostafrika gegen die italienischen Invasionstruppen kämpfen. General Strasser steht stellvertretend für die deutschen Offiziere und Gestapo-Funktionäre, die seit dem Waffenstillstand zwischen Marschall Pétain und Hitler im Juni 1940 darüber wachten, dass die von der Vichy-Regierung zugesagten Rohstofflieferungen für

die deutsche Rüstungsindustrie aus den französischen Kolonien geliefert und politische Oppositionelle vor Ort verfolgt wurden.

Im westdeutschen Nachkriegsdeutschland war jedoch selbst das

schon zu viel der Erinnerungen an die faschistische Vergangenheit und die kolonialen Begierden der Nazis in Afrika. Bis 1970 lief »Casablanca« in der BRD nur in einer zensierten Fassung in den Kinos, aus der alle Verweise auf die Nazis und das Vichy-Regime heraus geschnitten worden waren. Den Widerstandskämpfer Laszlo hatten die deutschen Zensoren bei der Synchronisation in einen norwegischen Atomphysiker verwandelt. Der antifaschistische Gehalt des Films wurde so in eine unpolitische Agentenstory verfälscht, womit auch die zaghaften Anspielungen auf die Folgen des Zweiten Weltkriegs für Afrika einmal mehr von den hiesigen Kinoleinwänden verbannt waren.

Der antifaschistische Gehalt des Films wurde in eine unpolitische Agentenstory verfälscht

## Soziologie des Flüchtlingslagers

► In den Sozialwissenschaften ist mittlerweile in Anschluss an den Philosophen Giorgio Agamben die Auffassung verbreitet, dass Lager ein konstitutiver Teil der Moderne sind. Lager und das nackte Leben in ihnen zeichnen laut Agamben die souveräne Macht aus. Katharina Inhetveen untersucht nun **Die politische Ordnung des Flüchtlingslagers**, also diejenigen Formen, »in denen sich die Perspektiven, Interessen sowie die Handlungsbeschränkungen und -ressourcen der Akteure [niederschlagen], die [...] durch lagerinterne Strukturen und unterschiedliche [...] Außenbeziehungen geprägt sind.« Sie fragt nach (Wahrnehmungs-) Mustern, Entscheidungsprozessen und Machtdynamiken sowie Einflüssen auf die AkteurInnen des *aid business*.

Inhetveens Vergleichsmodell ist die idealtypisch vom US-amerikanischen Soziologen Erving Goffman beschriebene »totale Institution«, die das Leben der ihr ausgesetzten Menschen allumfassend bestimmt (wie etwa Gefängnisse). Als theoretisches Werkzeug zieht Inhetveen den Neo-Institutionalismus heran, der unter anderem die Interaktion zwischen Institutionen und Gesellschaft in den Blick nimmt. Sie geht davon aus, dass ein Flüchtlingslager »ein spezifischer Fall von auf Dauer gestellter institutioneller, organisatorischer und kultureller Heterogenität« sei, es aber für sich eine Einheit bilde – jedoch ohne integrierte Verwaltung mit eindeutigen Hierarchien oder kongruenten Außenbezie-

hungen. Nichtsdestotrotz ähneln sich Flüchtlingslager weltweit untereinander.

Empirischer Gegenstand von Inhetveens Studie sind zwei seit Jahrzehnten bestehende sambische Flüchtlingslager für AngolanerInnen. Viele ihrer Beschreibungen und Erkenntnisse überraschen nicht: So besteht eine große Distanz zwischen Flüchtlingen und den im Lager vertretenen Organisationen. Deren Arbeit wird zusätzlich dadurch unterminiert, dass die Hierarchien zwischen UNHCR, Gastland-Regierung sowie den im Lager arbeitenden NGOs nicht klar definiert sind. Die Mutterorganisationen der NGOs außerhalb des Lagers bleiben innerhalb der komplexen Beziehungsgefüge weisungsbefugt und interdependent. Hinzu kommt, dass sie zum Teil um dieselben Geldgeber konkurrieren.

Während diese Organisationen nach außen vom »humanitarian speak« geleitet sind, zählen nach innen organisationsrationale Prämissen. Die Flüchtlinge werden als »vulnerable victim« (verletzliches Opfer), als »cunning crook« (gerissener Betrüger) oder als Erziehungsgegenstand gesehen. Selbstorganisation wird nur soweit gestattet, wie es der »humanitarian speak« fordert und es die Organisationsabläufe im Lager optimiert. Die Flüchtlinge selbst beklagen die Einschränkungen im Lager und artikulieren gleichzeitig Dankbarkeit für die Hilfe. Sie organisieren ihr



Leben in der dauerhaften Vorläufigkeit, der Willkür und den Freiräumen des Flüchtlingslagers, was ihnen je nach alten und neuen Machtstrukturen mal besser, mal schlechter gelingt.

Es sind diese vielfältigen Hierarchien und die Tatsache, dass Flüchtlingslager keineswegs vollständig abgeriegelt und durchorganisiert sind, die Inhetveen dazu bringen, die Lager als eigenständige Phänomene zu klassifizieren – als polyhierarchische Gebilde mit einer enormen Distanz zwischen den 'Insassen' und den 'Verwaltern', voller Ambivalenzen und frei flottierendem Misstrauen. Die Einfachheit des Agamben'schen Diktums von der souveränen Macht in den Lagern wird ihnen aber nicht gerecht, vielmehr ebnet es die Unterschiede zwischen den verschiedenen totalen Institutionen ein.

Bei Inhetveens Studie handelt es sich um solide Wissenschaft, die viele Vorgänge im Flüchtlingslager dicht beschreibt. Eine Parteilnahme ist nicht auszumachen. Doch es ist genau diese ‚Objektivität‘, die das Buch an manchen Stellen steril wirken lässt. Etwas mehr Empathie jenseits des Neo-Institutionalismus hätte der Studie nicht geschadet.

Kerstin Bischl

► Katharina Inhetveen: *Die politische Ordnung des Flüchtlingslagers. Akteure – Macht – Organisation. Eine Ethnographie im Südlichen Afrika. Transcript, Bielefeld 2010. 440 Seiten, 35,80 Euro.*

## Deutsche Opfer

► Die Geschichte der Nationalstaaten ist untrennbar mit der Homogenisierung ihrer Bevölkerungen verbunden. Neben weniger gewaltsamen Methoden dienten auch Genozide, Massaker und Vertreibungen dazu, diese Homogenisierung zu erreichen. Diese Feststellung beschränkt sich keineswegs nur auf autoritäre Systeme oder gar nur auf »totalitäre« Regime. Auch demokratische Staaten waren und sind durchaus in der Lage, Teile der Bevölkerung als »anders« zu definieren und diese Gruppen dann mehr oder weniger gewalttätig zu dezimieren. Die Durchsetzung des Nationalstaates als dominante Form der politischen Ordnung führte so dazu, dass unzählige Gruppen Opfer staatlicher Gewalt wurden.

Einen Ausschnitt dieser Geschichte soll das Lexikon der Vertreibungen darstellen. Das 800-seitige Werk mit über 300 Einzelartikeln beschränkt sich auf Europa im 20. Jahrhundert. Das Schicksal vertriebener Deutscher erhält dabei überproportional viel Platz. Allein unter der Rubrik »Deutsche aus ...« lassen sich

22 Artikel finden, so etwa »Deutsche aus Dobruscha«. Problematisch ist aber nicht nur das quantitative Übergewicht: Wie im Dobruscha-Artikel dargestellt wird, handelt es sich hierbei um die freiwillige Übersiedelung von circa 14.000 Deutschen aus Rumänien in das Deutsche Reich, wobei das zurückgelassene Eigentum entschädigt wurde. Offen bleibt, ob es sich hier überhaupt um Vertreibung handelt. Diese Übersiedelung bekommt im Lexikon in etwa gleich viel Raum zugesprochen wie der Genozid an der ArmeenierInnen (1915) im Osmanischen Reich, der über eine Million Todesopfer hervorbrachte.

Dieser Schwerpunkt auf die deutschen Vertriebenen wird weder thematisiert noch begründet. Eine wohlwollende Erklärung wäre, dass die Autoren das Buch ausschließlich für LeserInnen konzipiert haben, die bisher wenig über deutsche Vertriebene erfahren konnten. Dies ist aber angesichts der deut-



schen Debatten der letzten Jahrzehnte, einschließlich jener in den Massenmedien, absurd.

Eine weitere Merkwürdigkeit bezieht sich auf die Sowjetunion als Täterin von Vertreibungen und Massaker. So geht es bei dem einzigen Artikel über die KurdInnen um die etwa 10.000 KurdInnen, die innerhalb der Sowjetunion in den 1930er und 1940er Jahren nach Zentralasien deportiert wurden, und um die Benachteiligung der KurdInnen in den postsowjetischen Staaten Armenien und Aserbaidschan. Dass die KurdInnen in Iran, Irak und Syrien nicht erwähnt werden, lässt sich vielleicht noch mit der Begrenzung auf Europa erklären. Aber dass die KurdInnen in der Türkei völlig ausgeblendet werden, ist sehr merkwürdig. Weder die Vertreibungen und Massaker noch die kurdischen Aufstände gegen die staatliche Türkisierungspolitik werden dargestellt. Geht das lediglich auf einen Eurozentrismus zurück, der

sich allen jahrzehntelangen Debatten zum Trotz immer noch aufrechterhalten kann? Oder geht es weniger um die KurdInnen als Opfergruppe, als vielmehr um die Betonung der sowjetischen Vertreibungen? Oder wusste der Autor einfach nichts über das Schicksal der kurdischen Bevölkerung in der Türkei?

Auf einer methodischen Ebene lassen sich zwei zentrale Schwachstellen des Lexikons der Vertreibungen ausmachen. Erstens handelt es sich hierbei nur bedingt um eine gesamteuro-

päische Geschichte der Vertreibungen – zumindest wenn man Europa nicht mit Mittel- und Osteuropa gleichsetzt. Zweitens führt der Fokus auf die deutsche und sowjetische Geschichte dazu, dass dieser Blickwinkel auch dort dominiert, wo andere Zusammenhänge relevanter wären. Das bewirkt wiederum, dass die Unterschiede zwischen Genozid, Massaker, Vertreibungen und »sanfteren« Formen der Bevölkerungspolitik verwischt werden. Es wird ein Geschichtsbild konstruiert, in dem

viel von deutschen Opfern und sowjetischen Tätern die Rede ist. Das Lexikon befördert somit politisch höchst fragwürdige Tendenzen in den deutschen Geschichtsdebatten.

Ismail Küpeli

► Detlef Brandes, Holm Sundhaussen, Stefan Troebst (Hrsg.): *Lexikon der Vertreibungen. Deportation, Zwangsaussiedlung und ethnische Säuberung im Europa des 20. Jahrhunderts.* Böhlau Verlag, Wien 2010. 801 Seiten, 99.- Euro

## Leiden an der Männlichkeit

► Es ist der Mord an dem Journalisten Hrant Dink, mit dem Pinar Selek ihr Buch über männliche Identitäten beginnt. In ihrer Einleitung verknüpft sie das Verhalten des Mörders mit seiner Männlichkeit und derjenigen anderer Türken. Denn sie interessiert weniger, warum sie zu Mördern wurden, sondern »wie sie zu Männern geworden waren, warum und wofür sie sich so aufspielten.« Ihr Buch soll, wie sie im Vorwort zur deutschen Ausgabe schreibt, Zugang zu den Erfahrungen von Männern in der Türkei verschaffen, da jede einzelne Erfahrung ein weiteres Detail eines nationalen Grenzen überschreitenden Gesamtbildes sei.

Selek sieht die Wehrpflicht als eine der vier zu überwindenden und ritualhaft gefeierten Etappen, »um die in der Türkei traditionell anerkannte Rangstufe der Männlichkeit zu erreichen: Auf Beschneidung, Wehrdienst, Arbeit und Beruf folgt die Eheschließung.« Männlichkeit wird dabei als ein sich wandelndes Konzept verstanden, das an andere Werte und Kategorien sowie an Institutionen geknüpft ist. Um die Bedeutung der Wehrpflicht zu erfassen, lässt sie 58 recht unterschiedliche Männer zu Wort kommen, die (von anderen Männern) zu ihren Erfahrungen mit der Wehrpflicht interviewt wurden.

Die Interviewpassagen nehmen einen Großteil des Buches ein. Sie sind chronologisch geordnet; Selek beginnt mit Beschreibungen der Musterung und des Abschieds von der Familie sowie den dazugehörigen Erzählungen der Verwandten und Freunde über das Militär. Das Ende markieren Schilderungen über die Rückkehr nach Hause, über Begleiterscheinungen sowie Einschätzungen dessen, was 'gelernt' wurde. Das Narrativ in den zusammengestellten Passagen und damit Seleks These besteht darin, dass Männer im Militär »zum Mann gebrüht« werden. Über Normierung, Drill und Schikanen, aber



auch durch deren Weitergabe sollen die *Mehmeçikler* (die kleinen Mehmeds, wie die Rekruten genannt werden) fernab ihrer vertrauten Bindungen die ursprüngliche Prägung ablegen und zu *Mehmeds* werden, die zurückkehren. Selek kommentiert diese Passagen und verweist auf die Erkenntnisse einiger WissenschaftlerInnen, wie etwa der SoziologInnen

Ulrich Bröckling, Pierre Bourdieu, Raewyn William Connell und Deniz Kandiyoti, des Mediävisten Georges Duby sowie der Kulturtheoretikerin Hannah R. Bell.

Selek verweist immer wieder darauf, dass auch Männer an ihrer Männlichkeit leiden. Anstelle eines Schlusswortes ermutigt sie die durch Gewalt und ‚Vernunft‘ zum Familienoberhaupt geformten Männer, ihr Weinen nicht weiter

zu verheimlichen.

Seleks Buch ist ein vielstimmig erzählter Bericht über den Wehrdienst in der Türkei mit hohem Wiedererkennungseffekt auch für in Deutschland sozialisierte LeserInnen. Die Darstellung ist anschaulich, gut lesbar und eher essayistisch. Jedoch liegen in diesem Genre auch die Grenzen des Buches, insbesondere wenn es aus wissenschaftlichem Interesse gelesen wird: Gerade weil Selek immer wieder darauf verweist, dass Männlichkeit historisch kontingent und intersektional ist, und weil sie Männer mit sehr unterschiedlichen Biographien befragt, hätte sie genauer beschreiben können, was sie und die zitierten ehemaligen Soldaten darunter verstehen und welche Verknüpfungen mit anderen Kategorien oder Institutionen bestehen. So läuft sie Gefahr, dass »Männlichkeit« zu einer Art Black Box wird, die immer nur das beschreibt, was Männer gerade tun. Eine Lektüre wert ist ihr Buch aber in jedem Fall.

Kerstin Bischl

► Pinar Selek: *Zum Mann gehätschelt. Zum Mann gedrilht. Männliche Identitäten.* Orlanda, Berlin 2010. 240 Seiten, 18 Euro.

### TERRE DES FEMMES

## PLANERIN 2012

Buchkalender für Frauen



- Berichte und Geschichten rund um TERRE DES FEMMES
- A5-Format, jede Woche im Überblick
- Anhang mit Adressen, Notizblättern, Ferienterminen...
- Stabile, verdeckte Ringbindung
- Praktischer Einschub-Umschlag
- Herausnehmbares Adressbuch
- 13,- €, erhältlich bei TERRE DES FEMMES
- ISBN: 978-3-936823-20-2

### TERRE DES FEMMES e.V.



Brunnenstraße 128, 13355 Berlin  
Tel. 030/40 50 46 99-0  
info@frauenrechte.de  
www.frauenrechte.de

MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU

## Die Teilung der Erde

► Selten hat ein Buch so viele Ebenen zusammengebracht. Das englisch-deutschsprachige Buch zum Kunst-Projekt »Die Teilung der Erde« ist postkolonial und anti-kolonial, es ist ein Kunst- und ein Studienprojekt zur Rekonstruktion und zu Auswirkungen kolonialer Verbrechen und der kolonialen Geschichte internationalen Rechts. Es ist Ausstellungskatalog und kulturwissenschaftliche, politische und historische Diskursintervention. Es porträtiert eine transnationale Diskussion über die beiden miteinander verwobenen Geschichten Deutschlands und Namibias. Das Wunderbare daran ist: Das Buch funktioniert in all diesen Schichten, auch wenn der Zugang manchmal sperrig ist.

»Die Teilung der Erde« war ein Kunstprojekt, das der Berliner Künstler Dierk Schmidt über fünf Jahre lang in Zusammenarbeit mit dem Kunstraum sowie Studierenden der Universität Lüneburg realisiert hat. Im Zentrum steht die künstlerische Auseinandersetzung mit der »normativen Abstraktion« der Gewalt, die durch die Berliner Afrikakonferenz 1884/85 an den afrikanischen Gesellschaften mittels kolonialer Herrschaft durchgesetzt wurde. Wie lässt sich von solch einem monströsen und gleichzeitig juristisch-abstrakten Unternehmen mit seinen expliziten Folgen der Genozide an Herero und Nama »ein Bild machen«?

Diese Frage ist zu groß, um sie alleine und direkt zu beantworten. Schmidt ist nach Namibia gefahren und hat dort mit HistorikerInnen und anderen AkteurInnen der aktiven Erinnerungsarbeit gesprochen, er hat zu Seminaren und Symposien eingeladen und in Archiven recherchiert. Aus den vielen gesammelten Stimmen setzt sich das Buch zusam-

men. Die Bilder, die Schmidt in zwei Zyklen hergestellt hat, wurden auf der Documenta in Kassel und im Kunstverein Salzburg ausgestellt. Sie sind im Buch teils in Details abgebildet, die besser zu verstehen sind, wenn man vorher den erklärenden Text der Kunsthistorikerin Susanne Leeb liest. Denn die Bilder sind abstrakt; die sich an politische Kartografie anlehende Darstellungsweise versucht mit Silikon-Schichten und Überlagerungen die verschiedenen Akteurs- und Rechtsebenen aufzunehmen.

Die in dem Buch enthaltenen Gespräche demonstrieren, wie sich über die Grenzen der Disziplinen (Geschichte, Recht, Postcolonial Studies), der Perspektiven (europäisch, afrikanisch), und der Herangehensweisen (politisch, wissenschaftlich, künstlerisch) um eine gemeinsame Sprache bemüht wurde. Es ging um ein Sich-Verständlich-Machen und Sich-Verstehen-Wollen.

So wird beispielsweise über die Bedeutung der Berliner Afrika-Konferenz gestritten. Der »Mythos«, dass sie den Beginn der Aufteilung Afrikas markiert, wird von dem Historiker Elikia M'Bokolo dekonstruiert. Er betont, dass in Berlin die Bedingungen des Handels in Afrika durch die Schaffung von Freihandelszonen reguliert wurden. Die Regeln, unter denen sich die europäischen Mächte ihre Ansprüche auf ganze Regionen des Kontinents anerkannten, wurden hier vorstrukturiert. Die eigentliche Aneignung, so M'Bokolo, fand jedoch erst später in vielen Prozessen statt, legitimiert durch die einzelnen Protektors-Verträge. Der Schweizer Historiker Jörg Fisch widerspricht dieser Auffassung indirekt, wenn er die rechtlichen Aspekte der Konferenz für wichtiger als die ökonomischen hält: Der tatsächliche, bis heute fortwirkende Skandal lag in der privat- oder sachenrechtlichen Konzeption eines bewohnten Kontinents als *terra nullius*, also der Betrachtung als einer Sache, die »dem zufällt, der sie als erster findet« (Fisch).

Das Buch präsentiert Texte von AutorInnen, die hierzulande selten eine Plattform haben: Der damalige Botschafter von Namibia und Historiker, Peter H. Katjavivi, spricht über das koloniale Problem im Zentrum der politischen Beziehungen zwischen Namibia und der BRD. Die namibische Juristin Mekondjo Kaapanda-Girrus betrachtet das internationale Recht aus einer »Dritten Welt-Perspektive«, aus der sie den Genozid an den Herero als das »perfekte Verbrechen«, weil unan- klagbar, charakterisiert. Der namibische Ökonom und Community-Aktivist Cons Karamata schreibt über die Reparationsklage der Herero,

der Captain in einer Herero-Oturupa, Usiel Seuakouje Kandjii, erzählt in einem Interview von den jährlich stattfindenden Erinnerungsveranstaltungen zum Genozid, und der namibische Gewerkschafter Alfred Angula erklärt, warum die Probleme der Landverteilung in Namibia auf die rassistischen Strukturen der deutschen Kolonialverwaltung zurückgehen.

Neben den Fragen nach dem Verhältnis von Namibia und Deutschland gibt es auch thematische Ausflüge in das Davor (Brandenburger SklavInnenhandel) und das Danach der Kampagnen

(Schuldenerlass als Konsequenz der Kolonialschuld). Darüber hinaus werden historische Dokumente aus Archiven veröffentlicht, wie ein Brief des Nama-Chiefs Hendrik Witbooi von 1892, der eines der ersten antkolonialen Dokumente gegen die Deutschen darstellt.

Neben diesen zeitgenössischen Perspektiven wird aus heutiger Sicht die Frage nach der Abstraktion als Methode gestellt, die in der westlichen Kunst des 20. Jahrhunderts eine durchaus an den Kolonialismus anknüpfende Universalität beanspruchte (Draxler). Wenn sich Dierk Schmidt in seinen Bildern der Abstraktion bedient, dann nicht als Dogma, sondern als Untersuchungsweise, um die »normativ konstituierte strukturelle Gewalt darzustellen«. Die Ambivalenz, die darin steckt, schließt an Gayatri Spivaks These von der »befähigenden Verletzung« an, die Nikita Dhawan in einem Text erörtert. Eine solche ist beispielsweise der Universalitätsanspruch der Moderne, der in postkolonialen Verhältnissen unleugbare Narben hinterlässt und doch nicht rückgängig zu machen, sondern in den Dienst der Dekolonisierung zu stellen ist.

Das Buch ist relevant für alle, die sich mit politischen und juristischen Fragen kolonialen Unrechts beschäftigen, für diejenigen, die mit dem kolonialen Erbe aus historischer oder postkolonialer Perspektive arbeiten, und für Kulturinteressierte, für die Kunst vor allem im gesellschaftspolitischen Kontext Bedeutung erlangt. Es zeigt, wie lebendig die Erinnerung an deutsche Kolonialverbrechen in Namibia ist und wie sehr hierzulande um die Anerkennung des Unrechts gerungen werden muss.

Ulrike Hamann

► Lotte Arndt, Clemens Krümmel, Dierk Schmidt, Hemma Schmutz, Diethelm Stoller, Ulf Wuggenig (Hg.): *Dierk Schmidt: The Division of the Earth. Tableaux on the Legal Synopsis of the Berlin Africa Conference*. Verlag Buchhandlung Walther König, Berlin 2010. 328 S., 38 Euro.



**TIERRA LIBERTAD**

Nummer 70 - Sommer 2011

Die Zeitschrift zur Solidarität mit dem zapatistischen Aufstand: Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr

Preise (inkl. Porto)	
1 Ex.:	2,00 €
10 Ex.:	6,00 €
20 Ex.:	10,00 €

Bestellungen an:  
abolandundfreiheit@riseup.net

Herausgegeben von Ya-Basta-Netz:  
[www.ya-basta-netz.de](http://www.ya-basta-netz.de)

## Dossier: Land ist Leben

► Verstärkt durch die Krisen der letzten Jahre nehmen Begehrlichkeiten in Bezug auf Landflächen rasant zu. Zwischen 2006 und 2009 wurden laut offiziellen Schätzungen in Afrika, Asien und Lateinamerika zwischen 22 und 50 Millionen Hektar Land an ausländische Investoren veräußert. Bei diesen hinter verschlossenen Türen von den Regierungen abgeschlossenen Verträgen fallen die Bedürfnisse von bäuerlichen Familienbetrieben, nomadischen Viehhaltern und Waldnutzern leicht durch die Maschen der Interessensnetzwerke globaler Konzerne. Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika unterstützt zusammen mit Brot für die Welt und dem Evangelischen Entwicklungsdienst den Widerstand gegen neue Landübernahmen. In Zusammenarbeit mit der Redaktion »welt-sichten« ist nun das 24-seitige Dossier »Land ist Leben: Der Griff von Investoren nach Ackerland« erschienen.

► **Kostenloser Download:**  
<http://tinyurl.com/69kprel>

## Grundrechte-Report

► Zehn Jahre nach dem 11. September 2001 zeigen sich die Herausgeber des Grundrechte-Reports besorgt darüber, dass auch im Jahr 2011 unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung die lückenlose Überwachung der Bevölkerung vorangetrieben wird. Der aktuelle Grundrechte-Report 2011 dokumentiert, wie deutsche Staatsorgane die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger verletzen. Der

Grundrechte-Report ist ein gemeinsames Projekt von acht Bürgerrechtsorganisationen: Humanistische Union, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Bundesarbeitskreis Kritischer Juragruppen, PRO ASYL, Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein, Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen, Internationale Liga für Menschenrechte und Neue Richtervereinigung.

► **Grundrechte-Report 2011. Zur Lage der Bürger- und Menschenrechte in Deutschland.** Fischer Taschenbuchverlag. 250 Seiten, 9,99 Euro.

## Tagungen

► Diskriminierung von Minderheiten zeigt sich selten in Gestalt medienrelevanter Gewalttaten, sondern im alltäglichen Leben. Rassismus ist kein Phänomen des rechten Randes, sondern entspringt der Mitte der Gesellschaft. Im Rahmen des Projektes **KulturTRäume & diverCity** lädt das iz3w zu dem Vortrag **Von hautfarbenen Pflastern und anderen Diskriminierungen** am 13. September in der Uni Freiburg ein, der einen Anti-Bias Workshop einführt. Der zweiteilige Workshop **Diskriminierungen verlernen** vom 17. bis 18. und vom 24. bis 25. September in Freiburg sensibilisiert für rassistische Diskriminierungen in der Medienberichterstattung (Teil I) und in der Bildungsarbeit (Teil II).

► **Anmeldung zum Workshop ab sofort. Studierende 30 Euro, Erwerbstätige 50 Euro. Mehr zu**

den Workshops (zusammen mit der Anti-Bias Werkstatt) siehe [www.iz3w.org](http://www.iz3w.org).  
Kontakt: [bildung@iz3w.org](mailto:bildung@iz3w.org)

► Die BUKO Pharma-Kampagne setzt sich seit 30 Jahren kritisch mit der Arzneimittelversorgung in Nord und Süd auseinander. Auf der **Fachtagung »PharmaTopia – die Welt in 30 Jahren«** werden am 16. und 17. September in Bielefeld Fragen zum Arzneimittelmarkt der Zukunft, zur Notwendigkeit von Arznei-

## graswurzel revolution

Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft



„Die 'Graswurzelrevolution' lässt sich vom Siegeszug des Kapitalismus nicht heirren.“  
(Frankfurter Rundschau)

## CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation



Von Anarchistinnen halfaktivierte Wohnkollektive in Barcelona

**GESCHICHTE WIRD GEMACHT** Vor 75 Jahren brach der Spanische Bürgerkrieg aus - Eine andere Welt wäre möglich gewesen: Die Kollektivierung in Spanien - Eine Kollektivierung von unten - Frauen im Spanischen Bürgerkrieg - Dossier 1936: Die schwarz-roten Straßenbahnen von Barcelona - Barcelona in Flammen: Innenansichten aus der Spanischen Revolution - Geist der Revolte: Man macht nicht zweimal dieselbe Revolution - Mythos & Hoffnung:

Um Spaniens Freiheit... **YES WE CAMP 2011:** Impressionen aus der »Spanischen Revolution« - Manifest: Democracia Real Ya - Kommentar: Nach dem Überspringen der Funken aus Arabien nach Spanien - Wann sind »wir« endlich soweit? **LOS GEHT'S 2011** Das Hubenthalhof-Experiment **DATENSCHUTZ** Von Zwiebeln und Schnüfflern **DATENBANKEN** Finger weg von meiner DNA! **ZENTREN** Ein Jahr Autonomes Zentrum Köln: Kein Tag Ohne **SERIE** »Die Kinder des Sisyfos« 4. Teil: Die Werkstatt hat Kopfschmerzen **KOLLEKTIVE** Kollektiv in die Arbeitsgemeinschaft! **u.v.m.**

**Archiv-CD.3 mit »BUNTE SEITEN 2011«**  
siehe [www.contraste.org/serie-3.htm](http://www.contraste.org/serie-3.htm)

**Ein Schnupperabo  
3 Monate frei Haus  
gibt es für 5 Euro**

(Es endet automatisch und muss nicht gekündigt werden.  
Nur gegen Vorkasse: Scheck/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V.  
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

**Probelesen:** [www.contraste.org](http://www.contraste.org)

## OBSERVER:

A Journal on threatened Human Rights Defenders in the Philippines

Issue: Political Changes in the Philippines - Change in Human Rights? • Vol 3, No 1

Mit Beiträgen nach den Wahlen: die Mikro- & Makroperspektive, Rollen verschiedener Institutionen im Spannungsfeld zwischen Verwaltung und Politik.



Juli 2011 (halbjährlich für 3,- €, zzgl. Versand)

IPON e.V.: Infos auf [www.ipon-philippines.org](http://www.ipon-philippines.org)

mitteln und zur Arzneimittelforschung diskutiert, zusammen mit VertreterInnen aus Politik, Forschung und Pharmakonzernen. In Workshops sollen alternative Modelle für die Versorgungs- und Informationspolitik gefunden werden. Gleichzeitig wird das dreißigjährige Bestehen der Kampagne gefeiert. Die Teilnahme an der Fachtagung ist mit einem Kostenbeitrag von 55,- Euro (für StudentInnen oder NichtverdienerInnen) bzw. 155,- Euro (Normalpreis) verbunden.  
► *Infos: [www.bukopharma.de](http://www.bukopharma.de); Anmeldung: [info@bukopharma.de](mailto:info@bukopharma.de)*

► Rassismus und Islamfeindlichkeit halten zunehmend Einzug in den westeuropäischen Alltag. Durch Kampagnen für Kopftuch- und Minarettverbote wird die Darstellung vermeintlich fremder Kulturen als Bedrohung gefördert und einer Integration entgegengewirkt. Am 14. und 15. Oktober 2011 findet die **Tagung »Das Geschäft mit der Angst« – Rechtspopulismus, Muslimfeindlichkeit und die extreme Rechte in Europa** in Köln statt. Veranstalter sind die Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln und der Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Fachhochschule Düsseldorf in Kooperation mit der Volkshochschule Köln. Analysiert werden die Phänomene Islamfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit in Westeuropa, um anschließend Handlungsstrategien für Intervention und Prävention zu entwickeln. Die Teilnahme ist kostenlos.  
► *Infos: [www.nsdok.de/ibs](http://www.nsdok.de/ibs); Anmeldung: [ibs@stadt-koeln.de](mailto:ibs@stadt-koeln.de)*

► Seit 30 Jahren spielt die Berliner Compagnie kritisches »Gebrauchstheater« im Brecht'schen Stil. 2009 wurde sie dafür mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet. Politisches Theater mit den Schwerpunkten Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte wird verbunden mit Demonstrationen, Diskussionen oder Unterschriftaktionen. In Stücken wie »Die Verteidigung Deutschlands am Hindukusch« verbinden sich Anti-Kriegs-Statements mit politischer Aufklärung, »So heiß gegessen wie gekocht« ist ein »Küchen-Musical über die Klimakatastrophe«. Von September 2011 bis März 2012 tourt das Ensemble durch Deutschland und bietet Gastspiele an.  
► *Infos: [www.berlinercompagnie.de](http://www.berlinercompagnie.de); Buchung von Gastspielen: [karin-fries@berlinercompagnie.de](mailto:karin-fries@berlinercompagnie.de)*

## Vorschau: iz3w Nr. 327 Grüner Kapitalismus

► In der Ära des New Green Deal werden wir mit Sonne und Wind Energie erzeugen, mit Elektroautos umherflitzen und stromsparend produzieren. Hierzulande klingen solche Aussichten nicht ganz unrealistisch, in Mumbai-Dharavi wird darüber eher herzlich gelacht. Wie grün und wie universal ist dieser Deal? Sind die neuen Technologien sanft? Sollten sie, können sie? Welche neuen Energiebeziehungen kommen im Grünen Kapitalismus? Nach Antworten suchen wir im nächsten Heft.

## Herausgeberin

► Aktion Dritte Welt e.V. – informationszentrum 3. welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16a (Hinterhaus), D-79020 Freiburg i. Br., Telefon: 07 61/740 03, Fax: 07 61/70 98 66, E-Mail: [info@iz3w.org](mailto:info@iz3w.org)  
Bürozeiten: Montag bis Freitag 10 bis 16 Uhr.  
[www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

## Redaktion

► Martina Backes, Katrin Dietrich, Stephan Günther, Susanne Henning, Monika Hoffmann, Sascha Klemz, Friedemann Köngeter, Rosa Lehmann, Reinhart Kößler, Rosaly Magg, Fatima Möhr, Susanne Reinhardt, Anne Ritter, Winfried Rust, Christian Stock, Heiko Wegmann.

## Copyright

► bei der Redaktion und den AutorInnen

## Vertrieb für den Buchhandel

► ProLit Verlagsauslieferung GmbH, Postfach 9, D-35463 Fernwald (Annerod), Fax: 0641/943 93-93, [service@prolit.de](mailto:service@prolit.de)

## Satz und Gestaltung

► Büro MAGENTA. Freiburg.

## Herstellung

► Stückle Druck. Ettenheim.  
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier.

## Jahresabonnement (6 Ausgaben)

► Inland: € 31,80 (für Geringverdienende € 25,80), Förderabonnement ab € 52,-  
► Ausland: Europa € 38,80 oder Übersee € 51,80  
► Kündigungen bis zum Erhalt des letzten Heftes. Sonst automatische Verlängerung.  
► Aboverwaltung: [abo@iz3w.org](mailto:abo@iz3w.org)

## Konten (Aktion Dritte Welt e.V.)

► Bitte beachten Sie unsere neue Bankverbindung:  
► GLS Bank (D)  
Konto-Nr. 791 338 7600, BLZ 430 609 67  
IBAN: DE16 4306 0967 7913 3876 00  
BIC: GENODEM1GLS  
► PostFinance Basel (CH)  
Konto-Nr. 40-35 899-4  
► Hypo-Bank Bregenz (A)  
Konto-Nr. 10 157 109 117, BLZ 58 000

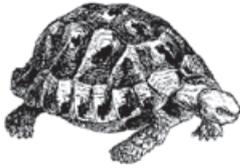
## Spenden

► Steuerlich abzugsfähige Spenden bitte mit Verwendungszweck: »Spende« auf das Konto 791 338 7600 der Aktion Dritte Welt e.V. bei der GLS-Bank (BLZ 430 609 67).  
Diese Spenden beinhalten kein Abo!

## Anzeigenschluss für Ausgabe Nr. 327

► (Druckfertige Vorlagen) 28.09.2011





express

Diskussionsforum für

- Texte zu und aus Theorie & Praxis der internationalen ArbeiterInnenbewegung
- Perspektiven jenseits betrieblicher & nationaler Standortpolitik
- Elemente & Strategien einer gewerkschaftlichen Anti-Konzessionspolitik
- Berichte über nationale & internationale Arbeitskämpfe
- Debatten und Kommentare zur Politik der Ökonomie

○ Ich möchte Probelesen und bestelle die nächsten 4 akt. Ausgaben z. Preis von 10 Euro (gg. VK)

Ausgabe 6/11 u.a.:

- Anton Kobel: »Vom Anfang das Ende?«, Genossenschaftsmodell für Hess Natur abgelehnt
- Jochen Dieckmann: »Geschlafen wird am Monatsende«, Erfahrungen »on the road«
- Wolfgang Völker: »Wohlverstandener Materialismus«, fünf Anmerkungen zur politischen Beziehung von Armut und Einkommen
- Gewerkschaftslinken: »Weg frei«, G-Linke begrüßt Rücknahme der DGB/BDA-Initiative
- Thomas Gehrig: »Commons des Industriesystems«, Beiträge zur Rückeroberung einer Debatte, Teil IV
- Dieter Behr: »Bio-Exploitation«, keine Frage der Natur – Ausbeutung in der Bio-Landwirtschaft
- Sarah Bormann: »Wo die Chips wachsen«, über Arbeitsmigration und grenzüberschreitende Organisation in Malaysia

**Niddastraße 64**  
**60329 FRANKFURT**  
**Tel. (069) 67 99 84**  
**express-afp@online.de**  
**www.express-afp.info**



**PWS**

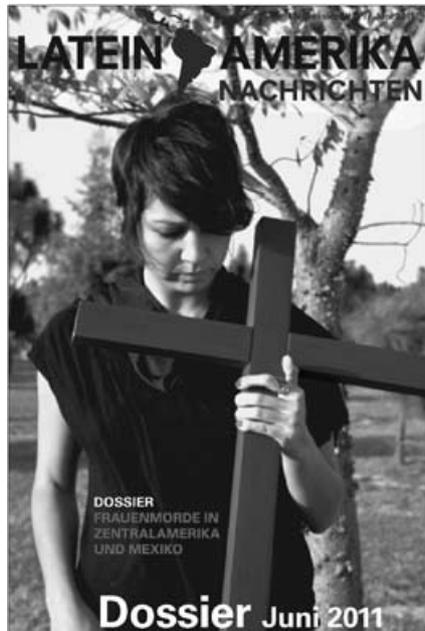
Quellenstrasse 31, 8005 Zürich  
044/272 27 88  
www.peacewatch.ch

Nächste Vorbereitungskurse  
**für Einsätze in  
Guatemala, Mexiko  
und Kolumbien**

20.–23. Oktober und  
3.–6. November 2011

Anmeldeschluss  
20. September 2011

**Jeweils Donnerstag 18 Uhr  
bis Sonntag 16 Uhr**



**Dossier Juni 2011**

**Frauenmorde in Zentralamerika und Mexiko**

Außerdem in der Juni-Ausgabe:  
Reportagen, Interviews und  
Hintergrundberichte aus und  
über Fußball, Brasilien,  
Chile, Ecuador und Guatemala

Jeden Monat aktuelle  
Berichte aus Lateinamerika:  
**LN – Die Monatszeitschrift**

**PROBEABO**  
3 Monate LN lesen  
für 10 Euro ohne Kündigung

// abo@LN-Berlin.de  
// www.lateinamerika-nachrichten.de



**RESPEKT  
STIFTEN!**

Stiftung für die Menschenrechte von  
Lesben, Schwulen und Transgender

Konto Nr. 50 10 000  
Bank für Sozialwirtschaft BLZ 370 205 00

[www.hirschfeld-eddy-stiftung.de](http://www.hirschfeld-eddy-stiftung.de)

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOT

*Seit Ende des Kalten Krieges ist es zu wesentlichen Verschiebungen in der Bedeutung von Entwicklung und zu Veränderungen in der praktischen Entwicklungspolitik gekommen. Wesentlich ist dabei die zunehmende Verknüpfung und gegenseitige Durchdringung von „Entwicklung“ und „Sicherheit“.*

2011 - 252 S. - € 21,00  
ISBN: 978-3-89691-828-4



[www.dampfboot-verlag.de](http://www.dampfboot-verlag.de)



**China? Hingehört!**

Feminismus  
Menschenrechte

**Eine Radio-Reise nach China**

Comics  
Streik

Ab 1. August 2011  
auf Radio Dreyeckland und  
[www.iz3w.org](http://www.iz3w.org)

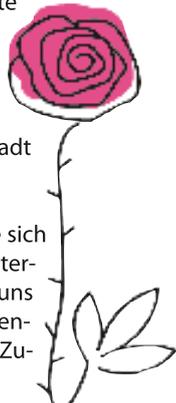
Tibet  
China Town

Foto: photocase/Gräfin

**Zwanzig Jahre hms**

**Wer Gesellschaft verändern will, braucht einen langen Atem...**

Deshalb fördern wir seit 20 Jahren die bunte Vielfalt kleiner und großer lesbischer und schwuler Initiativen in Stadt und Land.



Informieren Sie sich über uns! Unterstützen Sie uns durch Ihre Spende oder Ihre Zustiftung!

**[www.hms-stiftung.de](http://www.hms-stiftung.de)**  
hms die schwul-lesbische Stiftung  
hannchen-mehrzweck-stiftung



**Das grüne Branchenbuch**  
ADRESSEN FÜR DIE UMWELT

- nachhaltig bauen
- gesund genießen
- Zukunftsenergien nutzen
- natürlich schön sein
- ökologisch Geld anlegen

**Nordrhein-Westfalen**

B U C H T I P P

Ihr Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben!

Jetzt **NEU:**

Ausgabe 6 für Nordrhein-Westfalen!  
... dort wo es Bio-Produkte gibt.

**G U T S C H E I N :**

... für kostenlose Exemplare, bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1.45 Porto pro Buch an uns senden.

- Hamburg/Schleswig-Holstein
- Berlin/Brandenburg
- Nordrhein-Westfalen
- Niedersachsen/Bremen

Verlag Das grüne Branchenbuch  
Lasbeker Straße 9 • 22967 Tremsbüttel • Tel. 04532-21402  
Fax: 04532-22077 • [www.gruenes-branchenbuch.de](http://www.gruenes-branchenbuch.de)  
[service@gruenes-branchenbuch.de](mailto:service@gruenes-branchenbuch.de)

Ökologisch, fair ...

144 Seiten ISBN 978-3-932309-33-5